

R IV / 39

**Staatsanwaltschaft**  
bei dem Landgericht

Kammergericht

Rd. RS11A

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: 43M



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht

Berlin 21, den 14. 12. 1972  
Turmstraße 91

1 Js 4/64 (RSA)

Fernruf 35 01 11

Mit Akten (39 Bände Akten, 104 Leitz-Ordner und 1 gebundener Sachstandsvermerk)

Herrn Vorsitzenden  
der 8. großen Strafkammer  
des Landgerichts Berlin

mit dem Antrag,

den Geschäftsführer

Bl.XV/110 ff.

Bernhard Georg Artur B a a t z ,  
geboren am 19. November 1910 in Dörnitz,  
wohnhaft in 41 Duisburg (Huckingen), Am Heidberg 56,  
Deutscher, verheiratet,

Bl.XV/114f., 147  
Bl.XV/59 ff.

-in dieser Sache in Untersuchungshaft gewesen seit  
dem 27. Juni 1967 aufgrund des Haftbefehls des  
Amtsgerichts Tiergarten vom 21. Juni 1967  
- 348 Gs 172/67 -;

Bl.XXX/126 ff.

mit dem Vollzug der Untersuchungshaft verschont  
durch Beschluß des Untersuchungsrichters II bei dem  
Landgericht Berlin vom 20. Dezember 1968  
- II VU 5/68 -,

Bl.XXXIII/44

Haftbefehl aufgehoben durch Beschluß des Unter-  
suchungsrichters II bei dem Landgericht Berlin vom  
27. November 1969 - II VU 5/68 -

Bl.XXXIV/230

Verteidiger: Rechtsanwalt Heinz M e u r i n ,  
Berlin 19, Olympische Str. 4,

von der Anschuldigung,

in Berlin und anderen Orten

in der Zeit von Anfang Februar 1940 bis Kriegsende

durch mindestens drei rechtlich selbständige, in sich  
fortgesetzte Handlungen



Bl. 24 24. August 1972, 22.00 bis 22.45 Uhr  
An zwei Tischen wurde gekonkt. Es wurden Beträge von 10,-- und 20,-- DM ausgezahlt. Der Angeschuldigte Sagol hielt sich zeitweise im Spielraum auf.

Am 30. August wurde der Zeuge PM Schwidden zur Beobachtung im Lokal Grolmann-Quelle eingesetzt. Er beobachtete eine Poker-Runde, die Chips setzte. Er sah weiterhin, daß der Angeschuldigte Sagol einem der Spieler Chips gegen die Erteilung eines Schuldscheines aushändigte.

Bl. 59

Bl. 23 Aufgrund der bis dahin getroffenen Beobachtungen erließ das Amtsgericht Tiergarten am 8. August 1972 einen Durchsuchungsbeschluß für das Lokal Grolmann-Quelle. Darauf wurde am 31. August 1972 gegen 21.00 Uhr eine Razzia in dem vorgenannten Lokal durchgeführt, an der sich u.a. sieben Beamte der Kriminalpolizei und zwölf Beamte der Schutzpolizei beteiligten.

Bl. 49

Bl. 48 Zuvor hatte der Zeuge PHM Stolper in der Zeit von 20.00 bis 20.40 Uhr folgendes beobachtet:  
In dem Hinterzimmer wurde an einem Tisch gekonkt und an einem zweiten Tisch gepokert. Der Angeschuldigte Sagol beteiligte sich bis kurz vor der Razzia an dem Konken-Spiel. Er legte 5,-- DM als Spielverlust auf den Tisch. Andere Verlierer holten ihr Geld aus den Hosen bzw. Jackentaschen. An dem Poker-Tisch wurde mit Chips bezahlt, die die Spieler zuvor gegen Bargeld bei dem Angeschuldigten Sagol bzw. bei dessen Bruder gekauft hatten.

Aufgrund der Razzia wurden die Angeschuldigten Carkaci, Gökkaya, Toygar und Akyildiz als Konken-Spieler und Bl. 49R, 50, die Angeschuldigten Dumaner, Basates, Arar und 50R Kasmeroglu als Poker-Spieler festgestellt.



gemeinschaftlich mit den nationalsozialistischen Machthabern Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Kaltenbrunner, Müller und anderen

mit Überlegung und aus niedrigen Beweggründen 317 Menschen getötet und gleichzeitig zur Tötung von mindestens 861 weiteren Menschen durch Rat oder Tat wissentlich Hilfe geleistet zu haben,

indem er

I. von Anfang Februar bis Sommer 1940  
als Leiter des Polenreferats (IV D 2) des RSHA

- Bl.XXXVIII/95 ff.
- a) an den maßgeblichen sicherheitspolizeilichen Erlassen mitwirkte, aufgrund deren im Frühjahr und Frühsommer 1940 zahlreiche Polen, insbesondere Angehörige der polnischen Intelligenz, in Haft genommen wurden, in der sie alsbald zu Tode kamen,
  - b) im Frühsommer 1940 die Ermordung mehrerer (etwa 50?) Hochschulprofessoren aus Krakau förderte,
  - c) im Frühjahr und Sommer 1940 Vorgänge bearbeitete, aufgrund derer von Februar bis April 1940 in Fort VII bei Thorn etwa 90 Polen, im Mai 1940 in Posen mindestens 20 Polen und von April bis Juni 1940 in Warschau mindestens 450 Polen exekutiert sowie



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
1 Ve Js 1098/72

Berlin 21, den 23. Oktober 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

A n k l a g e s c h r i f t

B1.29 Der Angestellte Peter Fritz Hans H ü r t e l,  
geboren am 21. Juni 1940 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 38 (Nikolassee), Gimbernstr. 11h,  
Deutscher, verheiratet,

- Strafregisterauszug wird nachgereicht -

B1.28 Verteidiger: Rechtsanwalt Dietrich Salis,  
Berlin 19, Dernburgstr. 59,

wird angeklagt,

in Berlin-Nikolassee  
am 27. Juli 1972 gegen 19.30 Uhr  
durch eine und dieselbe Handlung

1. einen anderen rechtswidrig mit Gewalt zu einer Handlung genötigt zu haben,
2. vorsätzlich einen anderen körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit beschädigt zu haben.



Es wird beantragt,

1. das Hauptverfahren zu eröffnen und die Anklage zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten - Einzelrichter - zuzulassen,
2. den Verletzten als Nebenkläger zuzulassen.

Waga

Staatsanwalt

B1.



vom 21. Mai bis zum 8. Juni 1940  
in Soldau  
durch das Sonderkommando Lange mindestens 250  
polnische "Geisteskranke" getötet wurden,

Bl.XXIV/21 ff.

Bl.XXXVIII/1 ff.

d) im Frühjahr 1940

den an die Staatspolizei-leit-stellen gerichteten Schnellbrieferlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 2 - 382/40 - vom 8. März 1940 sowie einige Folgeerlasse vorbereitete und entwarf, die bestimmten, daß und wie im damaligen Reichsgebiet eingesetzte polnische Zivilarbeiter bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen oder anderen Verstößen gegen die ihnen auferlegten Lebensführungsregeln sowie bei einigen strafbaren Handlungen dem RSHA zur sogenannten "Sonderbehandlung" (Exekution ohne gerichtliche Verurteilung) zu melden seien,

II. von April 1941 bis Juli 1943

als Leiter des Referats IV D (ausl. Arb.) des RSHA verschiedene im Polenreferat entworfene Erlasse, die das in "Sonderbehandlungsvorgängen" einzuhaltende Verfahren regelten und den Anwendungsbereich der ergangenen Bestimmungen auf die polnischen Kriegsgefangenen ausdehnten, mitzeichnete sowie den an verschiedene Dienststellen der Sicherheitspolizei gerichteten Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 208/42 (ausl. Arb.) - vom 20. Februar 1942 entwarf, der neu bestimmte, bei welchen Verfehlungen Zivilarbeiter nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten und bei welchen strafbaren Handlungen polnischer Zivilarbeiter dem RSHA zur "Sonderbehandlung" zu melden seien,



Es wird beantragt,

1. das Hauptverfahren zu eröffnen und die Anklage zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten - Einzelrichter - zuzulassen,
2. den Verletzten als Nebenk Kläger zuzulassen.

Waga

Staatsanwalt

B1.



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
1 Ve Js 1098/72

Berlin 21, den 23. Oktober 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

A n k l a g e s c h r i f t

B1.29 Der Angestellte Peter Fritz Hans H ü r t e l,  
geboren am 21. Juni 1940 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 38 (Nikolassee), Cimbernstr. 11h,  
Deutscher, verheiratet,

- Strafregisterauszug wird nachgereicht -

B1.28 Verteidiger: Rechtsanwalt Dietrich Salis,  
Berlin 19, Dernburgstr. 59,

wird angeklagt,

in Berlin-Nikolassee  
am 27. Juli 1972 gegen 19.30 Uhr  
durch eine und dieselbe Handlung

1. einen anderen rechtswidrig mit Gewalt zu einer Handlung genötigt zu haben,
2. vorsätzlich einen anderen körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit beschädigt zu haben.



Bl.XXIV/21 ff.  
Bl.XXXVIII/1 ff.

und hierdurch und durch die unter I d genannten Handlungen den Tod der in der Eröffnungsverfügung vom 22. März 1968 und dem Beschluß des Untersuchungsrichters vom 7. März 1972 unter Nr. 1-270 genannten Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen aus den polnischen Gebieten mitverursachte,

Bl.XXXVIII/5ff.III. von November 1941 bis Juni 1943

als Leiter des Referats IV D (ausl. Arb.) des RSHA die an verschiedene Dienststellen der Sicherheitspolizei gerichteten Runderlasse des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 208/42 (ausl. Arb.) - vom 20. Februar 1942 sowie vom 27. Mai und 18. Juli 1942 - Aktenzeichen: S IV D 293/42 (ausl. Arb.) - entwarf, die bestimmten, daß und wie die im damaligen Reichsgebiet eingesetzten Zivilarbeiter aus dem altsowjetischen Gebiet ("Ostarbeiter") bei "Disziplinwidrigkeiten", "reichsfeindlichen Bestrebungen", kriminellen Handlungen und bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen der "Sonderbehandlung" zuzuführen seien,

im Frühjahr 1943

ergänzende, im Referat IV D 5 des RSHA entworfene Erlasse über die Behandlung der Ostarbeiter zumindest mitzeichnete, und

Bestrebungen, die Ostarbeiter den ausländischen Arbeitern aus west- und norddeutschen Ländern gleichzustellen und ihre Behandlung nach den genannten Erlassen zu beenden, energisch entgegentrat sowie

an den Vorbesprechungen für den Runderlaß des RSHA - III A 5 b Nr. 187<sup>V</sup>/43 -176-3-, der Weisungen für die Ausschaltung der Justizbehörden bei der Verfolgung strafbarer Handlungen von Zivilarbeitern aus dem Osten enthält, teilnahm



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
1 Ve Js 1098/72

Berlin 21, den 23. Oktober 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

A n k l a g e s c h r i f t

B1.29 Der Angestellte Peter Fritz Hans H ü r t e l,  
geboren am 21. Juni 1940 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 38 (Nikolassee), Cimbernstr. 11h,  
Deutscher, verheiratet,

- Strafregisterauszug wird nachgereicht -

B1.28 Verteidiger: Rechtsanwalt Dietrich Salis,  
Berlin 19, Dernburgstr. 59,

wird angeklagt,

in Berlin-Nikolassee

am 27. Juli 1972 gegen 19.30 Uhr

durch eine und dieselbe Handlung

1. einen anderen rechtswidrig mit Gewalt zu einer Handlung genötigt zu haben,
2. vorsätzlich einen anderen körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit beschädigt zu haben.



Es wird beantragt,

1. das Hauptverfahren zu eröffnen und  
die Anklage zur Hauptverhandlung  
vor dem Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter - zuzulassen,

2. den Verletzten als Nebenkläger  
zuzulassen.

Waga

Staatsanwalt

B1.



Bl.XXXVIII/7 ff. und dadurch den Tod der in dem Beschluß des Untersuchungsrichters vom 7. März 1972 unter Nr. 271 bis 317 genannten 47 Ostarbeiter mitverursachte,

wobei der Angeschuldigte als Volljurist wußte, daß es weder für die Exekution in den polnischen Gebieten noch für die "Sonderbehandlung" der Zivilarbeiter aus dem Osten eine rechtliche Grundlage gab, und er - ebenso wie die nationalsozialistischen Machthaber - die Tötung der Polen und Russen deshalb wollte, weil er sie als "rassisch minderwertige Untermenschen" ansah, denen die rechtlichen Sicherungen versagt werden sollten, die nach der übereinstimmenden Überzeugung aller zivilisierter Völker allen Menschen und auch denjenigen gebühren, die eine strafbare Handlung begangen haben,

Verbrechen, strafbar nach §§ 211 alter und neuer Fassung, 47, 73, 74 StGB, § 4 der Verordnung gegen Gewaltverbrecher vom 5. Dezember 1939 (RGBl. I, S. 2378),

ausser Verfolgung zu setzen.

P a Bl.11ff.,  
15f.,19f.

P c Bl. 5 ff. =  
Bl.XVII/119 ff.

Der Angeschuldigte wurde am 19. November 1910 in Dörnitz Kreis Jerichow geboren. Nach dem Besuch einer Vorschule in Graudenz und eines Gymnasiums in Dessau bestand er Ostern 1929 die Reifeprüfung. Er studierte sodann Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Jena und Halle. Anfang 1933 legte er in Jena die erste Staatsprüfung und - nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes - am 19. Dezember 1936 vor dem Reichsjustizprüfungsamt in Berlin die zweite juristische Staatsprüfung ab. Hierbei erreichte er das Prädikat "befriedigend".



Bl. XXXVIII/7 ff. und dadurch den Tod der in dem Beschluß des Unter-

Es wird beantragt, richters vom 7. März 1972 unter Nr. 271

bis 317 1. das Hauptverfahren zu eröffnen und

die Anklage zur Hauptverhandlung

wohl der Ang vor dem Amtsgericht Tiergarten, daß

es weder für - Einzelrichter - zuzulassen, in Gebieten

noch für die "Sonderbehandlung" der Zivilarbeiter und

den Osten 2. den Verletzten als Nebenkörper er -

ebenso wie die zuzulassen. sozialistischen Hochthaler -

die Tötung der Polen und Russen deshalb wollte, weil

er sie als "rassisch minderwertige Untermenschen"

ansah, denen die rechtlichen Sicherungen verweigert

werden sollten, die nach <sup>Waga</sup> der übereinstimmenden Über-

zeugung aller zivil Staatsanwalt allen Menschen

und auch denjenigen gehören, die eine strafbare Hand-

lung begangen haben.

Personen, strafbar nach §§ 211 alter und neuer

Fassung, 45, 71, 74 StGB

§ 4 der Verordnung gegen

Gesetzverbrechen vom

1. Dezember 1939

(RGBl. I, 1. 1939) Bl.

seiner Verteidigung zu setzen.

3. 11. 1972  
1972, 1972

3. 11. 1972  
1972, 1972

Der Angeklagte wurde am 15. Dezember 1970 in

ihrem Prozeß Verfahren geführt. Nach dem Beschluß über

Vorgänge in Dresden und einem Gutachten in Dresden

am 15. Dezember 1970 die Aufgeklärung. In diesem

von seinen Richter- und Richterassistenten an der

Universitäts- und Halle, Anfang 1972 lagte er

in dem die erste Hauptverhandlung und - nach Mitteilung

dem Verfahrensgang - am 15. Dezember 1972 vor

dem Reichsausschuss für die deutsche Justiz

als erste Hauptverhandlung an. Hierbei wurde er als

„Angeklagter“ bezeichnet.



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
1 Ve Js 1098/72

Berlin 21, den 23. Oktober 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl.29 Der Angestellte Peter Fritz Hans H ü r t e l,  
geboren am 21. Juni 1940 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 38 (Nikolassee), Cimbernstr. 11h,  
Deutscher, verheiratet,

- Strafregisterauszug wird nachgereicht -

Bl.28 Verteidiger: Rechtsanwalt Dietrich Salis,  
Berlin 19, Dornburgstr. 59,

wird angeklagt,

in Berlin-Nikolassee

am 27. Juli 1972 gegen 19.30 Uhr

durch eine und dieselbe Handlung

1. einen anderen rechtswidrig mit Gewalt zu einer Handlung genötigt zu haben,
2. vorsätzlich einen anderen körperlich misshandelt oder an der Gesundheit beschädigt zu haben.



Der Angeschuldigte trat im Februar 1937 in die Sicherheitspolizei ein und wurde im Herbst 1938 zum Regierungsassessor ernannt. Er fand im Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin Verwendung, und zwar in der Abteilung II "Innerpolitische Angelegenheiten". Nach einer Einarbeitungszeit wurde er Leiter des Sachgebiets II B 2 "Behandlung aller politisch-polizeilichen Angelegenheiten der evangelischen Kirchenbewegung" und stellvertretender Leiter des Referats II B "Konfessionen, Juden, Freimaurer, Emigranten, Pazifisten". Gleichzeitig war er im Hauptamt Sicherheitspolizei Mitarbeiter in den Sachgebieten "Evangelische Kirche" und "Sekten".

vgl. S 40 Bl.3,  
11f.,13,  
S 42 Bl. 8  
aber:  
P c Bl.280 ff.

Der Angeschuldigte nahm als Mitglied der Einsatzgruppe IV (Beutel) der Sicherheitspolizei am Polenfeldzug teil und wurde im November 1939 der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau zugewiesen. Im Dezember 1939 kehrte er nach Berlin zurück. Hier übernahm er - nachdem er am 28. Dezember 1939 zum Regierungsrat ernannt worden war - Anfang Februar 1940 die Leitung des Referats IV D 2 des zwischenzeitlich gegründeten Reichssicherheitshauptamtes (RSHA). Im Sommer 1940 wurde er in das für die besetzten Westgebiete zuständige Referat IV D 6 versetzt und ab April 1941 leitete er das Referat IV D (ausl. Arb.). Im Juli 1943 ~~endete~~ die Tätigkeit des Angeschuldigten im RSHA. Mit Wirkung vom 1. August 1943 wurde er zu einer Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD nach Nordrußland abgeordnet und später als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Estland in Reval eingesetzt. Von Herbst 1944 bis Kriegsende war er KdS in Reichenberg.

Wegen der Einzelheiten des Lebenswegs des Angeschuldigten wird auf die Darstellung S. 3 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1972 Bezug genommen.



und in Tateinheit hiermit

die Hausfrau Gerda Semmler beleidigt zu haben,

indem er

gegen 13.45 Uhr im U-Bahnzug von Ruhleben in Richtung Bahnhof Zoo sich gegenüber der Zeugin Semmler und ihrer 6jährigen Tochter auf eine Bank setzte, seinen Hosenschlitz öffnete, sein Glied herausholte und daran herumspielte, und von der Zeugin Semmler, die daran Anstoß nahm, und ihrer Tochter gesehen wurde.

Vergehen gemäß §§ 183, 185, 194, 73 StGB.

Bl. 5R

Strafantrag der Verletzten Semmler ist fristgerecht gestellt worden.

Beweismittel:

Zeugin:

Bl. 1

Gerda Semmler, Berlin 20,  
Fauener Straße 7.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen  
und die Anklage zur Hauptverhandlung  
vor dem Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter - Abt. 269 -  
zuzulassen.

Z a h n

Staatsanwalt

Br.



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

1. Berlin 21, den 20. Oktober 1972  
Turmstraße 91

2 Ju Js 894/72

Fernruf: 35 01 11

An das

Amtsgericht Tiergarten

- Einzelrichter -

- Abt. 269 -

Anklageschrift

Bl. 7

Der Student Michael Ainyanbhor - In e g b e d i r o n g  
geboren am 23. Mai 1941 in Ekdoma/Nigeria, wohnhaft in 1 Berlin 30 (Schöneberg), Goltzstraße 28,  
Staatsangehörigkeit: Nigeria, verheiratet, nach eigenen Angaben nicht verbestraft,

- Strafregisterauszug folgt -

wird angeklagt,

am 1. September 1972

in Berlin 10 (Charlottenburg)

durch eine anzüchtige Handlung öffentlich ein Ärgernis  
gegeben.



Das Aufgabengebiet des ab Februar 1940 von dem Angeschuldigten geleiteten Referats IV D 2 des RSHA ist im Geschäftsverteilungsplan der Dienststelle vom 1. Februar 1940 mit "Gouvernementsangelegenheiten" beschrieben. Tatsächlich hatte sich das Referat aber nicht nur mit der Sicherheitslage und sicherheitspolizeilichen Maßnahmen im Generalgouvernement, sondern auch mit solchen Vorgängen aus den "eingegliederten Ostgebieten" und mit der Behandlung der im Reichsgebiet befindlichen Polen, insbesondere der polnischen Zivilarbeiter zu befassen.

vgl. Bl. XXIII/  
64 ff.

Bl. XXXVIII/117ff.

Wegen der vielseitigen Aufgaben wurde das Referat in Sachgebiete aufgeteilt, die mit kleinen Buchstaben bezeichnet wurden. Ein Sachgebiet IV D 2 (a) bearbeitete ursprünglich Vorgänge aus dem Generalgouvernement. Etwa ab Mai 1940, nach einer Neuaufteilung, war das Sachgebiet IV D 2 a für die "Polen im Reich", zu denen auch die hier tätigen polnischen Zivilarbeiter gehörten, zuständig, während die "Gouvernementsangelegenheiten" nunmehr im Sachgebiet IV D 2 b bearbeitet wurden. Wegen des stark steigenden Umfangs des Einsatzes polnischer Zivilarbeiter im Reich bestand ab Januar 1941 für diesen Aufgabenbereich ein eigenes Sachgebiet, das die Bezeichnung IV D 2 c erhielt.

Im Referat IV D 2 waren im Frühjahr 1940 neben dem Angeschuldigten noch der Assessor Jobst Thiemann als juristischer Mitarbeiter, der Regierungsamtmann Kuhfahl, der Regierungsoberinspektor Oppermann und der Kriminalkommissar Wintzer als Sachbearbeiter sowie mehrere Übersetzer, Registraturkräfte und Schreibdamen tätig.

vgl. Bl. XXXVIII/  
113 ff.

Das Referat IV D 2 des RSHA wirkte u.a. auch beim Vollzug der nationalsozialistischen Polenpolitik mit, die auf die Vorstellung gestützt war, daß die polnischen Gebiete einen dringend für das deutsche Volk







Bl.6R

3) Harald B o r c h a r d,  
Berlin 44, Karl-Marx-Straße 101/105

Bl.6R

4) Gerd H a l b a c h,  
Berlin 44, Karl-Marx-Straße 101/105

Bl.6R

5) Ursula G r o s s e,  
Berlin 44, Karl-Marx-Straße 101/105

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und  
die Anklage zur Hauptverhandlung  
vor dem Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter - zuzulassen.

Riebschläger

Staatsanwältin

ku



benötigten "Lebensraum" darstellten, der von einer Bevölkerung bewohnt wurde, die rassisch erheblich "geringwertiger" als das deutsche Volk war. Das Streben der nationalsozialistischen Machthaber war deshalb darauf gerichtet, die Besiedlung der polnischen Gebiete durch Deutsche zu ermöglichen und deshalb die dort ansässige polnische Bevölkerung möglichst zu dezimieren, den Polen jede Eigenstaatlichkeit zu verwehren und sie lediglich als billige Arbeitskräfte dem Deutschen Reich zur Verfügung zu halten.

Die sicherheitspolizeilichen Maßnahmen, die in Ausführung dieser Politik in den polnischen Gebieten getroffen wurden, richteten sich in erster Linie gegen die polnische Intelligenz, unter der man die Hauptträger des polnischen Nationalbewußtseins und die Anführer eines möglichen Widerstandes gegen die deutsche Herrschaft vermutete.

vgl. Bl. XXXVIII/  
123 ff.

vgl. insbesondere  
DokBd XIII

Schon im Herbst 1939 und im Winter 1939/1940 waren zwei umfassende Aktionen gegen die polnische Intelligenz durchgeführt und dabei eine große Anzahl Polen getötet worden. Im Frühjahr 1940, kurz nachdem der Angeschuldigte die Leitung des Referats IV D 2 des RSHA übernommen hatte, wurde durch Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes - IV D 2 - 480/40 - vom 3. April 1940, an dessen Herausgabe auch der Angeschuldigte beteiligt war, eine erneute "Säuberungswelle" gegen die polnische Führungsschicht eingeleitet. Das Vorgehen war als "Präventivmaßnahme zur Bekämpfung von Widerstandsaktionen der polnischen Intelligenz" getarnt, obwohl es zu dieser Zeit in Polen überhaupt noch keinen organisierten Widerstand gab. Die "Säuberungswelle" erfaßte sowohl die eingegliederten Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland als auch das Generalgouvernement, sie zog sich bis zum Spätsommer 1940 hin. Im Rahmen dieser Aktion wurden durch die örtlichen Dienststellen der Sicherheitspolizei mehrere



indem er

am 12. Oktober 1972 eine elektrische Jazz-  
gitarre, die der Zeuge Ricardo I l l  
dem Zeugen und Geschädigten Wolfgang S c h u l z  
aus dessen Auto entwendet hatte, an den Altwaren-  
händler Hans-Joachim J a c o b i zu einem  
Preise von 80,-- DM verkaufte.

Vergehen, strafbar nach § 259 StGB.

Beweismittel:

Bl.17

I. Einlassung des Angeeschuldigten

II. Zeugen:

Bl.6

1) Wolfgang S c h u l z,  
Berlin 46, Eiswaldtstraße 13a

Bl.6

2) Hans-Joachim J a c o b i,  
Berlin 44, Emserstraße 114

Bl.32

3) Ricardo I l l,  
Berlin 12, Leibnizstraße 47

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und  
die Anklage zur Hauptverhandlung  
vor dem Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter - zuzulassen.

Riebschläger

Staatsanwältin



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

56 Js 1443/72

Berlin 21, den 20. Oktober 1972

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

Anklageschrift

B1.16 Der Maler Karl Peter Wolfgang S c h n i t t ,  
geboren am 18. November 1948 in Gadebusch/Mecklenburg,  
wohnhaft in Berlin 44, Flughafenstraße 48,  
Deutscher, ledig,  
bestraft,

- Strafregisterauszug wird nachgereicht -

wird angeklagt,

in B e r l i n  
im Oktober 1972

seines Vorteils wegen bei dem Absatz von Sachen, von  
denen er wußte, oder den Umständen nach annehmen mußte,  
daß sie mittels einer strafbaren Handlung erlangt waren,  
mitgewirkt zu haben,



tausend Polen festgenommen und in verschiedene Konzentrationslager, vor allem nach Auschwitz, Mauthausen und Dachau verbracht. Etwa die Hälfte der Festgenommenen kam in den folgenden Jahren in den Lagern ums Leben. Einige der Betroffenen wurden nach kürzerer oder längerer Zeit wieder aus der Schutzhaft entlassen, die übrigen verblieben bis Kriegsende im Konzentrationslager. Es besteht der Verdacht, daß die nationalsozialistischen Machthaber und auch der Angeschuldigte von vornherein erwarteten, daß der größte Teil der festgenommenen Polen wegen der schlechten Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern alsbald versterben würde, und daß sie dies mit der Inschutzhaftnahme der Polen auch bezweckten.

vgl. Bl. XXXVIII/  
137 ff.

Im Rahmen des Vorgehens gegen die polnische Intelligenz waren bereits im Spätherbst 1939 auf Anweisung des Reichssicherheitshauptamtes insgesamt 175 Professoren der Universität Krakau verhaftet und zum größten Teil in das Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht worden, wo viele von ihnen schon nach kurzer Zeit verstarben. Als Leiter des Polenreferats war auch der Angeschuldigte mit Fragen der weiteren Behandlung der Festgenommenen - soweit sie noch am Leben waren - befaßt. Das ergibt sich aus zwei an das Auswärtige Amt gerichteten Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 9. März 1940 - IV D 2 -a- 2196/40 - und vom 10. April 1940 - IV D 2 -a- 2478/40 -, die vom Angeschuldigten unterzeichnet sind. Die Schreiben betreffen zwar nur die Entlassung von zwei Krakauer Professoren aus der Haft, sie zeigen aber, daß der Angeschuldigte für das weitere Schicksal der festgenommenen Professoren verantwortlich war. Es dürfte ihn deshalb zumindest eine Mitschuld an dem Tod der Festgenommenen treffen, die nach der Anfang Februar 1940 erfolgten Übernahme des Polenreferats durch den Angeschuldigten gestorben sind.







Bl.3R Joachimstaler Straße 1000,-- DM wechselte.

Am Bahnhof Zoo trafen sie den Angeschuldigten Herb, den der Zeuge Knappik bis dahin nicht kannte. Der

Bl.25R Angeschuldigte Wenserski flüsterte dem Angeschuldigten

Herb daraufhin zu, daß sie dem Zeugen sein Geld abnehmen könnten. In der Lützowstraße ging der Ange-

Bl.4 schuldigte Herb in einen Hausflur. Der Zeuge Knappik wurde von dem Angeschuldigten Wenserski durch die von Herb offengehaltene Tür in den Hausflur gestoßen.

Bl.4 Beide Angeschuldigten drängten den Zeugen Knappik an die Wand. Der Angeschuldigte Herb zog die Brieftasche heraus. Als sich der Zeuge wehren wollte, sagte Herb, er solle ruhig sein, anderenfalls würde er ihn abstechen. Der Angeschuldigte Herb entwendete aus der Brieftasche ca. 1.500,-- DM und rannte mit dem Angeschuldigten Wenserski davon. Unterwegs gab Herb dem Wenserski 1000,-- DM von dem geraubten Geld.

Bl.26 Der Angeschuldigte Herb gibt den Diebstahl zu, bestreitet aber jede Gewaltanwendung. Der Angeschuldigte

Bl.23 Wenserski bestreitet die Tat.

Die Angeschuldigten werden durch die angegebenen Beweismittel überführt werden.

Es wird beantragt,

- 1) das Hauptverfahren zu eröffnen und die Anklage zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten-Jugendschöffengericht zuzulassen,
- 2) Haftfortdauer zu beschließen,
- 3) den Angeschuldigten einen Pflichtverteidiger zu bestellen.



Während der Zeit, in der der Angeschuldigte das Referat IV D 2 leitete, wurden im Generalgouvernement und in den eingegliederten Ostgebieten auf Befehl des RSHA zahlreiche Polen von Angehörigen der Sicherheitspolizei exekutiert. Es besteht ein erheblicher Verdacht, daß die Exekutionsanweisungen unter Mitwirkung des Angeschuldigten vom Referat IV D 2 vorbereitet und herausgegeben wurden, und zwar zumindest für

- vgl. Bl. XXXVIII/143 ff. die Exekution von etwa 90 Polen aus dem Fort VII bei Thorn in der Zeit von Februar bis April 1940,
- vgl. Bl. XXXVIII/146 die Exekution von mindestens 20 Polen in Posen im Mai 1940,
- vgl. Bl. XXXVIII/148 ff. die Exekution von mindestens 450 Polen in Warschau in der Zeit von April bis Juni 1940 und die Tötung von 250 polnischen "Geisteskranken" in Soldau durch das Sonderkommando Lange in der Zeit vom 21. Mai bis zum 9. Juni 1940.
- vgl. Bl. XXXVIII/152 ff.

Wegen der festgestellten Einzelheiten zu den Tötungen von Polen im Generalgouvernement und in den eingegliederten Ostgebieten, an denen der Angeschuldigte mitgewirkt haben soll, wird auf die Darstellung S. 11 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. August 1971 in der Sache 1 Js 1/71 (RSHA) Bezug genommen.

Bl. XXXVIII/  
123 ff.

B 5 Bl. 1f.

vgl. D 10  
P c Bl. 28 =  
Bl. XVII/148  
R 12 Bl. 20 f. =  
Bl. XVIII/139 f.

Um die Arbeitskraft der polnischen Bevölkerung für das Reich auszubeuten, hatte "Reichsmarschall" Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan mit Verfügung vom 16. November 1939 angeordnet, daß in größtem Umfang zivile polnische Arbeitskräfte, insbesondere polnische Mädchen für die Landwirtschaft, ins Reich hereingeholt werden sollten. Für den Einsatz und die Lebensführung dieser Arbeitskräfte bestanden anfangs keine Sondervorschriften, sie wurden aber aufgrund verschiedener Zwischenfälle alsbald gefordert. Es fanden deshalb schon Ende 1939 zwischen Hitler, Himmler und Göring











vgl. Bl.IX/1

B 61 Bl. 1

vgl. Bl.IX/10

vgl. Bl.IV/2

sowie zwischen dem Reichssicherheitshauptamt, dem Stab des "Stellvertreters des Führers" und verschiedenen Reichsministerien erste Vorbesprechungen über die Grundsätze statt, die für den Einsatz und die Behandlung der polnischen Arbeitskräfte durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften reichseinheitlich festgesetzt werden sollten. Hierbei spielten rasse-politische Fragen eine besondere Rolle, weil die "Gesetze des Blutes und der Rasse" zu den Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung zählten. Man sah in der "Reinhaltung des Blutes" eine wesentliche Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes und befürchtete eine "Senkung des Rassenniveaus" durch die Vermischung zwischen Deutschen und den als "rassisch minderwertig" erachteten polnischen Arbeitskräften. Zudem lag auch ein "Führerbefehl" vor, daß geeignete Maßnahmen zu treffen seien, um jede Vermischung zwischen Deutschen und Polen zu verhindern. Auf diesen "Führerbefehl" war insbesondere das Reichssicherheitshauptamt wiederholt, zuletzt mit Schreiben des "Stellvertreters des Führers" vom 29. Januar 1940, hingewiesen worden. Die betroffenen Staats- und Parteidienststellen prüften daher insbesondere, wie den befürchteten "Gefahren für den rassischen Bestand des deutschen Volkes" in geeigneter Weise entgegengewirkt werden konnte. Hierbei ging man davon aus, daß die polnische Bevölkerung nicht nur aus "fremdrassigen" Menschen bestand, sondern daß in den polnischen Gebieten auch - mit polnischem Blut mehr oder weniger stark vermischt - die Nachkommen der in den letzten Jahrhunderten dort zugewanderten Deutschen lebten. Diese Träger "verlorengegangenen deutschen Blutes" stellten keine "Gefahr für den rassischen Bestand des deutschen Volkes" dar, man wollte sie vielmehr aus der Masse der Polen aussieben und "wiedereindeutschen". Es wurde deshalb unter anderem auch erwogen, bei der Anwerbung der polnischen Landarbeiter eine "rassische Auslese" zu treffen und nur







2. der Angehörige des ...  
geboren am 13. März 1943 in Berlin,  
mohnt in Berlin 21 (Lichterfeld),  
Wietzenstraße 9 p/hacker,

BT. 21

1. der Angehörige des ...  
geboren am 13. März 1943 in Berlin,  
mohnt in Berlin 21 (Lichterfeld),  
Wietzenstraße 9 p/hacker,

BT. 105

in dieser Sache ...  
am 12. November 1941 ...  
vom 13. November 1941 ...  
seit demselben Tage ...  
unter ...  
in Berlin 12, ...  
zu ...

BT. 67

BT. 39  
BT. 35

1. der Angehörige des ...  
geboren am 23. September 1940 in Berlin,  
mohnt in Berlin 21 (Lichterfeld),  
Wietzenstraße 9 p/hacker,  
nicht ...  
deutsche, ...  
Geburtsort ...  
BT. 10

BT. 10

SCHNITTSTELLE

der ...  
O. ...  
zu ...

1. der Angehörige des ...  
geboren am 13. März 1943 in Berlin,  
mohnt in Berlin 21 (Lichterfeld),  
Wietzenstraße 9 p/hacker,



B 5 Bl. 7 f.

die "guttrassigen" Arbeitskräfte in das Reichsgebiet heranziehen. Dieser Plan wurde aber - wie Heydrich auf einer Sitzung im RSHA am 30. Januar 1940 bekanntgab - wieder fallengelassen; er wäre nämlich praktisch nur schwer durchführbar gewesen. Außerdem wollte man auch verhindern, daß bei der deutschen Bevölkerung der Eindruck entstand, es gäbe "gute" und "schlechte" Polen. Es sollte aber jeweils die gleiche Anzahl männlicher und weiblicher polnischer Arbeitskräfte zum Einsatz kommen, um Annäherungsversuchen gegenüber Deutschen vorzubeugen.

B 5 Bl. 14

Bis Anfang Februar 1940 konnte bei den beteiligten Dienststellen Einverständnis über die wesentlichen Fragen der sicherheitspolizeilichen und arbeitsrechtlichen Behandlung der polnischen Zivilarbeiter erzielt werden. Die Vertreter der mit dem Poleneinsatz befaßten Reichsressorts wurden daraufhin in einer Sitzung, die am 2. Februar 1940 im Dienstgebäude des Reichsarbeitsministeriums stattfand, über die beabsichtigten Maßnahmen unterrichtet. Unter anderem wurde ihnen eine Aufzeichnung übergeben, in der ausgeführt war:

B 5 Bl. 15 ff.

B 5 Bl. 21

Der Reichsführer SS habe angekündigt, daß die polnischen Landarbeiter ein besonderes Kennzeichen auf ihrer Kleidung tragen würden, um bevölkerungs- und rassepolitisch unerwünschten Beziehungen zu Deutschen vorzubeugen. Er habe ferner erklärt, daß die für die Kriegsgefangenen im Falle eines Verkehrs mit deutschen Frauen bestehenden Strafbestimmungen in vollem Umfang auf die polnischen Arbeiter ausgedehnt würden; die entsprechenden Polizeiverordnungen ergingen in Kürze. Es werde auch geprüft, ob und welche weiteren Beschränkungen den Polen noch auferlegt werden müßten.

vgl. D 15

Die erwähnten Strafbestimmungen für Kriegsgefangene bei geschlechtlichem Umgang mit deutschen Frauen bestimmten aufgrund eines im November 1939 erteilten



Die ausländischen Arbeitskräfte in das Reichsgebiet  
 hereinnehmen. Dieser Plan wurde aber - wie Heydrich  
 auf einer Sitzung in RSHA am 30. Januar 1940 bekannt-  
 gab - wieder fallengelassen; er wäre nämlich prak-  
 tisch nur schwer durchführbar gewesen. Außerdem woll-  
 te man auch verhindern, daß bei der deutschen Bevöl-  
 kerung der Eindruck entstand, es gäbe "gute" und  
 "schlechte" Polen. Es sollte aber jeweils die gleiche  
 Anzahl männlicher und weiblicher polnischer Arbeits-  
 kräfte zum Einsatz kommen, um Annäherungsverhältnisse  
 gegenüber Deutschen vorzulegen.

Bis Anfang Februar 1940 konnte bei den be-  
 diensteten Einverständnis über die wesentlichen  
 Fragen der sicherheitspolizeilichen und arbeits-  
 lichen Behandlung der polnischen Zivilarbeitskräfte  
 erzielt werden. Die Vertreter der mit dem Poleneinsatz  
 befaßten Reichsressorts wurden daraufhin in einer  
 Sitzung, die am 2. Februar 1940 im Dienstgebäude des  
 Reichsarbeitsministeriums stattfand, über die beab-  
 achtigten Maßnahmen unterrichtet. Unter anderem  
 wurde ihnen eine Aufzählung vorgelegt, in der aus-  
 geführt war:

B 5 Bl. 21 Der Reichsführer SS habe angekündigt, daß die polni-  
 schen Landerbeiter ein besonderes Kennzeichen auf  
 ihrer Kleidung tragen würden, um Verwechslungs- und  
 Verharmlosungsgefahren zu vermeiden. Er habe ferner erklärt, daß die für die  
 Kriegesgefangenen in Polen vorgesehenen Strafbestimmungen in voller  
 Umfang auf die polnischen Arbeitskräfte zu ergreifen. In diesem Zusammenhang  
 wurde auch darauf hingewiesen, daß die weiteren  
 Beschränkungen den Polen noch auferlegt werden müßten.

Die erwähnten Strafbestimmungen für Kriegsgefangene  
 bei geschlechtlichem Umgang mit deutschen Frauen be-  
 stimmten aufgrund eines im November 1939 erteilten







"Führerbefehls", daß der Kriegsgefangene erschossen und die deutsche Frau durch Abscheren der Kopfhare öffentlich angeprangert und dann in ein Konzentrationslager eingewiesen werden sollte.

P c Bl.28 ff. =  
Bl.XVII/143 ff.  
P c Bl. 164 ff.

Kurz nachdem der Angeschuldigte die Leitung des Polenreferats übernommen hatte, erhielt er von Heydrich den Auftrag, nunmehr die Einzelheiten der sicherheitspolizeilichen Vorschriften für die Behandlung der polnischen Arbeitskräfte mit den anderen betroffenen Staats- und Parteidienststellen abzustimmen und die erforderlichen Verordnungen und Weisungen zu entwerfen. Ihm wurden hierfür verschiedene Unterlagen übergeben, bei denen sich unter anderem Notizen über Vorbesprechungen zwischen Hitler, Himmler, Göring und anderen Personen sowie Verordnungsvorentwürfe befanden.

In den folgenden Tagen nahm der Angeschuldigte mit den am Einsatz der polnischen Arbeitskräfte interessierten Obersten Staats- und Parteidienststellen, insbesondere mit dem Reichsarbeitsministerium und der Ausländerpolizeibehörde Verbindung auf und sprach mit ihnen Einzelheiten der geplanten Regelungen ab. Das Reichsjustizministerium wurde an den Vorarbeiten nicht beteiligt, obwohl die Anordnungen auch Strafvorschriften sowie Bestimmungen enthalten sollten, die die polnischen Zivilarbeiter aus der ordentlichen Strafrechtspflege herausnahmen. Offenbar befürchtete man, daß sich das Reichsjustizministerium dem geplanten Vorgehen widersetzen könnte.

Nach dem Abschluß der vorbereitenden Arbeiten entwarf der Angeschuldigte unter Mithilfe von Thiemann und Oppermann sowie in ständiger Fühlungnahme mit Heydrich und Amtschef Müller die staatspolizeilichen Weisungen für den Einsatz und die Behandlung der polnischen Zivilarbeiter im Reich. Er legte die Entwürfe Heydrich











vor, der sie prüfte und sie dann an Himmler bzw. Göring zur Zeichnung weitergab. Diese unterzeichneten das Erlaßwerk am 8. März 1940. Es bestand aus folgenden Einzelweisungen:

- A 5 1. einem Schreiben Görings an die Obersten Verwaltungsbehörden - VP 4984/2 -, das als Grundlage für die übrigen Bestimmungen diene,
- A 6 2. "Erläuterungen" zu diesem Schreiben,
- A 7 3. einer Polizeiverordnung des Reichsministers des Innern - Pol.S IV D 2 382/40 -,
- A 8 4. einem Schnellbrieferlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 2 - 382/40 - an die höheren Verwaltungsbehörden,
- A 10 5. einem Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - IV D 2 - 382/40 - an den Reichsarbeitsminister,
- A 9 6. einem Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - IV D 2 - 382/40 - an den "Stellvertreter des Führers",
- A 11 7. einem Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - IV D 2 - 382/40 -, an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten und
- A 12 8. einem Schnellbrieferlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - IV D 2 - 382/40 - an die Staatspolizei-leit-stellen.

A 5

P c Bl. 31 =  
Bl.XVII/146

In dem an die Obersten Reichsbehörden gerichteten Schreiben wies Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan darauf hin, daß es der Masseneinsatz von Arbeitskräften polnischen Volkstums im Reich erforderlich mache, die Behandlung dieser Arbeitskräfte umfassend zu regeln. Er ordnete unter anderem an, daß die Polen ein besonderes Kennzeichen an der Kleidung zu tragen hätten, daß sie











nicht in Gebieten eingesetzt werden dürften, in denen volkspolitische Gefahren entstehen könnten, und daß die einwandfreie Lebensführung der Polen durch Sondervorschriften, mit deren Erlaß er den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei beauftragte, sicherzustellen sei.

A 6  
P c Bl. 31, 34ff. =  
Bl. XVII/156,  
159ff  
P c Bl. 167

In den "Erläuterungen" zu diesem Schreiben war näher aufgezeigt, in welcher Hinsicht den Polen Beschränkungen auferlegt werden sollten. Zum Abschluß war gesagt:

"Den hiernach zu treffenden Anordnungen ist durch eindringliche Belehrung der Polen seitens der amtlichen Stellen Nachdruck zu verleihen. Wo sich die Polen dennoch Verstöße gegen die Anordnungen, sei es durch Nichterfüllung ihrer Arbeitspflicht, sei es durch unerträgliches Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung zuschulden kommen lassen, sind sofort geeignete, gegebenenfalls die schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen zu treffen, um Gefahren von vornherein im Keime zu ersticken."

Durch die Polizeiverordnung wurde die Kennzeichnungspflicht für die polnischen Zivilarbeiter begründet. Mit dem Schnellbrieferlaß, der an die höheren Verwaltungsbehörden gerichtet war, wies der Reichsführer SS diese an, durch Landespolizeiverordnungen Ausgeh- und andere Verbote, mit denen Kontakten zur deutschen Bevölkerung vorgebeugt werden sollte, für die polnischen Zivilarbeiter zu verhängen. Dem Erlaß war u.a. ein Merkblatt beigelegt, das zweisprachig gehalten war und den Polen bei ihrem Eintreffen im Reich gegen Unterschrift eröffnet werden sollte. In ihm waren die Bestimmungen zusammengefaßt, die die Lebensführung der polnischen Zivilarbeiter im Reich regelten. In Ziffer 7) des Merkblattes heißt es:

A 8 Bl. 10

"7. Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich ihnen sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft."



Beweismittel:

I. Einlassung des Angeeschuldigten

II. Zeuge:

Bl. 3

KOM H e B ,  
zu laden beim Pol.Präs. in Berlin, Abt. K  
- KKvD - 1 -.

III. Überführungsstücke:

Bl. 7

1 Pistole Army Model, Kal. 45, Nr. 19361,  
1 Revolver, Fabr. Mayer.

Es wird beantragt,  
das Hauptverfahren zu eröffnen und die  
Anklage zur Hauptverhandlung vor dem  
Amtsgericht Tiergarten - Einzelrichter -  
zuzulassen.

Skoluda

Durch die Staatsanwaltschaft wurde die Kommissar-  
schaft für die polnischen Zivilarbeiter begründet.  
Mit dem Schreibvermerk, der an die höheren Verwal-  
tungsstellen gerichtet war, wurde der Reichsaussen-  
minister an, durch Landespolizeiverordnungen Ausgeh-  
ende Verbote, mit denen Kontakte zur deutschen Be-  
völkerung verweigert werden sollte, für die polnischen  
Zivilarbeiter zu verhängen. Der Erlaß war u.a. ein  
Merkblatt beigelegt, das zweisprachig gehalten war  
und den Polen bei ihrem Eintreffen in Reich gegen  
Unterschrift eröffnet werden sollte. In ihm waren die  
Bestimmungen zusammengefaßt, die die Lebensführung  
der polnischen Zivilarbeiter in Reich regelten. In  
Ziffer 7) des Merkblattes heißt es:

A 8 Bl. 48

7. Wer als einer deutschen Frau oder einem deutschen  
Mann geschlechtlich verkehrt, oder sich  
sonst unzüchtig verhält, wird mit dem  
Tode bestraft.



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

Berlin 21, den 16. Oktober 1972  
Turmstraße 91

57 Js 1148/72

Fernruf: 35 01 11 App. 216

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

---

Anklageschrift

Bl. 12

Der Angestellte Peter K l a w s ,  
geboren am 7. Juni 1942 in Danzig,  
wohnhaft in Berlin 21 (Tiergarten), Bochumer Str. 25,  
Deutscher, ledig,

- Strafregisterauszug wird nachgereicht -,

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n

im September 1972

eine Waffe im Besitz gehabt zu haben,  
indem er

eine Pistole Army Model, Cal. 45, und einen Trom-  
melrevolver, Fabrikat Mayer, mit abgesägtem Lauf  
bei sich zu Hause verwahrte.

Vergehen, strafbar nach Artikel I Nr. 1, Artikel IV  
und VI des Gesetzes Nr. 43 des Kontrollra-  
tes vom 20. Dezember 1946 (VOBl. für Groß-  
Berlin 1947 Nr. 1 Seite 2) Verzeichnis A  
Gruppe I a hierzu in Verbindung mit dem Be-  
fehl Nr. 2 des Kontrollrates vom 7. Januar  
1946 über die Einziehung und Ablieferung  
von Waffen und Munition (VOBl. der Stadt  
Berlin 1946 Nr. 2).



Dieses Verbot sollte die Vermischung deutschen Blutes mit dem angeblich "minderwertigen" polnischen Blut und damit die befürchtete Verschlechterung des "rassischen Bestandes" des deutschen Volkes verhindern.

Mit den Schreiben an den Reichsarbeitsminister, den "Stellvertreter des Führers" und den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten erhielten diese Dienststellen Kenntnis von den einzelnen ergangenen Vorschriften sowie Hinweise für ihre Tätigkeit, soweit sie sich auf die polnischen Zivilarbeiter bezog.

A 10  
P c Bl. 38, 171

Mit dem Schreiben an den Reichsarbeitsminister wurde dieser unter anderem ersucht, besonders auf die angeblich notwendige Trennung der polnischen Arbeiter von der deutschen Bevölkerung zu achten und in den ländlichen Bezirken mit den Arbeitern polnischen Volkstums örtlich gleichzeitig auch Arbeiterinnen polnischen Volkstums in gleicher Anzahl einzusetzen; für Gebiete mit hauptsächlich männlichen Arbeitskräften sollte zur "vorbeugenden Gefahrenabwehr" die Errichtung von Bordellen mit polnischen Mädchen beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD beantragt werden.

A 10 Bl. 3

A 9  
P c Bl. 38, 172

In dem Schreiben an den "Stellvertreter des Führers" war u.a. ausgeführt:

A 9 Bl. 2

"... habe ich ... angeordnet, daß deutsche Volksgenossen, die mit Arbeitern oder Arbeiterinnen polnischen Volkstums Geschlechtsverkehr ausüben, sonstige unsittliche Handlungen begehen oder Liebesverhältnisse unterhalten, umgehend festzunehmen sind. Durch diese Maßnahme will ich nicht die Auswirkungen einer berechtigten Empörung der deutschen Bevölkerung über ein derartiges schändliches Verhalten verhindern. Ich halte vielmehr die Wirkung öffentlicher Diffamierungen für außerordentlich abschreckend und habe keine Bedenken, wenn man z.B. deutschen Frauen wegen ihres ehrlosen Verhaltens in Gegenwart etwa der weiblichen Jugend des Dorfes die Kopfhare abschneidet oder sie mit einem das Vergehen kennzeichnenden Schild durch das Dorf führt."



Dieses Verbot sollte die Vermischung deutschen Blutes mit dem angeblich "minderwertigen" polnischen Blut und damit die bedürftige Verschlechterung des "rassischen Bestandes" des deutschen Volkes verhindern.  
- Fußgängerbrücke - überschritten die Zeugen

Helmut Bretag und Margot Bretag die Fahrbahn der Tauentzienstraße in Richtung Marburger Straße.

Als die beiden Zeugen die zweite Fahrbahn erreicht hatten, fuhr der Angeschuldigte mit erheblicher Geschwindigkeit und steigender Geschwindigkeit auf die Zeugen Bretag zu und betätigte hierbei seine Hupe im Dauerton. Die Zeugen Bretag konnten

A 10  
P c Bl. 38, 1 nur durch schnelles Laufen sich vor dem heran-

nahenden Fahrzeug des Angeschuldigten in Sicherheit bringen.  
Vergehen, strafbar nach § 240 StGB.

A 10 Bl. 3 Volkstums örtlich gleichzeitig auch Arbeiterinnen

Beweismittel:  
polnischen Volkstums in gleicher Anzahl einzusetzen;

Bl. 5 für Gebilte Angaben des Angeschuldigten: Arbeitskräften sollte zur "vorbeugenden Gefahrenabwehr" die Er-

#### II. Zeugen:

- Bl. 3 1. Helmut Bretag, Berlin 41,  
den. Borstellstraße 53.  
Bl. 8 2. Margot Bretag, Berlin 41,  
den. Borstellstraße 53.

A 9  
P c Bl. 38, 2 In dem Schreiben an den "Stellvertreter des Führers" Es wird beantragt:

A 9 Bl. 2

das Hauptverfahren zu eröffnen  
"... habe ich die Anklage zur Hauptverhandlung  
nossen, die mit Arbeitern oder Arbeiterinnen pol-  
nischen Volkstums verfahren werden sollen, ausüben, son-  
stige unzüchtige Beziehungen zu unterhalten, oder Liebes-  
verhältnisse unterhalten, umgehend festzunehmen  
sind. Durch diese Maßnahme will ich nicht die Aus-  
wirkungen einer berechtigten Empörung der deut-  
schen Bevölkerung über ein derartiges schändliches  
Verhalten verhindern. Staatsanwältin vielmehr die Wir-  
kung öffentlicher Diffamierungen für außerordent-  
lich abschreckend und habe keine Bedenken, wenn  
man z.B. deutschen Frauen wegen ihres ehrlosen Ver-  
haltens in Gegenwart etwa der weiblichen Jugend  
des Dorfes die Kopfschleier abschneidet oder sie mit  
einem das Vergehen kennzeichnenden Schild durch  
das Dorf führt."



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

1 Berlin 21, den 12. Oktober 1972  
Turmstraße 91

3 Ve Js 308/72

Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendrichter -

Anklageschrift

Bl. 4 Der Krankenpflegeschüler Eberhard Kurt Witten,  
geboren am 3. Oktober 1952 in Berlin,  
wohnhaft in 1 Berlin 44 (Neukölln), Mariendorfer Weg 6,  
Deutscher, ledig.

- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 4R gesetzliche Vertreter: Mutter  
Frieda Hartmann geb. Nierling,  
1 Berlin 44, Mariendorfer Weg 6,

wird angeklagt,

- als Heranwachsender -

in Berlin-Charlottenburg  
am 29. Juni 1972 gegen 14.45 Uhr

einen anderen rechtswidrig mit Gewalt zu einer Handlung  
genötigt zu haben.



A 12

P c Bl. 42 ff. =  
Bl. XVII/158 ff.  
P c Bl. 172 ff.

In dem an die Staatspolizei-leit-stellen gerichteten Erlaß war gesagt, daß die in den anderen Weisungen angeordneten Maßnahmen allein nicht ausreichen würden, um den durch den Einsatz von "volksfremden" Arbeitern drohenden Gefahren zu begegnen, und deshalb auch die Geheime Staatspolizei diese Gefahren mit allen ihr gegebenen Mitteln bekämpfen müsse. Für das Vorgehen der Staatspolizei gab der Erlaß ins einzelne gehende Richtlinien. Bei Widersetzlichkeit oder Arbeitsunlust sollten die Staatspolizei-leit-stellen sogleich durch langfristige Einweisungen der Polen in Arbeitserziehungslager einschreiten, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen. In gleicher Weise sollte auch später in den Fällen vorgegangen werden, in denen eine staatspolizeiliche Warnung oder kurzfristige Inhaftierung nicht ausreichte. Für hartnäckig Arbeitsunlustige sah der Erlaß eine Beschäftigung in den Steinbrüchen des Konzentrationslagers Mauthausen vor. Weiter war gesagt:

"Besonders schwerwiegende Fälle sind dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD vorzulegen, der nach Prüfung die Entscheidung über eine Sonderbehandlung der betreffenden Arbeitskräfte polnischen Volkstums herbeiführen wird."

A 12 Bl. 6

Bei allgemeinen reichsfeindlichen Äußerungen und Bestrebungen sollten die Staatspolizei-leit-stellen entsprechend den für das Vorgehen bei Widersetzlichkeiten gegebenen Richtlinien einschreiten.

Die Maßnahmen, die die Staatspolizei-leit-stellen bei Verstößen gegen das in Ziffer 7) des Merkblattes für die polnischen Zivilarbeiter ausgesprochene Verbot des Geschlechtsverkehrs mit Deutschen treffen sollten, waren in einem besonderen Abschnitt des Erlasses genannt. Dort war u.a. ausgeführt:

A 12 Bl. 5

"Die Ziffer I (d.i. bei Widersetzlichkeit oder Arbeitsunlust) zu treffenden Maßnahmen sind entsprechend anzuwenden, um dem unerträglichen Verhalten



A 12

In dem Verfahren betreffend Reader-Meinhof-Gruppe stehen hier folgende Beweismittelordner zur Verfügung:

- 1) Sonderordner Vernehmungen I
- 2) Sonderordner Vernehmungen II
- 3) Sonderordner Vernehmungen III
- 4) Sonderordner Kraftfahrzeuge I
- 5) Sonderordner Kraftfahrzeuge II
- 6) Sonderordner Kraftfahrzeuge III
- 7) Sonderordner Kassel
- 8) Sonderordner Wohnungen Martin-Luther-Straße, Hauptstraße, Kurfürstendamm
- 9) Sonderordner Wohnung Knesebeckstraße 89
- 10) Sonderordner Knesebeckstraße 89 II
- 11) Sonderordner Wohnung Knesebeckstraße 89 III
- 12) Sonderordner Berliner Banküberfälle I
- 13) Sonderordner Berliner Banküberfälle II
- 14) Sonderordner Bicker vor. Weiter war gesagt:
- 15) Sonderordner Wohnung Polle und Schußwaffen
- 16) Sonderordner Falkenberg I
- 17) Sonderordner Falkenberg II
- 18) Sonderordner Einbrüche in Paßämter und div. Wohnungen
- 19) Sonderordner Wohnung Conrad, Otto pp.
- 20) Sonderordner Hannover I
- 21) Sonderordner Hannover II
- 22) Sonderordner Nürnberg I
- 23) Sonderordner Nürnberg II
- 24) Sonderordner Wohnung Bornheim pp.
- 25) Sonderordner Banküberfälle
- 26) Sonderordner Wohnung Werner Stoller u.a.
- 27) Sonderordner Schußwechsel Frankfurt
- 28) Sonderordner Hamburg I
- 29) Sonderordner Hamburg II
- 30) Sonderordner Hamburg III

A 12 Bl. 5

"Die Ziffer I (d.h. bei Wider-2 zlichkeit oder Arbeitsunlust) zu treffenden Maßnahmen sind entsprechend anzuwenden, um dem unerträglichen Verhalten



- 31) Sonderordner Hamburg IV -Teil 1-
- 32) Sonderordner Hamburg IV -Teil 2-
- 33) Sonderordner Hamburg V -Teil 1-
- 34) Sonderordner Hamburg V -Teil 2-
- 35) Sonderordner Ludwigshafener Banküberfall I
- 36) Sonderordner Ludwigshafener Banküberfall II
- 37) Sonderordner Kaiserslautener Banküberfall I
- 38) Sonderordner Kaiserslautener Banküberfall II
- 39) Sonderordner Kaiserslautener Banküberfall III
- 40) Sonderordner Kaiserslautener Banküberfall IV
- 41) Sonderordner München I
- 42) Sonderordner Berliner Pakete I
- 43) Sonderordner Berliner Pakete II
- 44) Sonderordner Berliner Pakete III
- 45) Sonderordner Berliner Pakete IV
- 46) Sonderordner Vernehmungen IV
- 47) Sonderordner Schußwechsel 2.3.72 Augsburg



der Arbeitskräfte polnischen Volkstums gegenüber der deutschen Bevölkerung Einhalt zu gebieten.

Insbesondere gilt dies für Verfehlungen auf sittlichem Gebiet. Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen polnischen Volkstums, die mit Deutschen Geschlechtsverkehr ausüben oder sich sonstige unsittliche Handlungen zuschulden kommen lassen, sind sofort festzunehmen und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD zur Erwirkung einer Sonderbehandlung fernschriftlich zu melden."

Die deutschen Partner der betroffenen Polen sollten ebenfalls - wie auch in dem Schreiben an den "Stellvertreter des Führers erwähnt - sofort festgenommen und ihre Einweisung in ein Konzentrationslager beantragt werden.

Aus welchen Motiven heraus die nationalsozialistischen Machthaber die Anordnung trafen, daß die polnischen Arbeitskräfte bei allen als schwerwiegend angesehenen Verstößen unter Umgehung der Justizbehörden von der Sicherheitspolizei der "Sonderbehandlung" zugeführt werden sollten, ergibt sich aus dem später herausgegebenen Erlaß des RSHA - II A 2 Nr. 567/42 -176- vom 5. November 1942, in dem es u.a. heißt:

A 57 =  
B 74 Bl. 57 f.

"...  
Polen und Angehörige der Ostvölker sind fremdvölkische und rassisch minderwertige Menschen, die im deutschen Reichsgebiet leben. Hieraus ergeben sich für die deutsche Volksordnung erhebliche Gefahrenmomente, die zwangsläufig dazu führen, die Fremdvölkischen einem anderen Strafrecht zu unterstellen als deutsche Menschen ...

A 57 Bl. 2 =  
B 74 Bl. 58

Bei der Aburteilung eines Polen werden ... im Prinzip immer noch dieselben Gesichtspunkte angewandt, die für die Aburteilung eines Deutschen maßgeblich sind; d.h. der Richter geht von der Person des Täters aus und versucht, für die Tat unter weitgehender Würdigung der persönlichen Motive des Täters eine Sühne zu finden, die den Interessen der Volksgemeinschaft gerecht wird. Diese Erwägungen, die für die Aburteilung der Straftat eines Deutschen richtig sein mögen, sind bei der Aburteilung eines Fremdvölkischen jedoch falsch. Bei Straftaten eines Fremdvölkischen haben die persönlichen Motive des Täters völlig auszuscheiden. Maßgeblich darf nur sein, daß seine Tat die



gestellt. Dabei löste der Angeschuldigte seinen ausgewachsenen Schäferhundrüden vom Halsband und hetzte ihn mit den Worten: "Faß ihn" auf den Zeugen. Nachdem ihm der Zeuge Ewert mit dem Erschießen des Hundes gedroht hatte, faßte der Angeschuldigte den Hund kurz.

Vergehen, strafbar nach § 113 StGB.

Beweismittel:

I. Zeuge:

Bl.2

PM

Dieter Ewert,

zu laden: beim Polizeipräsidenten in Berlin

II. Sachverständiger:

Obermedizinalrat Dr. Frey,  
-beim Polizeipräsidenten in Berlin-

Bl.3

W-K (MW) B. 8406/72

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen:

Wegen des Tathergangs wird auf den Anklagesatz Bezug genommen.

Bl.2

Die Auseinandersetzung zwischen dem Angeschuldigten und dem Zeugen

Bl.3

fanden gegen 2.45 Uhr statt. Ein den Angeschuldigten um 2.45 Uhr entnommene Blutprobe ergab im Mittelwert einen Blutalkoholgehalt

Bl.6,7,14

von 2.21 ‰ Alkohol. Der Angeschuldigte hat sich zur Sache nicht geäußert, obwohl er dazu Gelegenheit hatte. Der Angeschuldigte wird in der Hauptverhandlung durch die angegebenen Beweismittel überführt werden. Inwieweit der Straftatbestand der Rauschtat vorliegt, kann erst in der Hauptverhandlung geklärt werden. Es wird beantragt,

A 57 Bl. 2 =  
B 74 Bl. 58

Es wird beantragt, die Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten - Schöffengericht - zuzulassen. Bei der Aburteilung eines Deutschen maßgeblich sind; d.h. der Richter geht von der Person des Täters aus und versucht, für die Tat unter weitgehender Vernachlässigung der persönlichen Motive des Täters eine Sühne zu finden, die den Interessen der Volksgemeinschaft gerecht wird. Diese Erwägungen, die für die Aburteilung der Straftat eines Deutschen richtig sein mögen, sind bei der Aburteilung eines Fremdvölkischen jedoch falsch. Bei Straftaten eines Fremdvölkischen haben die persönlichen Motive des Täters völlig auszuscheiden. Maßgeblich darf nur sein, daß seine Tat die

gu/



Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

Berlin 21, den 19. Oktober 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 App.: 513

64 Js 1170/72

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Schöffengericht -

A n k l a g e s c h r i f t

- Bl.6      Der Polizeiobermeister Manfred Kurt Ferdinand S t e u e r  
geboren am 26. August 1939 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 41 (Steglitz), Klingsorstr. 58,  
Deutscher, verheiratet,  
nicht bestraft,  
- Strafregisterauszug ist beigelegt -
- Bl.8      -Wahlverteidiger: Dr. Ernst-Wolfgang F r i e d r i c h,  
Berlin 41, Hauptstr. 87-      dem

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n 45  
am 17. Juli 1972

einem Beamten, der zur Vollstreckung von Gesetzen oder  
Verfügungen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen  
Amts- oder Diensthandlung mit Gewalt Widerstand ge-  
leistet und ihn dabei tätlich angegriffen zu haben.

Der Angeschuldigte, der nach einem Verkehrsunfall  
wegen Trunkenheit von dem Polizeibeamten E w e r t  
zur Blutprobe in das Königswarter-Krankenhaus gebracht  
worden war, flüchtete von dort. Er wurde von dem Zeugen  
E w e r t verfolgt und in der Marien-/Ecke Schillerstr.



deutsche Volksordnung gefährdet und daß daher Vorkehrungen getroffen werden müssen, die weitere Gefährdungen verhindern. Mit anderen Worten, die Tat eines Fremdvölkischen ist nicht unter dem Gesichtswinkel der justizmäßigen Sühne, sondern unter dem Gesichtswinkel der polizeilichen Gefahrenabwehr zu sehen."

Das einfachste Mittel, die Polen an einer weiteren "Gefährdung der deutschen Volksordnung zu hindern", sah man mithin darin, sie zu töten.

In der Folgezeit ergingen zahlreiche Weisungen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei oder des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, durch die die Vorschriften des Erlasswerkes vom 8. März 1940 ergänzt oder abgeändert wurden. Auch diese Erlasse wurden grundsätzlich im Polenreferat

R 12 Bl. 32ff. = des RSHA vorbereitet und entworfen, und zwar unter  
Bl. XVIII/157ff. Aufsicht des jeweiligen Referatsleiters, hauptsächlich  
R 74 Bl. 55ff., 64, 90ff. = lich von ROI Oppermann. Die Aufträge zum Entwurf der  
Bl. XVI/80ff., 89, Vorschriften erteilte in den meisten Fällen - haupt-  
129 ff. sächlich auf Weisung Himmlers - Amtschef Müller, ver-  
schiedene neue Regelungen ergaben sich aber auch aus  
der Referatsarbeit selbst.

Die ersten ergänzenden Richtlinien für das Vorgehen der Staatspolizei-leit-stellen in Fällen verbotenen Geschlechtsverkehrs zwischen Polen und Deutschen brachte der unter Mitwirkung des Angeschuldigten entstandene Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 2 382/40 - vom 21. Mai 1940. Da der "rassische Bestand" des deutschen Volkes nur durch Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und "fremdrassigen" polnischen Arbeitskräften gefährdet werden konnte, nicht aber durch intimen Umgang mit einem "gutrassigen" Polen, der Träger "verlorengegangenen deutschen Blutes" war, sollten auch die Maßnahmen, die gegen Polen wegen verbotenen Geschlechtsverkehrs zu treffen waren, von dem



2) Je 1 Abschrift dieser Verfügung erhalten:

Herr EStA Steglich  
Herr EStA Rüster  
Herr EStA Schaefer  
Herr StA Bajor  
Herr StA Bessin  
Herr StA Burks  
Herr StA Greinert  
Herr StA Pech  
Herr StA Schmid  
Herr StA Warnst  
Herr StA Wulff  
Herr WiRef Jans

R 12 Bl. 12ff. -  
Bl. XVIII/157ff.  
R 74 Bl. 55ff. -  
64, 90ff. -  
Bl. XVI/80ff. 89,  
129 ff.

den Erlaßwerken von  
d. März 1940 ergänzt oder abgeändert wurden. Auch  
diese Erlasse wurden grundsätzlich im Polenreferat  
des NSHA vorbereitet und entworfen, und zwar unter  
Aufsicht des jeweiligen Referatsleiters, hauptsächlich  
von Hpt Oppermann. Die Aufträge zum Entwurf der  
Verordnungen ergingen in den meisten Fällen - haupt-  
sächlich auf Weisung Himmlers - Antschel Müller, ver-  
schiedene Oberstaatsanwälte gaben aber auch aus  
der Referatsarbeit selbst.

Die ersten ergänzenden Richtlinien für das Vorgehen  
der Staatspolizei-leit-stellen in Fällen verbotenen  
Geschlechtsverkehrs zwischen Polen und Deutschen Ro.  
brachte der unter Mitwirkung des Angeeschuldigten ent-  
standene Rundverlaß des Reichsführers SS und Chefs  
der Deutschen Polizei - S IV D 2 332/40 - vom  
21. Mai 1940. Da der "rassische Bestand" des deut-  
schen Volkes nur durch Geschlechtsverkehr zwischen  
Deutschen und "fremdrassigen" polnischen Arbeitskräf-  
ten gefährdet werden konnte, nicht aber durch intimen  
Umgang mit einem "gutrassigen" Polen, der Träger  
"verlorengegangenen deutschen Blutes" war, sollten  
auch die Maßnahmen, die gegen Polen wegen verbotenen  
Geschlechtsverkehrs zu treffen waren, von dem



## V.

1) Betrifft: Erholungsurlaub 1973

Der Urlaubsplan 1973 wird von der Verwaltung der Staatsanwaltschaft erst im Januar 1973 hier eingehen.

Ich halte es für notwendig, den Urlaubsplan 1973 noch in diesem Jahr zu erstellen, damit sich jeder Kollege möglichst früh darauf einstellen kann.

Folgendes bitte ich dabei zu beachten:

- a) Der Urlaub soll in nicht mehr als zwei Teilen genommen werden.
- b) Wird der Urlaub geteilt, bitte ich, den zweiten Teil möglichst in die Wintermonate zu legen.
- c) In den Oster-, Pfingst-, Sommer- und Herbstferien 1973 werden 3 Angehörige der Abteilung gleichzeitig beurlaubt werden können. Ich werde mich dafür einsetzen, daß auch darüberhinaus in den Sommermonaten drei Kollegen gleichzeitig beurlaubt werden können, soweit dies dienstlich vertretbar ist.
- d) Unter keinen Umständen darf die Urlaubszeit "überlappen", auch nicht für einen Tag; d.h.: an keinem Tag dürfen mehr als 2 bzw. 3 Angehörige der Abteilung in Urlaub sein.

Etwa Mitte November 1972 werde ich eine Urlaubsbesprechung ansetzen.



A 16  
P c Bl. 178 ff.

rassischen Erscheinungsbild des Zivilarbeiters abhängen. Die Staatspolizeistellen wurden deshalb angewiesen, künftig allen Anträgen auf "Sonderbehandlung" polnischer Zivilarbeiter und -arbeiterinnen wegen verbotenen Geschlechtsverkehrs eine von einem Amtsarzt gefertigte "rassische Beurteilung" sowie ein Lichtbild beizufügen, das die Rassenmerkmale deutlich zeigen sollte.

A 20  
A 21

Mit zwei Erlassen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - IV D 2 3383/40 - vom 10. Juli 1940 die der Angeschuldigte aufgrund von Richtlinien entworfen hatte, die insbesondere zwischen den Dienststellen der Wehrmacht und des "Stellvertreters des Führers" abgesprochen waren, wurde den höheren Verwaltungsbehörden und den Staatspolizei-leit-stellen mitgeteilt, daß demnächst eine große Anzahl polnischer Kriegsgefangener aus der Gefangenschaft entlassen und in ein Zivilarbeiterverhältnis überführt würden und deshalb künftig nach den für die Zivilarbeiter polnischen Volkstums geltenden Vorschriften zu behandeln~~n~~ seien.

Wegen der Einzelheiten der Entstehung und des Inhalts der von dem Angeschuldigten während seiner Zugehörigkeit zum Polenreferat des RSHA entworfenen Erlasse wird auf die Darstellung S. 57 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 Bezug genommen.

C 3 Bl. 4

Der Angeschuldigte war von Anfang April 1941 bis Ende Juli 1943 Leiter des Referats IV D (ausl. Arb.) des RSHA, dem die zentrale Lenkung der Bearbeitung aller mit dem Einsatz ausländischer Arbeiter im Reich zusammenhängenden grundsätzlichen Fragen, soweit sie in die Zuständigkeit des Amtes IV fielen, oblag. Er hatte in diesem Referat - abgesehen von Registratur- und Schreibkräften - anfangs keinen ständigen Mitarbeiter.



Abteilungsleiter VI

Berlin, den 23. Oktober 1972

A 15

P c Bl. 178 ff.

- 1) Betrifft: Informationsaustausch der mit der Bekämpfung des polnischen Zivilarbeits- und -arbeiterinnen wegen von polnischen Geschlechtsverkehr eine von einem Antarat gefertigte "russische Beurteilung" sowie ein Lichtbild beizufügen, das die Rassenmerkmale deutlich zeigen sollte.

A 20

A 21

Mit zwei Erlassen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - IV D 2 3389/40 - vom 10. Juli 1940 auf der Tagung in Karlsruhe vom 29. - 31. Mai 1972 ist u.a. der oben erwähnte Austausch vereinbart worden.

Die der Angeschuldigte aufgrund von Richtlinien entworfen hatte, die insbesondere zwischen den Dienststellen der Wehrmacht und des Stellvertreters des Reichsführers abgesprochen waren, wurde den höheren Verwaltungsbehörden und den Staatspolizei-leitstellen zur Vermeidung unnötiger Mehrarbeit werde ich einen Leitzordner anlegen, der die betreffenden Unterlagen enthält und in meinem Dienstzimmer aufbewahrt wird.

Anfragen an die Staatsanwaltschaften im Bundesgebiet bitte ich mir zuzuleiten. Ich werde sie entsprechend bearbeiten.

Wegen der Einzelheiten der Entstehung und des Inhalts der von dem Angeschuldigten während seiner Zugehörigkeit zum Polizeireferat des RSHA entworfenen Erlasse werden von mir in Umlauf gesetzt und nach Befragung der Geschäftsstellen von mir weiter bearbeitet.

C 3 Bl. 4

Der Angeschuldigte war von Anfang April 1941 bis Ende Juli 1943 Leiter des Referats IV D (ausl. Arb.) des RSHA, dem die zentrale Lenkung der Bearbeitung aller mit dem Einsatz ausländischer Arbeiter im Reich zusammenhängenden grundsätzlichen Fragen, soweit sie in die Zuständigkeit des Amtes IV fielen, oblag. Er hatte in diesem Referat - abgesehen von Registratur- und Schreibkräften - anfangs keinen ständigen Mitarbeiter.



2) Je 1 Abschrift dieser Verfügung erhalten:

Herr EStA    S t e g l i c h  
Herr EStA    R ü s t e r  
Herr EStA    S c h a e f g e n  
Herr StA    B a j o h r  
Herr StA    B e s s i n  
Herr StA    B ü r k s  
Herr StA    G r e i n e r  
Herr StA    P e c h  
Herr StA    S c h m i d t  
Herr StA    W a r n s t ä d t  
Herr StA    W u l f f  
Herr WiRef   J a n s e n

R a d k e

Oberstaatsanwalt



Erst im Frühjahr 1942 wurde ihm der Kriminalkommissar Häßler als Sachbearbeiter zugewiesen.

Es besteht der Verdacht, daß der Angeschuldigte als Leiter des Referats IV D (ausl. Arb.) die in der Zeit von Anfang 1941 bis Ende Juli 1943 im Polenreferat zusammengestellten weiteren Runderlasse über die "Sonderbehandlung" der polnischen Zivilarbeiter sowie der Zivilarbeiter nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten mitgezeichnet hat, und zwar insbesondere die Runderlasse des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 5. Juli 1941 - S IV D 2 c 4883/40g -196- und vom 19. Januar 1942 - S IV D 2 c 1003/42 -.

Der Runderlaß vom 5. Juli 1941 war an die Staatspolizei-leit-stellen gerichtet und besagte im wesentlichen folgendes:

A 27 Bl. 2

In zahlreichen Fällen seien polnische Zivilarbeiter zur "Sonderbehandlung" vorgeschlagen worden, die nordischen Rasseneinschlag aufwiesen, gut aussähen und charakterlich gut beurteilt würden. Derartige Personen kämen für eine Eindeutschung in Betracht. Der Reichsführer SS habe daher in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums angeordnet, daß polnische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene, die mit deutschen Frauen Geschlechtsverkehr unterhalten oder sonstige unsittliche Handlungen an ihnen vorgenommen hätten, künftig zuerst auf ihre Eindeutschungsfähigkeit zu überprüfen seien. Eine Eindeutschung komme allerdings dann nicht in Betracht, wenn der Pole die ihm zur Last gelegte Handlung unter erschwerenden Umständen (z.B. Vergewaltigung, Unzucht mit Kindern) begangen habe. Um eine gleichmäßige Behandlung zu gewährleisten, sei in Zukunft in den Fällen, die zu einer "Sonderbehandlung"



T j a d e n und S c h a d o w vorläufig festgenommen werden. Dem widersetzte er sich dadurch, daß er um sich schlug und mit den Füßen gegen die Beamten trat. Außerdem beschimpfte er sie als "Dreckschweine, Mistsäue". Nach gelungener Festnahme und Zuführung zum Revier 144 wurde er dort zunächst in eine Zelle gesperrt, um anschließend zur Abnahme einer Blutprobe gebracht zu werden. Als der POM D a b e r k o w an die Zelle trat, spuckte der Angeschuldigte ihm ins Gesicht, so daß er sich vor Ekel übergeben mußte. Eine bei dem Angeschuldigten um 0.45 Uhr entnommene Blutprobe ergab eine Blutalkoholkonzentration von 2,26 ‰ im Mittelwert.

Bl.11

Vergehen: strafbar nach den §§ 113, 115, 196, 73, 74 StGB.

Bl.2,5,6 Strafanträge sind gestellt.  
und 14

Beweismittel:

Bl.13R

I. Einlassung des Angeschuldigten.

Bl.8

II. Zeugen:

Bl.9

- 1) POM  
Horst D a b e r k o w ,  
Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums angeordnet, daß polnische Zivilarbeiter und
- 2) PH  
Ewald S c h a d o w mit deutschen Frauen Geschlechtsverkehr unterhalten oder sonstige unzüchtliche Handlungen an ihnen vorgenommen hätten. Münftig zuerst auf ihre Bindenschuldschuldigkeit zu überprüfen seien.
- 3) POM  
Günter M e i e r ,  
auf ihre Bindenschuldigkeit zu überprüfen seien.
- 4) POM  
Herbert T j a d e n ,  
auf ihre Bindenschuldigkeit zu überprüfen seien.

zu 1)-4) zu laden: beim Polizeipräsidenten in Berlin

(Unzucht mit - Revier 144 - zugehörig). Um eine gleichmäßige Behandlung zu gewährleisten, soll in Zukunft in den Fällen, die zu einer "Sonderbehandlung"



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

Berlin 21, den 19. Oktober 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 App.: 713

60 Js 1244/72

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -  
-----

Anklageschrift

Bl. 18

Der Reichsbahnangestellte Alfons von P r a b u c k i ,  
geboren am 21. März 1930 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 20 (Spandau), Straßburger Str. 25,  
Deutscher, verheiratet,  
nach eigenen Angaben nicht bestraft,  
- Strafregisterauszug wird nachgereicht -

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n

am 2. Mai 1972

in der Zeit zwischen 22.30 Uhr und 23.10 Uhr

durch zwei selbständige Handlungen

- 1) Beamten, welche zur Vollstreckung von Gesetzen  
berufen sind, bei der Vornahme einer solchen  
Amtshandlung mit Gewalt Widerstand geleistet  
und tateinheitlich damit  
andere beleidigt zu haben,
- 2) einen anderen beleidigt zu haben.

Der Angeschuldigte sollte am Tattag gegen 22.30 Uhr  
wegen einer vorangegangenen Tötlichkeit und zur  
Verhinderung weiterer Angriffe gegen dritte Per-  
sonen durch die Polizeibeamten



A 27 Bl. 4

führen könnten, die rassischen Untersuchungen grundsätzlich nicht mehr vom Amtsarzt, sondern von den Führern im Rasse- und Siedlungswesen bei den Höheren SS- und Polizeiführern bzw. den Referenten des Rasse- und Siedlungshauptamtes bei den Ergänzungsstellen der Waffen-SS durchzuführen. In den Fällen, in denen die Eindeutschungsfähigkeit anerkannt werde, habe die Staatspolizei-leit-stelle unter Beifügung der üblichen Unterlagen an das RSHA zu berichten, das über die weitere Behandlung des Polen entscheiden werde. In den meisten Fällen werde die Einweisung in ein Konzentrationslager der Stufe I für kürzere Zeit eine ausreichende Sühne darstellen. Komme dagegen eine Eindeutschung nicht in Betracht, sei wie üblich ein "Sonderbehandlungsvorschlag" mit den vorgesehenen Unterlagen einschließlich des vom RuS-Führer gefertigten rassischen Gutachtens vorzulegen. Hierbei sei stets zum Ausdruck zu bringen, ob der betreffende Pole amtlich darüber belehrt worden sei, daß ihm der Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen unter Androhung der Todesstrafe verboten sei.

A 27 Bl. 4 f.

Der Erlaß hob weiter hervor, daß sich der Reichsführer SS auch in den Fällen von Geschlechtsverkehr oder unsittlichem Verhalten polnischer Zivilarbeiter gegenüber deutschen Frauen und Mädchen, die voraussichtlich nicht zu einer "Sonderbehandlung" führen würden (z.B. nicht belehrte Polen; Personen, deren Volkszugehörigkeit zweifelhaft sei; Polen unter 18 Jahren, die mit erheblich älteren deutschen Frauen verkehrt hätten und von diesen offensichtlich verführt worden seien), die endgültige Entscheidung vorbehalten habe und daher auch in diesen Fällen die durch Erlaß vom 10. Dezember 1940 - S IV D 2 a 3382/40 - vorgeschriebene Stellungnahme des Höheren SS- und Polizeiführers einzuholen und mit den üblichen Unterlagen dem RSHA vorzulegen sei.







III. Medizinischer Sachverständiger:

Bl. 11

Prof. Dr. med. Walter K r a u l a n d ,  
zu laden: beim Institut für gerichtliche  
und soziale Medizin der Freien  
Universität Berlin, Berlin 33,  
Hittorfstr. 12

zu Kontr.-Nr.: 5268

zu Untersuchgs.Nr.: 16 968..

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und die  
Anklage zur Hauptverhandlung vor dem  
Amtsgericht Tiergarten - Einzelrichter -  
zuzulassen.

Holzinger

Staatsanwalt



Der Runderlaß vom 19. Januar 1942 richtete sich an die Staats- und Kriminalpolizei-leit-stellen, wurde jedoch nachrichtlich auch verschiedenen anderen Polizeidienststellen, dem Reichsarbeitsministerium und den höheren Verwaltungsbehörden übersandt. Er hob u.a. Weisungen auf, die mit Runderlassen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 2 c 3382/40 - vom 3. September 1940 den höheren Verwaltungsbehörden und den Staatspolizei-leit-stellen für das Einschreiten bei kriminellen Handlungen polnischer Zivilarbeiter gegeben worden waren und die darauf abzielten, die Polen, die strafbare Handlungen begangen hatten, unter Umgehung der Justizbehörden in die Hand der Staatspolizei zu bringen, damit diese sie nach ihrem Gutdünken behandeln konnte. Für die örtlichen allgemeinen Polizeibehörden enthielt der Erlass gleichzeitig neue Richtlinien. Sie betrafen zuerst das Vorgehen bei Arbeitsvertragsbrüchen. Weiter war dann gesagt:

A 36 Bl. 6

"Bei allen anderen - also auch kriminellen - von polnischen Zivilarbeitern begangenen strafbaren Handlungen sind die Ermittlungsvorgänge nach Abschluß der Ermittlungen grundsätzlich zunächst der zuständigen Staatspolizei-leit-stelle zuzuleiten, die erforderlichenfalls die Weiterleitung an die Justizbehörden veranlaßt. Ich habe jedoch keine Bedenken dagegen, daß zur Herbeiführung der staatspolizeilichen Entscheidung nur eine kurze, aber für die Beurteilung des Falles ausreichende zusammenfassende Darstellung der Ermittlungsergebnisse, z.B. Durchschlag des Abschlußberichts, übersandt wird.

Festgenommene Polen sind bis zur Entscheidung der Geheimen Staatspolizei am Festnahmeort - möglichst im Polizeigefängnis - weiter in Haft zu halten.

A 36 Bl. 7

Die Orts- und Kreispolizeibehörden sowie die Gendarmeriestellen sind durch die Staatspolizei-leit-stellen mit entsprechenden Weisungen zu versehen."

Neben diesen Richtlinien für die Bearbeitung von Ermittlungsverfahren gegen polnische Zivilarbeiter durch die örtlichen allgemeinen Polizeibehörden enthielt der Erlass für die Staatspolizei-leit-stellen



an den Zeugen Lütffü D u r m a z für eine monatliche Miete von 120,-- DM. Für die übernommene Wohnungseinrichtung zahlte der Zeuge, um die Wohnung zu erhalten, an den Angeeschuldigten 1200,-- DM. Der Angeeschuldigte war zur Untervermietung der Wohnung nicht berechtigt, so daß der Zeuge in die Wohnung nicht einziehen konnte. Den vorgenannten Geldbetrag hat der Angeeschuldigte an den Zeugen nicht zurückgezahlt.

Vergehen, strafbar nach § 263 StGB.

Beweismittel:

Bl.20

I. Einlassung des Angeeschuldigten.

Bl.2

1) Friseur  
Lütffü D u r m a z,  
Berlin 65, Swinemünder Str. 49,

Bl.3

2) Busschaffner  
Ergün K i v a n c,  
Berlin 19, Knobelsdorffstr. 48,

Bl.10

3) Rentnerin  
Erna K r u m p h o l z,  
Berlin 65, Grüntaler Str. 26.

III. Überführungsstücke:

Bl.5,6

1) Mietvertrag,  
2) Quittung vom 15. Februar 1972.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und die Anklage zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten - Einzelrichter - zuzulassen.

Dr. Grasnick

Erster Staatsanwalt

gu/



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

Berlin 21, den 18. Oktober 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 App.: 713

60 Js 642/72

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -  
-----

A n k l a g e s c h r i f t

B1.8,15 Der Bäcker Wolfgang P l ä t z ,  
geboren am 1. Februar 1945 in Bad Saarow,  
wohnhaft in 2 Hamburg, Glockengießerwall 10,  
Deutscher, verheiratet,  
vorbestraft,  
- Strafregisterauszug liegt bei -

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n  
am 15. Februar 1972

in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögens-  
vorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen  
dadurch beschädigt zu haben, daß er durch Vorspiegelung  
falscher oder Entstellung oder Unterdrückung wahrer  
Tatsachen einen Irrtum erregte.

Der Angeschuldigte vermietete die von ihm in dem  
Hause Berlin 65, Grüntaler Str. 12, gemietete Wohnung



selbst keine Weisungen, wie sie die ihnen aufgrund dieser Vorschriften zugeleiteten Ermittlungsvorgänge weiterbearbeiten, insbesondere wann und wie sie selbst einschreiten und in welchen Fällen sie die Vorgänge an die Justizbehörden weiterleiten sollten.

A 37, 38, 39  
P c Bl. 73 ff. =  
Bl. XVII/201 ff.

Diese Vorschriften ergingen erst in einem Erlaßwerk des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 208/42 (ausl. Arb.) - vom 20. Februar 1942, das der Angeschuldigte durch Verhandlungen mit anderen Obersten Reichsbehörden mitvorbereitet und das er unter Mithilfe des Regierungsoberinspektors Oppermann, der ihm hierfür vom Polenreferat zur Verfügung gestellt worden war, entworfen hatte. Hauptinhalt dieses Erlaßwerkes waren Bestimmungen, die die Lebensverhältnisse der aus dem altsowjetischen Gebiet ins Reich geholten ausländischen Arbeitskräfte (Ostarbeiter) regelten; es brachte aber auch verschiedene neue Vorschriften für die Behandlung der Zivilarbeiter aus den polnischen Gebieten.

A 37  
P c Bl. 202 f.

Im Mittelpunkt des Erlaßwerkes standen die "Allgemeinen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten". Abschnitt C dieser "Allgemeinen Bestimmungen" betraf die Arbeitskräfte polnischen Volkstums. Er beschrieb aber lediglich den Personenkreis, für den er gelten sollte, und verwies im übrigen auf die ergangenen einschlägigen Erlasse.

A 37 Bl. 13

A 37 Bl. 13 ff.

Abschnitt D der "Allgemeinen Bestimmungen" enthielt die Vorschriften für die "fremdvölkischen" Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten, die bisher nach den für Zivilarbeiter polnischen Volkstums geltenden Bestimmungen behandelt worden waren,

A 37 Bl. 16 f.

für die nunmehr aber eigene Richtlinien aufgestellt wurden. Hier war u.a. gesagt, daß diese Arbeitskräfte

A 37 Bl. 16

- neben anderen Beschränkungen - auch dem Verbot des Geschlechtsverkehrs mit Deutschen unterlägen.







6 gen 208/65

Betrifft: Schirnbilduntersuchung

Der Schirnbildzug des Gesundheitsamts Tiergarten steht  
am 9. und 10. November 1972 im Hof-1. Erweiterungsbau-  
in der Zeit von 09.00 - 12.00 Uhr und von 13.00 - 15.00 Uhr  
zur Verfügung.

Zwei Erkrankungsfälle machen dringend eine Umgebungsunter-  
suchung erforderlich. Im eigenen Interesse wird gebeten,  
an der Untersuchung teilzunehmen.

Bedienstete, die an der Untersuchung teilnehmen, haben  
Untersuchungskarten, die in der Verwaltungsgeschäftsstelle I,  
Zimmer 521, erhältlich sind, nach einem dort vorliegenden  
Muster mit Filzschreiber auszufüllen.

Als Anschrift der Dienststelle wurde nach Rücksprache mit  
dem Gesundheitsamt einheitlich "Amtsgericht Tiergarten"  
vereinbart.

An den Untersuchungstagen ist die Treppe Nord im 1. Erwei-  
terungsbau geöffnet.

Im Auftrage

Ruminski

Herrn

Abteilungsleiter

Beglaubigt  
Justizangestellte

mit der Bitte um Kenntnisnahme und  
Bekanntgabe an die Dezernenten  
und Referendare



- A 38 Zu dem Erlaßwerk vom 20. Februar 1942 gehörte ferner ein an die höheren Verwaltungsbehörden gerichteter Runderlaß. Abschnitt C dieses Erlasses betraf wiederum die polnischen Zivilarbeiter. Es war dort aber lediglich auf den entsprechenden Teil der "Allgemeinen Bestimmungen" verwiesen.
- A 38 Bl. 6 Abschnitt D der Weisungen an die höheren Verwaltungsbehörden brachte wiederum Vorschriften für die "fremdvölkischen Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten. Wegen des Vorgehens bei Straftaten und verbotenen Geschlechtsverkehr mit Deutschen war auf die in demselben Erlaß für die Arbeitskräfte aus den Baltenländern gegebenen Richtlinien Bezug genommen. Diese bestimmten insoweit:
- A 38 Bl. 7 Arbeitsvertragsbrüche seien durch staatspolizeiliche Maßnahmen zu ahnden und Strafanzeigen in derartigen Fällen deshalb an die zuständige Staatspolizei-leitstelle abzugeben. Bei allen anderen strafbaren Handlungen seien die Vorgänge vor Abgabe an die Staatsanwaltschaft ebenfalls der zuständigen Staatspolizei-leitstelle zuzuleiten. Die Ortspolizeibehörden hätten die Arbeitskräfte, wenn sie ihrer polizeilichen Meldepflicht nachkämen, durch Vorlage eines Merkblattes eindringlich über das Verbot des Geschlechtsverkehrs mit Deutschen zu belehren. Arbeitskräfte, die gegen das Verbot verstießen, seien unverzüglich festzunehmen und der zuständigen Staatspolizei-leitstelle zu melden.
- A 38 Bl. 5 f. Ein Muster des Merkblattes war dem Erlaß als Anlage beigelegt. Es besagte u.a.:
- A 38 Bl. 7

A 38 Bl. 9

"Arbeiter!

....

Für Dich gelten insbesondere folgende Vorschriften:

....



4.38

4.38

4.38

4.38

4.38

BA 51 Ls  
50/66  
Bl. 41

BA Bl.78

Mädchen nicht mehr gefunden. An der Unfallstelle vor der Ka-De-Ge-Fassade habe er den Bus verlassen und sei nach Hause gegangen. Er habe noch gesehen, daß die Zeugin in dem mit einem jungen Mann gesprochen habe. Vor der Ka-De-Ge-Fassade habe er noch 2-3 junge Männer beobachtet, er habe aber nicht gesehen, ob auch die Zeugin anwesend war.

Der Angeeschuldigte wird durch die Aussagen der Zeuginnen überfordert werden, weil kein Mann besteht, an ihrer Glaubwürdigkeit zu zweifeln.

Zur Glaubwürdigkeit des Angeeschuldigten ist folgendes zu bemerken:

In dem Verfahren 51 Ls 50/66 wurde dem Angeeschuldigten schon einmal mit Anklageschrift vom 15. Juni 1966 vorgeworfen, versucht zu haben, eine Frau zu vergewaltigen. Die Anklage warf dem Angeeschuldigten vor, er habe eine junge Krankenschwester in seine Wohnung genommen und sie dort mittels Abschließens der Tür eingesperrt. Er sei alsdann sudringlich geworden, habe das Mädchen auf das Sofa geworfen und versucht, zu aktsem den Geschlechtsverkehr zu vollziehen. Nach heftiger Gegenwehr des Opfers habe er von seinen Vorhaben abgelaßen und es geschlagen. Durch Urteil des Schöffengerichts von 6. September 1966 wurde der Angeeschuldigte unter anderem wegen Freiheitsberaubung verurteilt. In den Urteilsgründen wurde festgestellt, daß der Angeeschuldigte den objektiven Tatbestand der versuchten Notsucht erfüllt habe. Es habe aber nicht eindeutig festgestellt werden können, ob der Angeklagte seine Gewaltanwendung noch fortgesetzt habe, nachdem er erkannt habe, daß ihm die Zeugin ernst-



haften Widerstand entgegengesetzt habe. Hätte er dies getan, so dürfte es der ihm körperlich weit unterlegenen Zeugin nicht gelungen sein, sich seiner Gewaltausübung zu entziehen.

BA  
51 Ls  
32/68  
Bl. 42

In dem Verfahren 51 Ls 32/68 wurde dem Angeeschuldigten mit Anklageschrift vom 19. Januar 1968 vorgeworfen, am 30. Oktober 1967 durch Gewalt eine Frau zur Duldung des außerehelichen Beischlafs genötigt zu haben. Er habe ein Mädchen auf seine Wohnung ge-

BA Bl. 66

nommen und auf seiner Couch vergewaltigt. Der Angeklagte wurde mit Urteil des Schöffengerichts vom 10. Mai 1968 wegen Notsucht zu einer Gefängnisstrafe

BA Bl. 106

von 1 Jahr verurteilt. Dieses Urteil wurde von der 10. großen Strafkammer in der Sitzung vom 24. September 1968 aufgehoben und der Angeklagte wurde freigesprochen. Ihm sei nicht zu widerlegen gewesen, daß er nicht bemerkt habe, Gewalt anzuwenden, weil das Opfer keinen nennenswerten Widerstand geleistet habe.

Diesen beiden Fällen und den Fällen der vorliegenden Anklage ist gemeinsam, daß der Angeschuldigte seine Opfer jeweils in der Tatnacht erst kennengelernt hat. Nunmehr ist bereits der vierte Fall bekannt geworden, bei dem der Angeschuldigte Mädchen gegenüber Gewalt angewendet hat. Dabei ist bemerkenswert, daß der Angeschuldigte, durch die vorangegangenen Verfahren wenig gewarnt, nunmehr sogar darauf verzichtet, seine Opfer in seine Wohnung zu locken. Es ist ausgeschlossen, daß der Angeschuldigte nun schon zum dritten und vierten Male zu Unrecht der Notsucht bzw. der versuchten Notsucht bezichtigt wird. Die Einlassung des Angeschuldigten



Jeder Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen und Mädchen ist bei strengster Strafe verboten. Es sind alles Frauen, Bräute, Töchter usw. der im Kriege befindlichen oder fern von ihren Familien zur Arbeit eingesetzten deutschen Männer und stehen unter dem besonderen Schutz des Reiches. Beachte daher das Verbot des Geschlechtsverkehrs in Deinem eigenen Interesse."

A 39

A 39 Bl. 10 ff.  
P c Bl. 90 f. =  
Bl.XVIII/28 f.  
P c Bl. 199 f.

Teil des Erlaßwerkes vom 20. Februar 1942 war schließlich noch ein an die Staatspolizei-leit-stellen gerichteter Runderlaß. Abschnitt B dieses Erlasses betraf - neben den Arbeitskräften aus den Baltenländern - die "Fremdvölkischen" Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten. Nach einleitenden grundsätzlichen Darlegungen über die Stellung der in Betracht kommenden Völker zum Reich enthält dieser Abschnitt ins einzelne gehende Richtlinien für das staatspolizeiliche Einschreiten bei Verstößen dieser Arbeitskräfte gegen die ergangenen Bestimmungen. U.a. war hier gesagt:

A 39 Bl. 13

#### "IV. Kriminelle Verfehlungen.

Bei allen von den genannten Arbeitskräften begangenen kriminellen Verfehlungen sind die Ermittlungsvorgänge von den Ortspolizeibehörden, Gendarmeriedienststellen bzw. Kriminalpolizei-leit-stellen zunächst den Staatspolizei-leit-stellen zuzuleiten.

Die Kreispolizeibehörden haben entsprechende Weisung erhalten.

Die Einschaltung der Staatspolizei-leit-stelle dient dem Zweck, diesen eine Übersicht über die Kriminalität der Ostarbeiter in ihrem Bezirk zu verschaffen und außerdem besonders verwerfliche Straftaten durch entsprechende staatspolizeiliche Maßnahmen zu ahnden.

Die dort vorgelegten Ermittlungsvorgänge sind daher wie folgt zu behandeln:

Sittlichkeitsdelikte, Gewaltverbrechen und Sabotagehandlungen sind grundsätzlich durch staatspolizeiliche Maßnahmen (Sonderbehandlung) zu ahnden; jedoch habe ich gegen eine Abgabe der Ermittlungsvorgänge an die zuständige Staatsanwaltschaft dann keine Bedenken, wenn nach den geltenden strafrechtlichen Bestimmungen sicher mit der Verurteilung des











Täters zum Tode zu rechnen ist. In diesen Fällen ist der Ausgang des Strafverfahrens festzustellen; sollte wider Erwarten nicht auf Todesstrafe erkannt werden, ist mir unter Beifügung der Urteilsabschrift zu berichten.

Wegen anderer Delikte entstandene Ermittlungsvorgänge sind in der Regel an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben. Wird auf bestimmten Gebieten eine starke Zunahme der strafbaren Handlungen festgestellt, so bestehen allerdings keine Bedenken, aus Abschreckungsgründen auch rein kriminelle Delikte durch staatspolizeiliche Maßnahmen zu ahnden.

...

A 39 Bl. 14

#### VI. Geschlechtsverkehr mit Deutschen.

Der Geschlechtsverkehr der Arbeitskräfte aus den Baltenländern sowie der fremdvölkischen Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten mit Deutschen ist bei strengster Strafe verboten. Die Arbeiter werden bei Erfüllung ihrer Meldepflicht durch die Ortspolizeibehörden unter Verwendung des beiliegenden Merkblattes mit unterlegtem fremdsprachigen Text eindringlich belehrt. Eine Belehrung der deutschen Bevölkerung wird durch die Parteidienststellen erfolgen.

Die Kreispolizeibehörden haben Weisung erhalten, Arbeitskräfte, die gegen diese Vorschrift verstossen, unverzüglich festzunehmen und der zuständigen Staatspolizei-leit-stelle melden zu lassen.

Männliche Arbeitskräfte, die Geschlechtsverkehr mit Deutschen unterhalten haben, sind zur Sonderbehandlung, weibliche Arbeitskräfte zur Einweisung in ein Konzentrationslager vorzuschlagen. Die für die Sonderbehandlung der polnischen Zivilarbeiter ergangenen Vorschriften gelten entsprechend; dies gilt auch für die Behandlung der beteiligten deutschen Personen."

A 39 Bl. 15  
P c Bl. 96 =  
Bl.XVIII/34  
P c Bl. 200 f.  
R 12 Bl.43f.,172  
172 f.

Abschnitt C dieses Erlasses betraf die Arbeitskräfte polnischen Volkstums. Hier war auf die insoweit bereits geltenden Richtlinien und auf Abschnitt C der "Allgemeinen Bestimmungen" Bezug genommen. In Ergänzung des Erlasses vom 19. Januar 1942 war aber noch bestimmt, wie die Staatspolizei-leit-stellen die ihnen gemäß jener Weisung vorgelegten Ermittlungsvorgänge oder Abschlußberichte gegen polnische Zivilarbeiter wegen krimineller Delikte bearbeiten sollten. Diese Vorschrift lautete:



Beweismittel:

Eigene Angaben.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen  
und die Anklage zur Hauptverhand-  
lung vor dem Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendrichter - zuzulassen.

A m b r o s

Erster Staatsanwalt

wa *kl*

A 50 Bl: 15  
B 1 Bl: 15  
C 1 Bl: 15  
D 1 Bl: 15  
E 1 Bl: 15  
F 1 Bl: 15  
G 1 Bl: 15  
H 1 Bl: 15  
I 1 Bl: 15  
J 1 Bl: 15  
K 1 Bl: 15  
L 1 Bl: 15  
M 1 Bl: 15  
N 1 Bl: 15  
O 1 Bl: 15  
P 1 Bl: 15  
Q 1 Bl: 15  
R 1 Bl: 15  
S 1 Bl: 15  
T 1 Bl: 15  
U 1 Bl: 15  
V 1 Bl: 15  
W 1 Bl: 15  
X 1 Bl: 15  
Y 1 Bl: 15  
Z 1 Bl: 15

Abchnitt C dieses Erlasses betraf die Arbeitskräfte  
polnisches Volkstums. Hier war auf die insoweit be-  
reits geltenden Richtlinien und auf Abschnitt C der  
"Angebotenen Bestimmungen" Bezug genommen. In Er-  
füllung des Erlasses vom 10. Januar 1942 war aber noch  
bestimmt, daß die Staatspolizei-Verfahren die  
durch gemäß jener Weisung vorgelegten Ermittlungsver-  
gange oder Abschlußberichte gegen polnische Zivilar-  
beiter wegen krimineller Delikte bearbeiten sollten.  
Diese Vorschrift lautete:



Abschrift

Staatsanwaltschaft bei  
dem Landgericht Berlin  
4 Ju Js 492/72

Berlin 21, den 18. Oktober 1972  
Turnstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendrichter -

Heranwachsende

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 3 Die Hausfrau Zlata P a p i c geborene Relata,  
geboren am 21. Mai 1953 in Livno,  
wohnhaft in Berlin 65 (Wedding), Stettiner Str. 59,  
Jugoslawin, verheiratet,  
nicht vorbelastet oder vorbestraft,

wird a n g e k l a g t ,

- teils als Jugendliche mit Verantwortungsreife,  
teils als Heranwachsende -

in Berlin

in der Zeit vom 2. April 1971 bis zum 27. April 1972

sich als Ausländerin im Geltungsbereich des Ausländer-  
gesetzes aufgehalten zu haben, ohne eine Aufenthalts-  
erlaubnis zu besitzen.

Vergehen, strafbar gemäß §§ 2 Abs. 1, 47 Abs. 1 Ziff. 2  
des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 in  
der Fassung vom 25. Juni 1968 (BGBl. I 741, 753).



A 39 Bl. 13

"Bei von polnischen Zivilarbeitern begangenen strafbaren Handlungen sind hinsichtlich der Weiterbehandlung der den Staatspolizei-leit-stellen vorgelegten Ermittlungsvorgänge die unter B IV dieses Erlasses ergangenen Richtlinien sinngemäß anzuwenden."

Wegen der Einzelheiten der Entstehung und des Inhalts der von dem Angeschuldigten entworfenen oder möglicherweise mitgezeichneten Erlasse über die Behandlung der Zivilarbeiter aus den polnischen Gebieten wird auf die Darstellung S. 89 - 110 des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 verwiesen.

Als Leiter des Referats IV D (ausl. Arb.) war der Angeschuldigte auch mit der Herausgabe der staatspolizeilichen Erlasse über die Behandlung der Ostarbeiter befaßt. Diese Erlasse, die Ausfluß des Machtdünkels und des Rassenwahns der nationalsozialistischen Machthaber waren, legten den Ostarbeitern schärfste Beschränkungen ihrer Lebensführung sowie die Pflicht zu einer diffamierenden Kennzeichnung auf und unterwarfen sie der Willkür der Geheimen Staatspolizei. Wie es zu dem Einsatz von Arbeitskräften aus dem alt-sowjetischen Gebiet im Reich kam und auf welche Weisungen der nationalsozialistischen Machthaber die für die Behandlung der Ostarbeiter aufgestellten Grundsätze zurückgehen, ist auf S. 111 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 dargestellt. Die grundlegenden Bestimmungen für das staatspolizeiliche Vorgehen gegen Ostarbeiter, die gegen die ergangenen Vorschriften oder gegen die Strafgesetze verstoßen hatten, ergingen mit dem vom Angeschuldigten unter Mithilfe des ROI Oppermann vorbereiteten und entworfenen Erlaßwerk des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 208/42 (ausl. Arb.) - vom 20. Februar 1942. In den "Allgemeinen Bestimmungen" war insoweit gesagt:



hatte der Angeschuldigte lediglich eine vorbereitende geringwertige Arbeit ausgeführt.

Vergehen, strafbar gemäß § 263 StGB

Beweismittel:

Zeugen:

Bl.13

1) Adalbert M a n g e r,  
Berlin 21, Stephanstr. 35

Bl.10

2) Herr W a l l e r t,  
Betriebskrankenkasse Schering AG,  
Berlin 65, Müllerstr. 163b

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

Der Tatvorwurf folgt aus dem Anklagesatz, auf den hiermit verwiesen wird.

Bl.7

Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, daß der Angeschuldigte in dem Heil- und Kostenplan vom 6.3.1972 der Betriebskrankenkasse der Schering AG gegenüber schriftlich erklärte, daß der Zahnersatz entsprechend dem Behandlungsplan und der Gebührenberechnung am 6.3.1972 eingegliedert worden ist. Tatsächlich hatte der Angeschuldigte zu jenem Zeitpunkt noch keine zahnärztliche Leistung erbracht. Erst einen Tag später, am 7. März 1972, fertigte der Angeschuldigte dem Zeugen M a n g e r einen Gaumen-Wachsabdruck. Der Angeschuldigte hat keine weitere zahnärztliche Leistung erbracht.

Der Angeschuldigte hat sich zur Sache nicht eingelassen; er wird jedoch durch die angeführten Beweismittel überführt werden.



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
52 Js 998/72

Berlin 21, den 19. Oktober 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 14 Der Zahnarzt Herbert Johann Gustav B r u n s c h,  
geboren am 1. Januar 1910 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 33, Gunesstr. 45 A,  
Deutscher, verheiratet,  
nicht bestraft,  
- Strafregisterauszug liegt an -

wird angeklagt,

in Berlin  
am 6. März 1972

in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechts-  
widrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Ver-  
mögen eines anderen dadurch beschädigt zu haben, daß er  
durch Vorspiegelung falscher Tatsachen einen Irrtum  
erregte.

Bl. 4 Der Angeschuldigte liquidierte mit Rechnung vom  
Bl. 1 6. März 1972 bei der Betriebskrankenkasse der Schering  
AG für zahnärztliche Bemühungen, die er dem Zeugen  
Adalbert M a n g e r gegenüber erbracht zu haben  
vorgab, einen Betrag von DM 935,40. Tatsächlich



A 37 Bl. 9

"Sicherheitspolizeiliche Maßnahmen.

Für die Abwehr der Gefahren, die der Sicherheit des Reiches, der Produktion der deutschen Kriegswirtschaft und dem deutschen Volkstum aus dem Einsatz der Arbeitskräfte aus dem altsojetrussischen Gebiet erwachsen, sind die Staatspolizei-leitstellen zuständig, die hierfür besondere Weisungen erhalten.

...  
Fälle unerlaubten Geschlechtsverkehrs, wie sie insbesondere bei den einzeln in der Landwirtschaft eingesetzten Arbeitskräften vorkommen werden, sind - wie bei den polnischen Zivilarbeitern - durch staatspolizeiliche Maßnahmen zu ahnden ..."

vgl. A 57, A 74 Da die nationalsozialistischen Machthaber die Russen - ebenso wie die Polen - als rassisch minderwertige Menschen ansahen, die in ihrem Herrschaftsbereich lebten und allein schon durch ihr Dasein eine "Gefährdung der deutschen Volksordnung" darstellten, waren sie bestrebt, auch die Ostarbeiter bei strafbaren Handlungen unter Ausschaltung der Justizbehörden in die Hand der Staatspolizei zu bringen, die die betreffenden Russen "an einer weiteren Gefährdung der deutschen Volksordnung hindern" sollte. In dem zu dem Erlaßwerk vom 20. Februar 1942 gehörenden Runderlaß an die höheren Verwaltungsbehörden /war deshalb zur Einleitung von Strafverfahren ausgeführt:

A 38 Bl. 4

"Jedes unbotmäßige Verhalten der Arbeitskräfte aus dem altsojetischen Gebiet - Arbeitsverweigerung, unerlaubtes Verlassen der Arbeitsstelle sowie Gewalt- und Sabotageakte - werden durch staatspolizeiliche Maßnahmen geahndet. Strafverfahren sind aus diesen Gründen nicht einzuleiten. Bei sonstigen strafbaren Handlungen sind die Vorgänge vor Abgabe an die Staatsanwaltschaft der zuständigen Staatspolizei-leit-stelle zur Entscheidung über die weiteren zu treffenden Maßnahmen zuzuleiten."

A 38 Bl. 4

Zum Verbot des Geschlechtsverkehrs zwischen russischen Arbeitskräften und Deutschen besagte der Erlaß, daß Arbeitskräfte, die gegen dieses Verbot verstießen, unverzüglich festzunehmen und der zuständigen Staatspolizei-leit-stelle zu melden seien. Vorschriften für







Es wird beantragt,  
das Hauptverfahren zu eröffnen und  
die Anklage zur Hauptverhandlung  
vor dem Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter - zuzulassen.

Bl.



eine Belehrung der Ostarbeiter über das Verbot enthielt der Erlass nicht.

A 39  
P c Bl. 8 =  
Bl. XVII/208

Mit dem an die Staatspolizei-leit-stellen und andere Polizeibehörden gerichteten Runderlaß vom 20. Februar 1942 wurden diesen für das Einschreiten bei Verfehlungen von Ostarbeitern folgende Richtlinien gegeben:

A 39 Bl. 7  
P c Bl. 197

### "III. Bekämpfung der Disziplinwidrigkeit.

Entsprechend der Gleichsetzung der Arbeitskräfte aus dem altsovjetrussischen Gebiet mit Kriegsgefangenen muß eine straffe Disziplin in den Unterkünften und am Arbeitsplatz herrschen. Disziplinwidrigkeiten, zu denen auch pflichtwidrige Arbeitsverweigerung und lässiges Arbeiten mit gehören, werden ausschließlich von der Geheimen Staatspolizei bekämpft. Die leichteren Fälle werden von dem Leiter der Bewachung nach Weisung der Staatspolizei-leit-stellen mit den ... vorgesehenen Maßnahmen erledigt. ...

In schweren Fällen, d.h. solchen, in denen die dem Leiter der Bewachung zur Verfügung stehenden Maßnahmen nicht ausreichen, hat die Staatspolizei-leit-stelle mit ihren Mitteln einzugreifen. Dementsprechend wird in der Regel nur mit harten Maßnahmen, d.h. Einweisung in ein Konzentrationslager oder Sonderbehandlung, vorzugehen sein. ...

In besonders schweren Fällen ist beim Reichssicherheitshauptamt Sonderbehandlung unter Angabe der Personalien und des genauen Tatbestandes zu beantragen.

Die Sonderbehandlung erfolgt durch den Strang. Sie soll nicht in unmittelbarer Umgebung des Lagers stattfinden. Eine gewisse Anzahl von Arbeitskräften aus dem altsovjetrussischen Gebiet soll der Sonderbehandlung beiwohnen; ihnen ist dabei der Tatbestand, der zur Sonderbehandlung führte, warrend bekannt zu geben.

A 39 Bl. 8

Sollte aus Gründen der Lagerdisziplin ausnahmsweise Sonderbehandlung im Lager erforderlich sein, ist dies mit zu beantragen.

P c Bl. 197

### IV. Reichsfeindliche Bestrebungen.

Reichsfeindliche Bestrebungen, insbesondere Verbreitung kommunistischen Gedankengutes, Zersetzungspropaganda, Sabotageakte, sind mit schärfsten Maßnahmen zu bekämpfen. ... Reichsfeindliches Verhalten ist in der Regel durch Sonderbehandlung zu ahnden, in leichteren Fällen wird Einweisung in ein Kz.-Lager in Frage kommen.



eine Belehrung der Ostarbeiter über das Verbot enthielt der Erlass nicht.

A 39  
P c Bl. 8 =  
Bl. XVII/208

Mit dem an die Staatspolizei-leit-stellen und andere Polizeibehörden gerichteten Runderlaß vom 20. Februar 1942 wurden diesen für das Einschreiten bei Verfehlungen von Ostarbeitern folgende Richtlinien gegeben:

A 39 Bl.  
P c Bl. 197

- 1) am 12. April 1972 im Böcklerpark in Berlin-Kreuzberg kurz vor der Parkanlagendurchquerenden Zeugin Z e l l n e r , in einem Gebüsch stehend, seine Hose herunterließ, schuldig, sein Geschlechtsteil entblößte und onanierte,
- 2) am 21. Juni 1972 ebenfalls im Böcklerpark vor der Zeugin S o b o l e w s k i sein Geschlechtsteil entblößte und onanierte.

Vergehen, strafbar nach §§ 183, 185, 73, 74 StGB

Strafanträge sind gestellt. Fällen, d.h. solchen, in denen die der Leiter der Bewachung zur Verfügung stehenden Maßnahmen nicht ausreichen, hat die Staatspolizei-leit-stelle mit ihren Mitteln einzugreifen. Dem entsprechend wird in der Regel nur mit harten Maßnahmen oder Sonderbehandlung, vorzugehen sein. ...

Beweismittel:

II. Zeugen:

Bl.2

- 1) Christa Z e l l n e r ,  
Berlin 61, Segitzdamm 56

Bl.1

- 2) Lieselotte S o b o l e w s k i ,  
Berlin 61, Segitzdamm 52.

Es wird beantragt, das Hauptverfahren zu eröffnen und die Anklage zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten - Einzelrichter - zuzulassen.

A 39 Bl. 8

P c Bl. 197

IV. Reichsfeindliche Bestrebungen.

Reichsfeindliche Bestrebungen, insbesondere Verbreitung kommunistischen Gedankengutes, Zersetzungspropaganda, Sabotageakte, sind mit schärfsten Maßnahmen zu bekämpfen. ... Reichsfeindliches Verhalten ist in der Regel durch Sonderbehandlung zu ahnden, in leichteren Fällen wird Einweisung in ein Kz.-Lager in Frage kommen.

Staatsanwalt



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

Berlin 21, den 17. Oktober 1972  
Turmstr. 91

56 Js 1208/72

Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

Anklageschrift

B1.4 Der Raumpfleger Manfred Hans Jürgen H o r n b u r g,  
geboren am 4. Juni 1937 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 61 (Kreuzberg),  
Alexandrinenstr. 100 bei Bültermann,  
Deutscher, geschieden,  
lt. Strafregisterauszug nicht bestraft,

wird angeklagt,

am 12. April und am 21. Juni 1972  
in Berlin

in zwei Fällen

jeweils in Tateinheit

- a) durch eine unzüchtige Handlung öffentlich ein  
Ärgernis gegeben und  
b) einen anderen beleidigt zu haben,



P c Bl. 197 f.

#### V. Kriminelle Verfehlungen.

Kriminelle Verfehlungen werden grundsätzlich - gleichgültig ob innerhalb oder außerhalb des Lagers begangen - mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet. Die Ermittlungen sind, soweit erforderlich, von den Kriminalpolizei-leit-stellen zu führen. Den Kreispolizeibehörden ist vorsorglich Weisung gegeben, Ermittlungsvorgänge vor Abgabe an die Staatsanwaltschaft der zuständigen Staatspolizeibehörde vorzulegen.

Kriminelle Delikte sind im allgemeinen als Disziplinwidrigkeiten zu ahnden, d.h. bei leichteren Vergehen finden die vorgesehenen staatspolizeilichen Maßnahmen, bei Verbrechen - wie Mord, Totschlag, Raub - Sonderbehandlung Anwendung.

Bei Kapitalverbrechen an deutschen Personen kann im Einzelfall allerdings eine strafrechtliche Aburteilung zweckmäßig erscheinen. Hält die Staatspolizei-leit-stelle einen solchen Fall für gegeben, kann sie den Vorgang unter der Voraussetzung an die Staatsanwaltschaft abgeben, daß nach den strafrechtlichen Bestimmungen sicher mit der Verurteilung des Täters zum Tode zu rechnen ist.

A 39 Bl. 9  
P c Bl. 198

#### VI. Geschlechtsverkehr.

Die Ausübung des Geschlechtsverkehrs ist den Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet verboten. Durch die streng abgeschlossene Unterbringung haben sie an sich auch keine Gelegenheit dazu. Sollte es dennoch - insbesondere bei den in der Landwirtschaft einzeln eingesetzten Arbeitskräften - zur Ausübung des Geschlechtsverkehrs kommen, ist wie folgt zu verfahren:

1. Für jeden Geschlechtsverkehr mit deutschen Volksgenossen oder Volksgenossinnen ist bei männlichen Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet Sonderbehandlung, bei weiblichen Einweisung in ein Kz.-Lager zu beantragen.
2. Bei Geschlechtsverkehr mit anderen ausländischen Arbeitern ist das Verhalten der Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet als schwere Disziplinwidrigkeit mit Einweisung in ein Kz.-Lager zu ahnden."

In der Folgezeit wurden die mit dem Erlaßwerk vom 20. Februar 1942 herausgegebenen Weisungen vor allem auf Drängen verschiedener anderer mit dem Ostarbeitereinsatz befaßter Oberster Reichsbehörden allmählich gelockert. Dies geschah, weil die



P c Bl. 197 f.

#### V. Kriminelle Verfehlungen.

Kriminelle Verfehlungen werden grundsätzlich - gleichgültig ob innerhalb oder außerhalb des Lagers begangen - mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet. Die Ermittlungen sind, soweit erforderlich, von den Kriminalpolizei-leit-stellen zu führen. Den Kreispolizeibehörden ist vorseorglich Weisung gegeben, Ermittlungsvorgänge vor Abgabe an die Staatsanwaltschaft der zuständigen Staatspolizeibehörde vorzulegen.

Kriminelle Delikte sind im allgemeinen als Disziplinwidrigkeiten zu ahnden, d.h. bei leichteren Vergehen finden die vorgesehenen staatspolizeilichen Maßnahmen, bei Verbrechen - wie Mord, Totschlag, Raub - Sonderbehandlung Anwendung.

Bei Kapitalverbrechen an deutschen Personen kann im Einzelfall allerdings eine strafrechtliche Aburteilung zweckmäßig erscheinen. Hält die Staatspolizei-leit-stelle einen solchen Fall für gegeben, kann sie den Vorgang unter der Voraussetzung an die Staatsanwaltschaft abgeben, daß nach den strafrechtlichen Bestimmungen sicher mit der Verurteilung des Täters zum Tode zu rechnen ist.

#### VI. Geschlechtsverkehr.

Die Ausübung des Geschlechtsverkehrs ist den Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet verboten. Durch die streng abgeschlossene Unterbringung haben sie an sich auch keine Gelegenheit dazu. Sollte es dennoch - insbesondere bei den in der Landwirtschaft einzeln eingesetzten Arbeitskräften - zur Ausübung des Geschlechtsverkehrs kommen, ist wie folgt zu verfahren:

Zu jedem Geschlechtsverkehr mit deutschen Volksgenossen oder Volksgenossinnen ist bei männlichen Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet Sonderbehandlung, bei weiblichen Einweisung in ein Kz.-Lager zu beantragen.

Bei Geschlechtsverkehr mit anderen ausländischen Personen ist das Verhalten der Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet als schwere Disziplinwidrigkeit mit Einweisung in ein Kz.-Lager zu behandeln und die Anklage zur Hauptverhandlung das Hauptverfahren zu eröffnen.

Es wird beantragt,

In der Folgezeit wurden die mit dem Erlaßwerk vom 20. Februar 1942 herausgegebenen Weisungen vor allem auf Drängen verschiedener anderer mit dem Ostarbeiterereinsatz befaßter oberster Reichsbehörden allmählich gelockert. Dies geschah, weil die







angeordnete Behandlung der Ostarbeiter sowohl die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft als auch die Anwerbung weiterer Arbeiter erheblich erschwerte und die Ostarbeiter sowie die russische Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten stark deutschfeindlich beeinflusste. Die staatspolizeilichen Erlasse, die die ergangenen Vorschriften änderten, wurden von dem Angeschuldigten als Leiter des Referats IV D (ausl. Arb.) des RSHA vorbereitet und entworfen, sie sind auf S. 144 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 dargestellt. Die für das staatspolizeiliche Einschreiten bei Disziplinwidrigkeiten und strafbaren Handlungen der Ostarbeiter gegebenen Richtlinien blieben jedoch im wesentlichen unverändert bestehen und wurden mit Nachdruck durchgesetzt.

A 46  
P c Bl. 99 =  
Bl.XVIII/39

Neugefaßte Weisungen zum Verbot des Geschlechtsverkehrs ergingen mit dem Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 293/42 (ausl. Arb.) - vom 27. Mai 1942. Dort war u.a. gesagt:

A 46 Bl. 10

"Das absolute Verbot des Geschlechtsverkehrs wird sich in Anbetracht der Lockerungen gemäß <sup>Wit</sup> Erlaß vom 9.4.1942 nicht durchführen lassen.

Das Verbot des Geschlechtsverkehrs zwischen Arbeitskräften aus dem altsojetrussischen Gebiet und Deutschen bleibt selbstverständlich aufrecht erhalten und ist nach den ergangenen Bestimmungen zu ahnden. Die Arbeitskräfte sind durch die Lagerführer hierüber in geeigneter Form nachdrücklich zu belehren. Gleichzeitig ist auch bei den Gauleitungen, die im Einvernehmen mit mir von der Reichspropagandaleitung Richtlinien für das Verhalten gegenüber den Arbeitskräften aus dem altsojetischen Gebiet erhalten haben, auf eine Aufklärung des deutschen Menschen hinzuwirken.

Gegen den Geschlechtsverkehr zwischen den Arbeitskräften aus dem altsojetischen Gebiet und anderen ausländischen Arbeitern ist, soweit nicht besondere Gründe vorliegen (öffentliches Ärgernis, Verstoß gegen die Lagerordnung usw.) nicht einzuschreiten."



-3-

angeordnete Behandlung der Ostarbeiter sowohl die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft als auch die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.

Die staatspolizeilichen Erlasse, die die organisierten Verhältnisse betreffen, wurden von dem Angeeschuldigten als Leiter des Referats

IV D (ausl. Arb.) des RSHA vorbereitet und entwer-

fen, die sind auf S. 108 JGG

§§ 1, 6 Pfl. Vers. G.;

§ 21 Abs. 1 Nr. 1 StVG;

§§ 267, 73, 74 StGB;

Jahr 1972/73 zu erwecken.

den Ansehen einer gültigen Versicherung für das

Gesetz hatte geben lassen, versah, um dadurch

das er sich von dem gesondert verteilten Arbeiter

kennzeichnen des HUK-Verbandes 868 MDN (von 1969),

sein Fahrrad mit Hilfsmotor mit dem Versicherungs-

lichen unverändert bestehen und wurden mit Nach-

druck durchgesetzt.

Indem er

neue Urkunde Gebrauch zu haben,

zur Täuschung im Rechtsverkehr

vergehen ergingen mit dem Runderlaß des Reichsfüh-

fers 55 und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D

293/42 (ausl. Arb.) - vom 27. Mai 1942. Dort war

u.a. gesagt:

nicht hatpflichtversichert war,

nicht besaß und obwohl das Fahrzeug

Wird sich in Anbetracht der Lockerungen gemäß

obwohl er die Fahrerlaubnis der Klasse 5

Erlaß vom 9.4.1942 nicht durchführen lassen.

Im öffentlichen Straßenverkehr führte,

sein Fahrrad mit Hilfsmotor, Typ Zündapp,

und Deutschen bleibt selbstverständlich auf-

recht erhalten und ist nach den ergangenen Be-

stimmungen zu ahnden. Die Arbeitskräfte sind

durch die Lagerführer hierüber in geeigneter

Form nach dem Inhalt des Vertrags gleichzeitig

ist auch bei den Ausstellungen die im Einver-

nehmen mit der Reichspropaganda-Leitung

gegenüber den Ar-

beitskräften aus dem altsowjetischen Gebiet er-

halten haben, zur Aufklärung des deutschen

Menschen hinzuwirken.

Gegen den Geschlechtsverkehr zwischen den Ar-

beitskräften aus dem altsowjetischen Gebiet und

anderen ausländischen Arbeitern ist, soweit

nicht besondere Gründe vorliegen (öffentliches

Ärgernis, Verstoß gegen die Lagerordnung usw.)

nicht einzuschreiten."

A 46  
P c Bl. 99 =  
Bl. XVIII/39

A 46 Bl. 10

nach § 1 erforderliche Haftpflichtversicherung-  
gebraucht zu haben, obwohl für das Fahrzeug der  
vorsätzlich ein Fahrzeug auf öffentlichen Wegen



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
2 Ju Js 885/72  
Fernruf: 35 01 11  
Berlin 21, den 1. Dezember 1972  
Turmstr. 91

An das

Amtsgericht Tiergarten

- Jugendrichter, Abt. 412 -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 4

Der Arbeiter Heinz Jacobs,

geboren am 10. September 1953 in Berlin,

wohnhaft in Berlin 47, Holzmindener Str. 5,

Deutscher, ledig,

nach eigenen Angaben nicht vorbestraft,

- Strafregistrierung folgt -

Bl. 4R

Gesetzl. Vertreter: Eltern Willi und Johanna Jacobs,  
ebenda wohnhaft,

wird angesetzt,

- als Heranwachsender -

am 27. Juli 1972

in Berlin

1) ein Kraftfahrzeug geführt zu haben, obwohl er die dazu  
erforderliche Fahrerlaubnis nicht hatte  
und in Tateinheit hiermit



Zum Vorgehen bei Arbeitsflucht oder sonstigem Fehlverhalten heißt es in dem Erlaß:

A 46 Bl. 11

"Wieder ergriffene flüchtige Arbeitskräfte sind - soweit sie kein Kapitalverbrechen begangen oder sich nicht politisch gefährlich betätigt haben - nicht zur Sonderbehandlung vorzuschlagen, sondern dem nächsten Kz.-Lager zu überstellen.

A 46 Bl. 12

Bei Verbrechen, politisch gefährlicher Betätigung und bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen ist nach wie vor beim RSHA Antrag auf Sonderbehandlung zu stellen."

A 51  
P c Bl. 100 =  
Bl.XVIII/40

Mit Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 293/42 (ausl. Arb.) - vom 18. Juli 1942 wurden die Staatspolizei-leitstellen angewiesen, anhand eines dem Erlaß als Anlage beigefügten "Musters einer Dienstanweisung" die Lagerführer und Abwehrbeauftragten mit den Richtlinien vertraut zu machen, die für die Behandlung der in Lagern untergebrachten Ostarbeiter ergangen waren. In diesem "Muster einer Dienstanweisung" war unter anderem ausgeführt:

A 51 Bl. 7

"Zu den Richtlinien über den Einsatz von Ostarbeitern ... ergehen noch folgende sicherheitspolizeiliche Anweisungen, die streng vertraulich zu behandeln sind und Außenstehenden nicht bekannt werden dürfen:

7. Den Ostarbeitern ist zu eröffnen, daß jeder Geschlechtsverkehr mit Deutschen strengstens bestraft wird; bei Ostarbeitern steht auf Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen die Todesstrafe. Ostarbeiterinnen werden bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Männern in ein Kz.-Lager eingeliefert. Ebenso werden selbstverständlich deutsche Männer und Frauen, die sich mit Ostarbeitern einlassen, mit scharfen staatspolizeilichen Maßnahmen zu rechnen haben.

Gegen den Geschlechtsverkehr von Ostarbeitern und -arbeiterinnen untereinander ist nichts einzuwenden, soweit nicht dadurch die Ordnung im Lager gefährdet wird. Durch Ausgabe von Verhütungsmitteln muß jedoch dafür gesorgt werden, daß Schwangerschaften nach Möglichkeit verhindert werden. Gegen Versuche von Ostarbeiterinnen











eine bei ihnen eingetretene Schwangerschaft zu unterbinden, wird nicht eingeschritten. ...

A 51 Bl. 15

14. Schwere Disziplinarvergehen (einschl. Arbeitsvertragsbruch), Unbotmäßigkeiten, Sabotagehandlungen oder Versuche, Fälle von Geschlechtsverkehr, kriminelle Verfehlungen und Fluchtfälle sind unverzüglich der (Polizeibehörde) zu melden. Bis zum Ergehen weiterer Weisungen ist der betreffende Ostarbeiter in Arrest zu nehmen."

A 65  
P c Bl. 108 =  
Bl.XVIII/49

Der Geheimerlaß des Reichssicherheitshauptamtes - IV D 5 B.Nr. 2846/42g - vom 29. Januar 1943 regelte die Behandlung jugendlicher Ostarbeiter. Er wurde zwar im Referat IV D 5 (Rußlandreferat) des RSHA entworfen, es besteht aber der Verdacht, daß er von dem Angeschuldigten als der Leiter des Referats IV D (ausl. Arb.) mitgezeichnet wurde. Der Erlaß besagte, daß jugendliche Ostarbeiter, die über 16 Jahre alt waren und zu staatspolizeilichen Maßnahmen Anlaß gaben, zum Arbeitseinsatz in ein Konzentrationslager einzuweisen seien, falls eine kurzfristige Unterbringung in einem Arbeitserziehungslager nicht genüge; jugendliche Ostarbeiter unter 16 Jahren seien dagegen stets einem Arbeitserziehungslager zu überstellen. Weiter bestimmte der Erlaß, daß Exekutionen jugendlicher Ostarbeiter immer in einem Konzentrationslager zu erfolgen hätten, und zwar auch dann, wenn der Jugendliche noch keine 16 Jahre alt sei.

Im Frühjahr 1943 unternahm das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Hinweis auf eine "Führerproklamation" vom 30. Januar 1943, in der Hitler aufgerufen hatte, die Kraft des ganzen Kontinents zum Kampf gegen den "Bolschewismus" einzusetzen, den Versuch, eine sachgemäße und menschenwürdige Behandlung der Ostarbeiter zu erreichen. In einer Ressortbesprechung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda am











B 71 Bl. 16 ff. 10. März 1943 erklärte deshalb Staatssekretär Gutterer u.a.:

Der "Führer" habe auf Vortrag von Reichsminister Goebbels entschieden, daß im politischen Interesse umgehend eine einheitliche Behandlung der Ausländerprobleme bei allen Dienststellen sicherzustellen und das deutsche Volk entsprechend auszurichten sei. Das von der außenpolitischen Propaganda als Leitbild herausgestellte "Neue Europa" und die verstärkte anti-kommunistische Kampfstellung machten es erforderlich, daß beim Umgang mit den im Reich tätigen Ausländern sofort jeder Zündstoff beseitigt werde, der eine feindliche Einstellung der ausländischen Arbeiter hervorrufen könne. Dies sei insbesondere hinsichtlich der Ostarbeiter notwendig. Die bisherige Behandlung der Ostarbeiter habe sich nicht nur leistungsmindernd, sondern auch äußerst nachteilig auf die politische Haltung der Ostvölker ausgewirkt. Um die Stimmung der Ostarbeiter zu heben und die militärischen Operationen zu erleichtern, sei eine bessere Behandlung der Ostarbeiter im Reich unbedingt erforderlich. Reichsminister Dr. Goebbels habe deshalb bereits in einem Erlaß vom 15. Februar 1943 angeordnet, daß alle Parteidienststellen entsprechend auszurichten seien. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda habe nunmehr auch Richtlinien für die anderen mit dem Arbeitseinsatz befaßten Dienststellen, für die Betriebsführer und die deutschen Gefolgschaftsmitglieder entworfen. Es müsse angestrebt werden, die Behandlung der Ausländer, die bisher für die Angehörigen der westeuropäischen und osteuropäischen Völker sehr unterschiedlich sei, weitgehend zu vereinheitlichen. Insbesondere müsse man die Stellung der Ostarbeiter anheben. Dies müsse sich vor allem auf die sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Reichsführers SS auswirken, während die Vorschriften für die Betriebe nur wenig geändert zu werden brauchten.

B 71 Bl. 9-13

B 71 Bl. 17











B 71 Bl. 17

Der Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes auf dieser Sitzung - wahrscheinlich der Angeschuldigte Baatz - äußerte erhebliche Bedenken gegen die von Staatssekretär Gutterer aufgestellten Forderungen. Er erklärte, die vom RSHA getroffenen Maßnahmen seien aus dringenden sicherheitspolizeilichen Gründen sowohl zum Schutz der deutschen Bevölkerung als auch für die Sicherheit des Reiches erforderlich.

In den folgenden Wochen kam es auf verschiedenen Ebenen zu Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und dem RSHA über den Inhalt und die Fassung der vom Propagandaministerium entworfenen Richtlinien. In diesen Verhandlungen widersetzte sich - anscheinend auf direkte Weisung Himmlers - das RSHA jeder Änderung der staatspolizeilichen Vorschriften. Man kam schließlich überein, die vom Propagandaministerium zusammengestellten Richtlinien so umzugestalten, daß die bestehenden sicherheitspolizeilichen Bestimmungen unberührt blieben, und die neu erarbeiteten Grundsätze in Form eines Merkblattes den mit dem Ausländereinsatz befaßten Dienststellen bekannt zu machen. An den Verhandlungen mit dem Propagandaministerium und dem Entwurf des Merkblattes war auch der Angeschuldigte beteiligt; ihm war hierfür von Amtschef Müller die Weisung erteilt worden, daß an den staatspolizeilichen Vorschriften nichts geändert, die Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Behandlung der Ausländer in dem Merkblatt aber herausgestellt werden dürfe.

C 17 Bl. 124ff.

Der Entwurf des Merkblattes wurde in der Sitzung des "Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes" am 15. April 1943 den Vertretern der anderen mit dem Einsatz ausländischer Arbeiter befaßten Reichsressorts vorgelegt und von ihnen nach einigen geringfügigen Änderungen gebilligt. In dieser Sitzung erwähnte der Chef der



B 71 Bl. 17

Der Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes auf dieser Sitzung - wahrscheinlich der Angeschuldigte Baatz - äußerte erhebliche Bedenken gegen die von Staatssekretär Gutterer aufgestellten Forderungen. Er erklärte, die von RSHA getroffenen Maßnahmen seien aus dringenden sicherheitspolizeilichen Gründen sowohl zum Schutz der deutschen Bevölkerung als auch für die Sicherheit des Reiches erforderlich.

In den folgenden Wochen kam es auf verschiedenen Ebenen zu Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und dem RSHA über den Inhalt und die Fassung der von Propagandaministerium entworfenen Richtlinien. In diesen Verhandlungen widersetzte sich - anscheinend auf direkte Weisung Himmlers - das RSHA jeder Änderung der staatspolizeilichen Vorschriften. Man kam schließlich überein, die vom Propagandaministerium zusammengestellten Richtlinien so umzugestalten, daß die bestehenden sicherheitspolizeilichen Bestimmungen unverändert blieben, und die neu erarbeiteten Grundlinien in Form eines Merkblattes den mit dem Ausländereinsatz befaßten Dienststellen bekannt zu machen. Von Verhandlungen mit dem Propagandaministerium und dem Entwurf des Merkblattes war auch der Angeschuldigte beteiligt; ihm war hierfür von Amtschef Müller die Weisung erteilt worden, daß an den staatspolizeilichen Vorschriften nichts geändert, die Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Behandlung der Ausländer in dem Merkblatt aber herausgestellt werden sollte.

C 17 Bl. 124ff.

Der Entwurf des Merkblattes wurde auf der Sitzung des Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes am 15. April 1943 den Vertretern der anderen mit dem Einsatz ausländischer Arbeiter befaßten Reichsressorts vorgelegt und von ihnen nach einigen geringfügigen Änderungen gebilligt. In dieser Sitzung erwähnte der Chef der







C 17 Bl. 126

Sicherheitspolizei und des SD, Dr. Kaltenbrunner, unter anderem einen "Befehl" Himmlers, nach dem wegen der großen Zahl der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeiter bei deren Behandlung sicherheitspolizeiliche und abwehrmäßige Gesichtspunkte den Vorrang hätten und auch behalten müßten. Der im Schlußsatz des Merkblattes enthaltene Hinweis

C 17 Bl. 135 =  
A 71 Bl. 10 f.

"Sämtliche bestehenden Anordnungen und Vorschriften für die Behandlung ausländischer Arbeitskräfte werden von den zuständigen Dienststellen darauf überprüft, ob sie mit den vorgenannten Grundsätzen vereinbar sind. Wo dies nicht der Fall ist, werden sie sofort entsprechend umgearbeitet."

war deshalb auch nicht für den Bereich der Sicherheitspolizei, sondern nur für die anderen mit dem Ausländereinsatz befaßten Dienststellen gedacht.

B 71 Bl. 20 f.

Je einen Abdruck des Merkblattes übersandte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD mit einem von dem Angeschuldigten entworfenen Schreiben vom 20. April 1943 - IV D 207/42 (ausl. Arb.) - an verschiedene Reichsminister und andere leitende Angehörige der mit dem Einsatz ausländischer Arbeiter befaßten Staats- und Parteidienststellen. Das Merkblatt wurde ferner mit dem ebenfalls vom Angeschuldigten entworfenen Runderlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD - IV D 207/42 -I- (ausl. Arb.) - vom 11. Mai 1943 verschiedenen Dienststellen des RSHA, den Staatspolizei-leit-stellen und anderen Polizeidienststellen zugeleitet. Der Erlaß lautete:

A 71  
P c Bl. 109 =  
Bl.XVIII/50

A 71 Bl. 1

"Um die vielfach bestehende Unkenntnis der ergangenen Anordnungen über die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte zu beseitigen und deren Durchsetzung auf breitester Basis zu fördern, ist auf Anregung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda von dem beim RSHA tagenden Arbeitskreis für die Behandlung von Ausländerfragen das als Anlage beigefügte

"Merkblatt über die allgemeinen Grundsätze für die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte"

herausgegeben worden.



C 17 Bl. 126

Sicherheitspolizei und des SD, Dr. Kaltenbrunner, unter anderem einen "Befehl" Himmlers, nach dem wegen der großen Zahl der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeiter bei deren Behandlung sicherheitspolizeiliche und abwehrmäßige Gesichtspunkte den Vorrang hätten und auch behalten müßten. Der im Schlußsatz des Merkblattes enthaltene Hinweis

C 17 Bl. 135 =  
A 71 Bl. 10 f.

"Sämtliche bestehenden Anordnungen und Vorschriften für die Behandlung ausländischer Arbeitskräfte werden von den zuständigen Dienststellen darauf überprüft, ob sie mit den vorgenannten Grundsätzen vereinbar sind. Wo dies nicht der Fall ist, werden sie sofort entsprechend umgearbeitet."

war deshalb auch nicht für den Bereich der Sicherheitspolizei, sondern nur für die anderen mit dem Ausländereinsatz befaßten Dienststellen gedacht.

B 71 Bl. 20 f.

Je einen Abdruck des Merkblattes übersandte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD mit einem von dem Angeeschuldigten entworfenen Schreiben vom 20. April 1943 - IV D 207/42 (ausl. Arb.) - an verschiedene Reichsminister und andere leitende Angehörige der mit dem Einsatz ausländischer Arbeiter befaßten Staats- und Parteidienststellen. Das Merkblatt wurde ferner

A 71  
P c Bl. 109 =  
Bl. XVIII/50

als vom Angeeschuldigten entworfenen Rundvermerk des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD - IV D 207/42 - I - (ausl. Arb.) - vom 11. Mai 1943 verschiedenen Dienststellen des RSHA, den Staatspolizei-leit-stellen und anderen Polizeidienststellen zu-  
zusenden.

Amtsgericht Tiergarten - Jugendrichter -  
geleitet. Der Brief lautete:  
Anlage zur Hauptverhandlung vor dem

A 71 Bl. 109 =  
Bl. XVIII/50  
die Unkenntnis der ergangenen Anordnungen über die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte zu beseitigen und deren Durchführung zu fördern, ist auf Anregung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda von dem beim RSHA tagenden Arbeitskreis für die Behandlung von Ausländerfragen das als Anlage beigefügte Merkblatt über die allgemeinen Grundsätze für die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte" herausgegeben worden.



5 17 13. 126

Highland Park, Ill. Dec. 17, 1913

5 17 13. 127

Highland Park, Ill. Dec. 17, 1913

5 17 13. 128

Highland Park, Ill. Dec. 17, 1913

5 17 13. 129

Highland Park, Ill. Dec. 17, 1913





A 71 Bl. 2

Da sich die einzelnen von Seiten der Gefahrenabwehr zu stellenden Forderungen nicht für die Wiedergabe in einem Merkblatt eignen, das zwar nicht veröffentlicht werden darf, aber einem großen Kreis von Dienststellen und Personen zugänglich gemacht wird, sind in ihm lediglich die Zuständigkeit und die Grundbegriffe für die Gefahrenabwehr aufgenommen worden. Hingegen ist aber auf die Festlegung und Bekanntgabe der Hauptpunkte Wert gelegt worden, die in der Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte für die Arbeit der Dienststellen der Sicherheitspolizei in ihrer präventiv-polizeilichen Aufgabenstellung von besonderer Bedeutung sind.

Das Merkblatt enthält lediglich bereits in den von mir erlassenen Bestimmungen ausgesprochene Grundsätze, bringt also für meine Dienststellen keine Änderung der Anweisungen. Ich ersuche aber auch bei dieser Gelegenheit, die gegebenen Richtlinien zu beachten und auf jeden Fall durchzusetzen."

Die Staatspolizei-leit-stellen sollten Abdrucke des Merkblattes an die höheren Verwaltungsbehörden und die Kreispolizeibehörden weiterleiten.

Wegen der Einzelheiten des Zustandekommens und des Inhalts des Merkblattes wird auf die Darstellung Bl. 198 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 Bezug genommen.

Im Frühjahr 1943 versuchte das Reichsjustizministerium, nachdem Reichsjustizminister Thierack von einer am 18. September 1942 mit Himmler getroffenen Abrede über die Übertragung der Strafgerichtsbarkeit für Polen und Russen von der Justiz auf die Polizei zurückgetreten war, die Fragen zu klären, die durch die Eingriffe der Staatspolizei in den Zuständigkeitsbereich der Justiz entstanden waren. Es bemühte sich vor allem, Kenntnis vom genauen Inhalt der ergangenen staatspolizeilichen Erlasse zu erlangen, die ihm bisher zumindest offiziell nicht bekannt gegeben worden waren. Der Persönliche Referent des Reichsjustizministers, ORR Dr. Kümmerlein, wandte sich deshalb mit einem Schreiben vom 4. Januar 1943 an SS-Obersturm-

vgl.B 74 Bl.108



- als Jugendliche mit Verantwortungsreihe -  
A 71 Bl. 2

Da sich die einzelnen von Seiten der Gefahrenabwehr zu stellenden Aufgaben nicht für die Wiedergabe in einem Merkblatt eignen, das zwar nicht veröffentlicht werden soll, aber einen großen Kreis von Dienststellen und Personen zugänglich gemacht wird, sind in ihm lediglich die Zuständigkeiten und die Aufgaben für die Gefahrenabwehr aufgenommen worden. Hingegen ist aber auf die Festlegung und Bekanntgabe der Hauptpunkte Wert gelegt worden. Neben der Ausbildung der ausländischen (Neukölln); 1 Berlin 44 (Neukölln); Hermannstraße 220, Mutter Ursula Pilgram, 1 Berlin 44 (Neukölln); polizeilichen Aufgabeneinstellung von besonderer Bedeutung.

Gesetzlicher Vertreter zu 1) und 2)

Das Merkblatt enthält lediglich bereits in den von mir erlassenen Bestenfalls ausgesprochene Grundentscheidungen, die also für meine Dienststellen keine Änderung der Anweisung vorbesteht, ersuche aber auch bei dieser Gelegenheit, die gegebenen Richtlinien zu beachten, lediglich, Hermannstraße 220 bei Pilgram,

Hermannstraße 220 bei Pilgram, wohnhaft in 1 Berlin 44 (Neukölln), geboren am 5. November 1954 in Berlin, BL. 6 2) der Gerhard Jean H o n d e l e t ,

nicht vorbelastet oder vorbestraft, Hermannstraße 220 bei Pilgram, wohnhaft in 1 Berlin 44 (Neukölln), geboren am 18. Oktober 1956 in Berlin, BL. 10 1) Der Bernd Dieter H o n d e l e t ,

am, nachdem Reichsjustizminister Thierack von einer Ankündigung der getroffenen Abrede über die Übertragung der Strafgerichtsbarkeit für Polen und Russen von der Justiz auf die Polizei zurückgetreten war, die Fragen - Jugendlicher - durch die Eingriffe der Staatspolizei in die Angelegenheiten der Justiz entstanden waren. Es sei sich vor allem, Kenntnis von dem Inhalt der ergangenen staatspolizeilichen Erlasse zu erlangen, die ihm bisher noch nicht offiziell bekannt gegeben worden.

4 zu Js 827/72 Bernunft: 35 01 11  
Staatsschutz mit dem Landgericht Berlin, Turmstraße 91  
1 Berlin 21, den 28. November 1972



1. Bernd Houdelet

ein Kraftfahrzeug geführt zu haben, obwohl er die dazu erforderliche Fahrerlaubnis nicht hat,

2. Gerhard Houdelet

als Halter eines Kraftfahrzeuges zugelassen zu haben, daß jemand das Fahrzeug führt, der die dazu erforderliche Fahrerlaubnis nicht hat.

Am Tatag wurde der Angeschuldigte Bernd Houdelet auf dem Herrfurthplatz in Neukölln von Polizeibeamten gestellt, als er das Fahrrad mit Hilfsmotor, Versicherungsgkennzeichen: 507 C BB, ohne Fahrerlaubnis führte. Der Halter des Fahrzeuges Gerhard Houdelet war damit einverstanden, daß sein Bruder eine Fahrt unternahm.

Vergehen, strafbar nach §§ 2, 21 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 StVG; §§ 1, 3 JGG.

Beweismittel:

Zeugen:

Bl. 1R 1. FM Hasso J a n t s c h k e ,  
VKSt S/MotVber,

Bl. 1R 2. POM Heinz S c h l i m a n n ,  
VKSt S/MotVber.



B 74 Bl. 26

bann-führer Bender, der in der Besprechung vom 18. September 1942 zum Verbindungsführer zwischen dem Reichsjustizministerium und dem Reichsführer SS bestimmt worden war. Er bat ihn um die Übersendung verschiedener staatspolizeilicher Erlasse. Bender ersuchte daraufhin mit einer Verfügung vom 11. Januar 1943 das RSHA um eine Stellungnahme zu dem Schreiben des Dr. Kümmerlein. Das Reichssicherheitshauptamt

B 74 Bl. 94 ff.  
P c Bl. 121 ff. =  
Bl. XVIII/68ff.  
P c Bl. 213

äußerte sich mit einem vom Angeschuldigten entworfenen und von Amtschef Müller unterzeichneten Schreiben vom 4. Februar 1943 - IV D 543/43 (ausl. Arb.) -. In diesem Schreiben wurden grundsätzliche Bedenken gegen eine Bekanntgabe sicherheitspolizeilicher Erlasse an die Justizbehörden erhoben und allenfalls eine teilweise Übermittlung als vertretbar bezeichnet. Nach einigen kurzen Ausführungen zu verschiedenen Erlassen, u.a. zu dem vom 20. Februar 1942, schloß das Schreiben mit dem Vorschlag, die Beantwortung der Anfrage ORR Dr. Kümmerleins dem RSHA zu überlassen, das in einer mündlichen Besprechung die offenen Fragen klären werde. Bender gab daraufhin mit Schreiben vom 10. März 1943 das Ersuchen des Reichsjustizministeriums an das RSHA zu Händen von Gruppenführer Müller zur unmittelbaren Erledigung weiter, und zwar mit dem Hinweis, der Reichsführer SS habe erklärt, bei der Übersendung der Erlasse müsse mit allergrößter Vorsicht vorgegangen werden und es müsse jeweils geprüft werden, ob sich der Inhalt der Erlasse zur Bekanntgabe an das Reichsjustizministerium eigne, andernfalls bestehe die Gefahr, daß das Reichsjustizministerium irgendwie "Kapital aus den Erlassen schlage" und sie dazu benutze, auf eine Einschränkung der "Rechte" der Polizei hinzuarbeiten.

B 74 Bl. 95

B 74 Bl. 96

B 74 Bl. 108

P c Bl. 212

Das RSHA lud daraufhin zu der auf den 31. März 1943 anberaumten Sitzung des Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes auch Vertreter des Reichsjustizministeriums, die

C 17 Bl. 121



Erster Staatsanwalt

Gast

zuzulassen.  
Amtsgericht Tiergarten - Einzelrichter -  
Anlage zur Hauptverhandlung vor dem  
das Hauptverfahren zu eröffnen und die

Es wird beantragt,

11. und 15. Juni 19.2.

Angeschuldigten Kravatschke vom  
V. Protokolle über die Aussagen des

Bl. 8-10

IV. 2 Unfallortskizzen und 15 Lichtbilder.

Bl. Bl. 5

Medizinischer Direktor Dr. V e l t ,  
1 Berlin 61 (Kreuzberg),  
Lützowstraße 16.

III. Sachverständiger:

9. PHN A n d e r s ,  
VKSt., VUB.

Bl. 10

8. PHN K u h n e l ,  
VKSt., VUB.

Bl. 9

7. Erich W a n n e r e d ,  
1 Berlin 20 (Spandau),  
Liderkowskyweg 5,

Bl. 32

6. Gerhard B e h r e n d ,  
1 Berlin 20 (Spandau),  
Jägerstraße 39,

Bl. 20

5. Petra W a c k ,  
1 Berlin 20 (Staken),  
Weidenstadter Ring 27,

Bl. 14







C 17 Bl. 123

sonst nicht zugegen waren, ein und setzte die "Verfolgung der Kriminalität unter den ausländischen Arbeitern" als besonderen Punkt auf die Tagesordnung. Die Erörterungen in dieser Sitzung gestalteten sich zu einem Zuständigkeitsstreit zwischen dem RSHA und dem Reichsjustizministerium. Die Vertreter des RSHA legten dar, daß schwerere kriminelle Verfehlungen von Polen und Ostarbeitern grundsätzlich von der Polizei "geahndet" würden, falls nicht auch in einem gerichtlichen Verfahren die Todesstrafe zu erwarten sei. Sie erklärten, dies geschehe im Einverständnis mit dem RFSS und auf Grund einer "Anweisung des Führers". Das Reichsjustizministerium, das durch MR Grau vertreten war, äußerte Bedenken, ob diese Handhabung beibehalten werden könne. MR Grau führte etwa folgendes aus:

vgl. auch  
B 74 Bl. 100ff.

Das bisherige Vorgehen widerspreche schon den Zusicherungen, die einigen Gruppen von Ostarbeitern, zum Beispiel den Ukrainern, gegeben worden seien. Darüber hinaus gehe es auch im Interesse einer Förderung des Arbeitswillens der Ostarbeiter nicht länger an, daß den Ostvölkern ein minderes Recht als den Deutschen gewährt werden. Die Justiz müsse deshalb grundsätzlich auch bei strafbaren Handlungen der Ostarbeiter, Polen usw. eingeschaltet werden. Ausnahmen könne man nur in den Fällen machen, in denen - wie zum Beispiel bei Zusammenrottungen - allein ein schnelles und hartes Eingreifen der Polizei zweckmäßig sei. Auch kleinere Delikte könnte die Polizei selbständig erledigen. Dagegen müsse jedoch die schwere Einzelkriminalität, insbesondere Gewalttaten gegen Deutsche und Sittlichkeitsverbrechen, der Justiz vorbehalten bleiben, die auch nicht gehalten sein dürfe, ein bestimmtes Ergebnis, etwa ein Todesurteil, zu garantieren.

C 17 Bl. 123

Amtschef Müller entgegnete, daß der Menschenmangel und der schon jetzt nicht mehr ausreichende Raum in den Untersuchungsgefängnissen eine derartige



durch Flucht entzogen zu haben, obwohl nach den  
seiner Beteiligung an dem Unfall vorläufig  
seiner Person, seines Fahrzeuges oder der Art  
a) sich nach einem Verkehrsunfall der Feststellung

C 17 Bl. 123

b) ein Kraftfahrzeug geführt zu haben, obwohl er die  
"geahndet" wurden, falls nicht auch in einem gericht-

überholvorgang fahrlässig zu sein und dadurch  
Grobverkehrswidrig und rücksichtslos bei einem  
Fahrlassigkeit Leib oder Leben eines anderen und  
fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet zu  
haben,

a) im Straßenverkehr ein Fahrzeug geführt zu haben,  
obwohl er infolge des genusses alkoholischer  
Getränke nicht in der Lage war, das Fahrzeug  
sicher zu führen und zugleich

vgl. auch  
B 74 Bl. 100ff.

1. n. 2. a) im Straßenverkehr ein Fahrzeug geführt  
und jeweils in Tateinheit damit  
1. n. 2. b) ein Kraftfahrzeug geführt zu haben,  
obwohl er die dazu erforderliche Fahr-

C 17 Bl. 123

Antschef Müller entgegnete, daß der Menschenmangel  
und der schon jetzt nicht mehr ausreichende Raum in  
den Untersuchungsgefängnissen eine derartige



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

1 Berlin 21, den 28. November 1972  
Turmstraße 91

1 Ve Js 1234/72

Fernruf: 35 01 11

An das

Amtsgericht Tiergarten

- Einzelrichter -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl.18 1) Der Verkäufer Kurt H ö l l e r ,  
geboren am 17. Mai 1948 in Graz-Puntigam/Österreich,  
wohnhaft in 1 Berlin 20 (Spandau), Plantage 12 bei Wenzel,  
Österreicher, ledig,  
nicht bestraft,  
- Strafregisterauszug ist beigelegt -

Bl.8 2) der Polizeioberwachmeister  
Klaus Anton Karl K r a v u t s c h k e ,  
geboren am 6. November 1949 in Berlin,  
wohnhaft in 1 Berlin 20 (Spandau), Fischerstraße 27,  
Deutscher, ledig,  
nicht bestraft,  
- Strafregisterauszug ist beigelegt -

Bl.27 Verteidiger: Rechtsanwälte Hermann Oxfort und  
Klaus-Dieter Kemna,  
1 Berlin 20 (Spandau),  
Markt 4,

werden angeklagt,

A. der Angeschuldigte Höller

I. in Berlin-Spandau

am 8. Juni 1972 gegen 21.30 Uhr und gegen 22.00 Uhr

durch zwei selbständige Handlungen



"Neuregelung" nicht erlaubten, spätestens nach einem halben Jahr werde man wieder zum "vereinfachten Verfahren der Polizeiahndung" zurückkehren müssen; im übrigen seien auch bisher schon alle wichtigen Fälle an die Justiz abgegeben worden. Diese Behauptung bestritt MR Grau energisch. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, vereinbarte man weitere Verhandlungen zwischen dem RSHA und dem RJM.

vgl. B 74 Bl. 122  
ff.

In diesen Besprechungen, an denen wahrscheinlich auch der Angeschuldigte teilgenommen hat, konnte sich das RJM gegenüber dem RSHA nicht durchsetzen, es mußte schließlich das bisherige Vorgehen der Staatspolizei gegen die Zivilarbeiter aus den osteuropäischen Gebieten billigen. Das RJM konnte aber verhindern, daß die ursprünglich abgesprochene und von Himmler auch weiterhin angestrebte Regelung, alle Angehörigen der osteuropäischen Völker einem Polizeirecht zu unterstellen, eingeführt wurde.

A 74

Das Ergebnis der Besprechungen gab das Reichssicherheitshauptamt mit Runderlaß vom 30. Juni 1943 - III A 5 b Nr. 187 V/43 -176-3 - den Staats- und Kriminalpolizei-leit-stellen bekannt. Der Erlaß war von Angehörigen des sogenannten "Gesetzgebungsreferats" des RSHA entworfen worden, es besteht aber der Verdacht, daß der Angeschuldigte zumindest durch die Mitzeichnung des Erlaßentwurfs an der Herausgabe der Weisungen beteiligt war. In dem Erlaß war einleitend gesagt, der Reichsführer SS habe mit dem Reichsjustizministerium vereinbart, daß die Kriminalität unter den polnischen und sowjetischen Zivilarbeitern grundsätzlich durch die Polizei bekämpft werde und ein gerichtliches Strafverfahren nur dann statfinde, wenn die Polizei dies wünsche; nachträglich vorgebrachte Änderungswünsche der Justiz habe der RFSS abgelehnt. Es sollten nunmehr alle Vorgänge über kriminelle Verfehlungen der genannten Zivilarbeiter an die zuständigen



a) sich nach einem Verkehrsunfall der Feststellung seiner Person, seines Fahrzeugs oder der Art seiner Beteiligung an dem Unfall vorsätzlich durch Flucht entzogen zu haben, obwohl nach den Umständen in Frage kam, daß sein Verhalten zur Verursachung des Unfalls beigetragen hatte,

b) und zugleich im Verkehr ein Fahrzeug geführt zu haben, obwohl er infolge des Genusses alkoholischer Getränke nicht in der Lage war, das Fahrzeug sicher zu führen,

c) ein Kraftfahrzeug geführt zu haben, obwohl er die dazu erforderliche Fahrerlaubnis nicht hatte,

#### B. der Angeschuldigte Kravutschke

in Berlin-Spandau

am 8. Juni 1972 gegen 21.30 Uhr und danach

##### I. fortgesetzt handelnd und fahrlässig,

als Halter eines Kraftfahrzeugs angeordnet und zugelassen zu haben, daß jemand das Kraftfahrzeug führt, der die dazu erforderliche Fahrerlaubnis nicht hatte,

##### II. durch eine weitere selbständige Handlung

in Berlin-Charlottenburg

am 14. und 15. Juni 1972

##### fortgesetzt handelnd

a) einer Dienststelle des Staates wider besseres Wissen die Begehung einer Straftat vorgetäuscht zu haben und zugleich



Umständen in Frage kam, daß sein Verhalten zur Verursachung des Unfalls beigetragen hatte,

- b) und zugleich im Verkehr ein Fahrzeug geführt zu haben, obwohl er infolge des Genusses alkoholischer Getränke nicht in der Lage war, das Fahrzeug sicher zu führen,
- c) ein Kraftfahrzeug geführt zu haben, obwohl er die dazu erforderliche Fahrerlaubnis nicht hatte,

#### IV. in Berlin-Spandau

am 9. Juni 1972 gegen 06.05 Uhr

durch eine weitere selbständige Handlung

- a) im Straßenverkehr ein Fahrzeug geführt zu haben, obwohl er infolge des Genusses alkoholischer Getränke nicht in der Lage war, das Fahrzeug sicher zu führen und zugleich

grob verkehrswidrig und rücksichtslos bei einem Überholvorgang falsch gefahren zu sein und dadurch fahrlässig Leib oder Leben eines anderen und fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet zu haben,

- b) ein Kraftfahrzeug geführt zu haben, obwohl er die dazu erforderliche Fahrerlaubnis nicht hatte,

#### V. am gleichen Ort und kurz danach

durch eine weitere selbständige Handlung



Staatspolizei-leit-stellen abgegeben werden. Abschließend heißt es in dem Erlaß:

A 74 Bl. 2

"Die Staatspolizei-leit-stellen haben die anfallenden Strafsachen mit den ihnen zur Verfügung stehenden staatspolizeilichen Zwangsmitteln, erforderlichenfalls durch Beantragung einer Sonderbehandlung beim Reichssicherheitshauptamt zu erledigen. An die Justiz sind nur die Fälle weiterzuleiten, in denen aus stimmungspolitischen Gründen eine gerichtliche Aburteilung wünschenswert erscheint und durch vorherige Fühlungnahme sichergestellt ist, daß das Gericht die Todesstrafe verhängen wird.

Grundsätzlich ist bei der staatspolizeilichen Bearbeitung derartiger Strafsachen zu beachten, daß der Pole und Sowjetrusse schon allein kraft seines Daseins im deutschen Herrschaftsraum eine Gefahr für die deutsche Volksordnung darstellt und daß es daher nicht so sehr darauf ankommt, für eine von ihm begangene Straftat eine angemessene Sühne zu finden, als darauf, ihn an einer weiteren Gefährdung der deutschen Volksordnung zu verhindern."

Die entsprechenden Weisungen für den Bereich der Justiz ergingen mit einem Ministererlaß Dr. Thieracks vom 21. August 1943. In diesem Erlaß wurde erklärt, der "Reichsmarschall" habe unter dem 8. März 1940 - VP 4984/2 - dem RFSS die Sicherstellung der einwandfreien Lebensführung der im Altreich eingesetzten Zivilarbeiter polnischen Volkstums übertragen; aufgrund dieser "Ermächtigung" habe der RFSS angeordnet, daß die Kriminalität dieser Polen grundsätzlich mit Mitteln der Polizei bekämpft werde und ein gerichtliches Verfahren nur dann stattfinden solle, wenn die Polizei dies vorschlage; eine entsprechende Regelung sei später auch für die sowjetrussischen Zivilarbeiter ergangen. Der Ministererlaß enthielt die "Bitte", von einer Strafverfolgung dieser im Reich eingesetzten ausländischen Zivilarbeiter abzu- sehen und die Verfahren, die von der Polizei an die Justizbehörden abgegeben würden oder sonst an sie gelangten, mit größter Beschleunigung durchzuführen.



Der Angeschuldigte Kravuttschke behauptete bei seinen polizeilichen Vernehmungen am 1. und 15. Juni 1972 wider besseres Wissen, den Pkw in der Fischerstraße abgestellt zu haben. Seinen Angaben nach mußte ein Unbekannter seinen Pkw zur Zeit der Unfälle unerlaubt gefahren haben. Damit begünstigte er den Angeschuldigten Höller, um ihn vor einer Bestrafung und eventuellen Ausweisung zu schützen.

Hiernach sind die Angeschuldigten als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen anzusehen.

Vergehen, strafbar nach §§ 215c Abs. 1 Nr. 1a,

Nr. 2a, b, c, d, Abs. 3 Nr. 1,

316, 1, 2, 37, 42n, 73,

74 StGB;

§ 21 Abs. 1 Nr. 1 und 2,

Abs. 2 Nr. 1 StVG.

Beweismittel:

B1.8R-10,

18R-19R,

22-22R

I. Angaben der Angeschuldigten.

II. Zeugen:

B1.1

1. PHM Gerhard A m e l u n g ,  
Polizeirevier 123,

B1.5

2. POM Friedrich K u e i n e n b e r g ,  
Polizeirevier 144,

B1.12/13

3. Siegfried Q u o B ,  
1 Berlin 20 (Spandau),  
Friedrichstraße 72,

B1.15

4. Petra R o s e n a u ,  
1 Berlin 20 (Spandau),  
Germersheimer Platz 10d,



- b) nach Begehung eines Vergehens dem Täter wissenschaftlich Beistand geleistet zu haben, um denselben der Bestrafung zu entziehen.

Der Angeschuldigte Kravutschke ist Halter des Pkw B - TC 101. Am Abend des 8. Juni 1972 händigte er dem Angeschuldigten Höller die Schlüssel zu seinem Pkw aus und ordnete an bzw. gestattete, daß dieser den Pkw mehrfach fuhr, obwohl er sich nicht davon überzeugt hatte, ob der Angeschuldigte Höller eine Fahrerlaubnis besitzt.

Der Angeschuldigte Höller, der nach eigenen Angaben erheblich alkoholische Getränke zu sich genommen hatte und keine Fahrerlaubnis hat, befuhr mit dem Pkw B - TC 101 am 8. Juni 1972 gegen 21.30 Uhr und gegen 22.00 Uhr bei zwei Fahrten mehrere Straßen in Spandau, wobei er jeweils Bekannte und den Angeschuldigten Kravutschke nach Hause fuhr. Gegen 23.00 Uhr befuhr der Angeschuldigte Höller ebenfalls alkoholbedingt fahruntüchtig mit dem Pkw B - TC 101 die Heerstraße in westlicher Richtung. In Höhe des rechts gelegenen Grundstücks Nr. 40 überholte er den von dem Zeugen Quos gefahrenen Pkw B - U 6112 mit hoher Fahrgeschwindigkeit, streifte und beschädigte ihn und setzte seine Fahrt in Fluchtabsicht fort. Auf der Weiterfahrt passierte er mehrere Kreuzungen bei rotem Farbzeichen der Lichtzeichenanlage.

Am 9. Juni 1972 gegen 06.05 Uhr befuhr der Angeschuldigte Höller alkoholbedingt fahruntüchtig mit demselben Pkw die Klosterstraße in südlicher Richtung. Nach dem Kreuzen des südlich der Altonaer Straße befindlichen markierten Fußgängerüberweges überholte er den von dem Zeugen Wahnfried gefahrenen Pkw B - HS 791 rechts und lenkte das Fahrzeug so früh nach links, daß der überholte Pkw erfaßt und erheblich beschädigt wurde. Auch hier setzte der Angeschuldigte Höller seine Fahrt in Fluchtabsicht fort.



Vorschriften mit Gesetzeskraft, die ursprünglich geplant waren, wurden nicht erlassen.

Wegen der Einzelheiten der Vorgänge, die zu den Anordnungen vom 30. Juni und 21. August 1943 geführt haben, wird auf die Darstellung S. 219 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 verwiesen.

Aufgrund der von dem Angeschuldigten entworfenen oder mitgezeichneten Erlasse sowie aufgrund weiterer Erlasse, die auf diesen Weisungen aufbauten und sie weiterentwickelten, stellten die Staatspolizei-leitstellen gegen eine große Zahl polnischer Zivilarbeiter, "fremdvölkischer" Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten sowie Ostarbeiter beim RSHA Antrag auf "Sonderbehandlung". Diese Anträge wurden im RSHA den zuständigen Länderreferaten der Gruppe IV D zugelaitet. Dort prüften Sachbearbeiter, ob alle erforderlichen Unterlagen vorhanden waren, und entwarfen dann eine Vorlage, mit der sie die Entscheidung ihrer Vorgesetzten über das weitere Schicksal der Betroffenen einholten. Die Vorlage hatte eine kurze Sachdarstellung und einen Entscheidungsvorschlag zu enthalten. Dieser lautete bei den sogenannten "Gewaltverbrechen", bei Sabotage oder sonstigem reichsfeindlichen Verhalten in aller Regel auf Exekution, wobei schon geringfügige Widersetzlichkeiten oder Einbruchsdiebstähle als "Gewaltverbrechen" und Sachbeschädigungen geringen Umfangs als "Sabotage" gewertet wurden. Lediglich bei Verfehlungen, die als weniger schwerwiegend angesehen wurden, kam die langfristige Einweisung in ein Konzentrationslager in Betracht. Die Vorgänge wegen verbotenen Geschlechtsverkehrs mit Deutschen wurden unterschiedlich behandelt. Bei den Zivilarbeitern aus den polnischen Gebieten hing der Vorschlag entscheidend von dem Ausfall der











"rassischen Begutachtung" ab. Entsprach der "Fremdvölkische" nicht dem Bild, das sich die Nationalsozialisten von einem "germanischen" Menschen machten, und war er deshalb als "nicht eindeutschungsfähig" eingestuft worden, lautete der Vorschlag grundsätzlich auf Exekution; nur in den im Erlass vom 5. Juli 1941 genannten Fällen kam stattdessen eine Einweisung in ein KL für mehrere Jahre in Betracht. Ende 1942/Anfang 1943 ging man dazu über, alle rassisch negativ beurteilten Zivilarbeiter aus den polnischen Gebieten, denen lediglich einverständlicher Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen vorgeworfen wurde, für lange Zeit einem KL zu überstellen, damit man dort ihre Arbeitskraft ausbeuten konnte. War der Fremdarbeiter dagegen für "wiedereindeutschungsfähig" erklärt worden, schied die Möglichkeit einer Exekution für ihn in jedem Falle aus. In diesen Fällen wurde anfangs die Einweisung des Betroffenen in ein Konzentrationslager für kurze Zeit vorgeschlagen, später - etwa ab Anfang 1943 - wies man die rassische positiv bewerteten Polen für sechs Monate in das SS-Sonderlager Hinzert ein und entschied erst nach dem Ablauf dieser Frist, ob der Betroffene in das "Eindeutschungsverfahren" übernommen oder - bei Nichtbewährung - in ein Konzentrationslager verbracht werden sollte. Bei Ostarbeitern, die mit deutschen Frauen intim verkehrt hatten, erfolgte eine solche rassische Auslese nicht, für sie war deshalb auch keine rassische Begutachtung vorgesehen. Bei ihnen lautete deshalb der Vorschlag anfangs grundsätzlich auf Exekution und später auf Einweisung in ein Konzentrationslager für lange Zeit.

Die nach diesen Grundsätzen gefertigten Vorlagen wurden von dem jeweiligen Sachbearbeiter und Referenten abgezeichnet und auf dem Dienstweg Himmler zur Entscheidung zugeleitet. Später - wahrscheinlich Ende 1942 - übertrug Himmler die "Befugnis", "Sonderbehandlungen" anzuordnen, auf den Chef der Sicherheitspolizei



Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und die  
Anklage zur Hauptverhandlung vor dem  
Amtsgericht Tiergarten -Schöffengericht-  
zuzulassen.

Poser

Staatsanwältin

Ma







und des SD bzw. auf Gruppenführer Müller. Die getroffenen Entscheidung wurde der örtlichen Dienststelle, die den betroffenen Fremdarbeiter aufgrund der ergangenen Weisungen in Haft hielt, fernschriftlich bekannt gemacht. Sie hatte - soweit die Tötung nicht in einem Konzentrationslager vollzogen werden sollte - für die Durchführung der Exekution zu sorgen und dem RSHA Vollzugsmeldung zu erstatten.

Die Einzelheiten des Bearbeitungsweges für die "Sonderbehandlungsanträge" im RSHA sind auf S. 323ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 dargestellt.

Im Wege der auf diese Weise angeordneten "Sonderbehandlung" wurden in der Zeit von 1940 bis Kriegsende viele hundert Zivilarbeiter aus Polen und der Sowjetunion getötet. Die gerichtliche Voruntersuchung ist unter Berücksichtigung des § 154 a StPO lediglich wegen der Mitwirkung des Angeschuldigten an der "Sonderbehandlung" der in der Eröffnungsverfügung vom Bl.XXIV/21 ff. 22. März 1968 und in dem Beschluß des Untersuchungsrichters vom 7. März 1972 genannten insgesamt 317 Zivilarbeiter aus dem Osten geführt worden.

Um Erkenntnisse über die persönliche Einstellung des Angeschuldigten gegenüber der nationalsozialistischen Rassenpolitik und den Angehörigen der osteuropäischen Völker zu gewinnen, mußten sich die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und die richterlichen Untersuchungshandlungen auf die gesamte Tätigkeit des Angeschuldigten im RSHA erstrecken. Hierbei hat sich ergeben, daß der Angeschuldigte als Leiter der Referate IV D 6 bzw. IV D (ausl. Arb.) auch verschiedene Erlasse vorbereitet und entworfen hat, mit denen die rassepolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten bei der Behandlung der "Fremdarbeiter" aus den besetzten west- und nordeuropäischen Gebieten und aus



**Staatsanwaltschaft bei  
dem Landgericht Berlin**

1 Berlin 21, den 29. November 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11, App. < 39 40 11 >  
(Im Innenbetrieb: 933)  
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30-13.00 Uhr

Gesch.-Nr.: 63 Js 333/72

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Auf Ihre Strafanzeige gegen die Firma Schlägel teile ich mit,  
daß ich im Hinblick auf weitere außerordentlich umfangreiche  
und massive Beschuldigungen gegen das Ehepaar Schlägel Ihre  
Anzeige in entsprechender Anwendung des § 154 StPO nicht mit  
in die beabsichtigte öffentliche Anklage nehmen werde.  
Das Ehepaar Schlägel dürfte wegen der Vielzahl der angeklagten  
Einzelfälle ohnehin mit einer ganz erheblichen Bestrafung zu  
rechnen haben.

Hochachtungsvoll  
Messerschmidt  
Staatsanwalt

Beglaubigt

Justizangestellte







den selbständig gebliebenen Staaten durchgesetzt werden sollten; auf die Darstellungen S. 265 ff., 278 ff. und 311 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 wird insoweit Bezug genommen.

P c Bl. 151-154      Zu dem gegen ihn gerichteten Verdacht, an Tötungen im Generalgouvernement und in den "eingegliederten Ostgebieten" (I a - c des Anschuldigungssatzes) beteiligt gewesen zu sein, hat sich der Angeschuldigte nicht eingelassen.

vgl. insbesondere DokBd.XIII

Aufgrund des Ergebnisses der Ermittlungen kann ihm insoweit lediglich nachgewiesen werden, daß er an der Herausgabe des Erlasses des RSHA - IV D 2 - 480/40 - vom 3. April 1940 betreffend die Festnahme von Angehörigen der polnischen Intelligenz mitgewirkt haben muß. Der Erlaß selbst konnte zwar nicht aufgefunden werden, in zahlreichen vorliegenden Dokumenten wird aber auf ihn Bezug genommen. Das Aktenzeichen des Erlasses läßt erkennen, daß er im Polenreferat des RSHA entworfen wurde und deshalb von dem Angeschuldigten als dem zuständigen Referenten zumindest mitgezeichnet worden sein muß. Ob und ggf. inwieweit der Angeschuldigte über die reine Mitzeichnung hinaus die Herausgabe des Erlasses gefördert hat, konnte aber nicht mehr geklärt werden. Es war insbesondere nicht feststellbar, ob der Angeschuldigte bei den Vorarbeiten für den Erlaß bzw. bei dessen Mitzeichnung bereits tatsächlich erkannt hat, daß ein großer Teil der festgenommenen Polen wegen der schlechten Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern versterben würde, und daß er diese Folge der Festnahmen auch billigte. Hierfür spricht zwar manches, es kann andererseits aber nicht ausgeschlossen werden, daß der Angeschuldigte in den angeordneten Maßnahmen eine Möglichkeit erblickte, den Polen, die man bei früheren ähnlichen Aktionen kurzerhand erschossen hatte, nun eine Chance zum Überleben zu geben.



Staatsanwalt

den selbständig gebliebenen Staaten durchgesetzt werden sollten; auf die Darstellungen S. 265 ff., 278 ff. und 311 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 wird insoweit Bezug genommen.

Zu dem gegen ihn gerichteten Verdacht, an Tötungen in Generalgouvernement und in den "eingegliederten Ostgebieten" (I. a. c. des Inschuldigungsatzes) beteiligt zu sein, ist zu sagen, daß sich der Angeeschuldigte nicht eingelassen hat.

Es wird beantragt:

Aufgrund des Ergebnisses der Ermittlungen kann ihm insoweit lediglich nachgesagt werden, daß er an der

Verbreitung des Todesmarsches beteiligt war. - IV D 2 - 480/40 -

Die Festnahme von Angehörigen der polnischen Intelligenz mitgewirkt haben

lassen. Der Verleumdung selbst konnte nicht aufgefunden werden. In zahlreichen weiteren Dokumenten wird

der Angeeschuldigte nicht erwähnt. Das Aktenzeichen des Erlasses 1451 erkennen; das Polenreferat des 1972

des Angeeschuldigten und des Todesmarsches auf öffentlichen Straße

zumindest in der Öffentlichkeit zu sein. Inwieweit der Angeeschuldigte über die reine Mitzeichnung hinaus die

Herausgabe des Erlasses gefördert hat, konnte aber nicht mehr geklärt werden. Es war insbesondere nicht

feststellbar, ob der Angeeschuldigte bei den Vorarbeiten für den Erlass bzw. bei dessen Mitzeichnung be-

reits tatsächlich beteiligt hat, daß ein großer Teil der festgenommenen Polen wegen der schlechten Lebens-

bedingungen in den Konzentrationslagern verstarben. Die Festnahme unter Vorlage eines gefälschten

Vermerks am 21. August 1972 bei der Firma Buchs

der Angeeschuldigte, der keine Fahrerlaubnis besitzt,

die Voraussetzungen des § 17 StGB bleiben in der

ähnlichen Aktionen kurz vor dem Erschossen hatte, um eine Chance zum Überleben zu geben.







Hinsichtlich der übrigen hier erfaßten Tötungen von Polen im Generalgouvernement und in den "eingegliederten Ostgebieten" fehlt es schon an Beweismitteln, die den Angeschuldigten konkret belasten und seine Verurteilung insoweit als wahrscheinlich erscheinen lassen. Es konnten hinsichtlich dieser Tatteile keine Dokumente aufgefunden werden, die die Unterschrift des Angeschuldigten tragen oder die auch nur aufgrund des Aktenzeichens zwingende Schlüsse auf ein Tätigwerden des Angeschuldigten zulassen. Die Aussagen der vernommenen Zeugen, die zum großen Teil selbst verdächtig sind, einen erheblichen Tatbeitrag geleistet zu haben, sind lückenhaft und so ungenau, daß sie einen hinreichenden Tatverdacht gegen den Angeschuldigten nicht begründen können. Anhaltspunkte für erfolgversprechende weitere Ermittlungen zu diesen Tatkomplexen sind nicht gegeben. Die in dem Sachstandsvermerk vom 15. August 1971 des Verfahrens 1 Js 1/71 (RSHA) angeordneten weiteren Untersuchungshandlungen dürften hinsichtlich der evtl. Sachbehandlung im RSHA, auf die es hier allein ankommt, aller Voraussicht nach auch keine durchgreifenden neuen Erkenntnisse erbringen.

Zu dem Vorwurf der Mitwirkung an der "Sonderbehandlung" von "Fremdarbeitern" aus dem Osten hat der Angeschuldigte umfangreiche und teilweise wechselnde Angaben gemacht. Zu seiner Mitarbeit an dem Erlaßwerk vom 8. März 1940 hat er im wesentlichen folgendes ausgesagt:

P c Bl. 34 =  
Bl.XVII/149ff.  
P c Bl. 283ff.

P c Bl. 46 =  
Bl.XVII/165

Der von ihm erstellte Entwurf eines Erlasses an die Staatspolizei-leit-stellen habe noch keine konkreten Vorschriften für Strafmaßnahmen bei Verstößen polnischer Zivilarbeiter gegen die ergangenen Bestimmungen enthalten. In seinen Entwürfen sei lediglich von "schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen" die Rede gewesen. In dem von ihm gefertigten Entwurf des Merkblattes für die polnischen Zivilarbeiter, das dem ~~Er~~laß an die höheren Verwaltungsbehörden beigelegt



wurde.

zur Bewährung überlassen. Tötungen von  
Gemeinschaftsmitgliedern, die  
Wortführer in dem Verfahren 64/15/71 wurde eine  
den Angeklagten gegen ihn und seine Verur-  
teilung in der Sache 64/15/71 wurde eine

Es konnten hinsichtlich dieser Tatteile keine Doku-  
mente aufgefunden werden, die die Unterschrift des

Angeklagten tragen oder die auch nur aufgrund des  
Akteverzeichnisses auf ein Tätigwerden

des Angeklagten zu den Aussagen der vernom-  
menen Augen, die zum großen Teil selbst verdächtig

sind, einen erheblichen Tatbeitrag geleistet zu haben.

sind lückenhaft. Es ist zu bemerken, daß die einen hinrei-  
chenden Tatverdacht gegen den Angeklagten nicht

begründen können. Anhaltspunkte für erfolverspre-

che zu diesen Tatkomplexen  
sind nicht gegeben. Die in der Sachstandsarbeit vom

1. August 1972 (RSHA) ange-  
regten weiteren Untersuchungen dürften hin-

sichtlich der evtl. Sachbehandlung im RSHA, auf die

es hier allein ankommt, nicht nach auch  
keine durchgreifenden neuen Erkenntnisse erbringen.

§ 21 StAG.

Verfahren, strafbar gem. §§ 263, 267, 73, 74,  
"lung" von "Fremdarbeitern" aus dem Osten hat der Ange-

schuldigte umfangreiche und teilweise wechselnde An-  
LKW auf öffentlichem Straßengelände.  
26. August 1972 auch mit einem firmeneigenen  
seiner Ehefrau sowie zumindest am 18. und

nachfolgenden Zeit fuhr er häufig mit dem LKW

darüber hinaus als Kraftfahrer eingestellt. In der  
einen Gefährlichen Führerschein vor und wurde  
P c Bl. XVII/14022

21. August 1972 bei der letzten Fahrt nach Fuchs,

führten von LKW aus dem Osten, lediglich von  
Der Angeklagte hat keine Maßnahmen die Rede

gewesen. In dem von ihm gefertigten Entwurf des Merk-  
blattes für die polnischen Zivilarbeiter, das den



Abschrift

Staatsanwaltschaft, Berlin 24, den 20. November 1972  
bei dem Landgericht Berlin, Turmstraße 91,  
64 Js 1486/72 Fernruf: 35 01 11 App. 513

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Schöffengericht -

Anklageschrift

B1.5 Der Heizungsrohrleger Hans-Jürgen S c h u l z ,  
geboren am 5. April 1946 in Northeim,  
wohnhaft in Berlin 44 (Neukölln), Fannierstraße 34,  
Deutscher, verheiratet,  
mehrfach einschlägig bestraft,  
- Strafregisterauszug liegt an -,

wird a n g e k l a g t ,

in Berlin  
zumindest am 21. August 1972 und  
seitdem  
durch zwei selbständige Handlungen

- 1) a) zur Täuschung im Rechtsverkehr eine unechte Urkunde  
gebraucht, sowie tateinheitlich hierzu  
b) in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögens-  
vorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen  
dadurch beschädigt zu haben, daß er durch Vorspiege-  
lung falscher Tatsachen einen Irrtum erregte,
- 2) fortgesetzt  
ein Kraftfahrzeug geführt zu haben, obwohl er die dazu  
erforderliche Fahrerlaubnis nicht hat.



P c Bl. 41 =  
Bl.XVII/157

P c Bl. 30 =  
Bl.XVII/145

P c Bl. 42 =  
Bl.XVII/158,  
P c Bl. 283 f.

P c Bl.233,284

Erlaß an die höheren Verwaltungsbehörden beigelegt werden sollte, sei auch nicht in Ziffer 7 die Todesstrafe für Geschlechtsverkehr mit Deutschen angedroht gewesen. Heute wisse er nicht einmal mehr, ob das Geschlechtsverkehrsverbot in seinem Entwurf für ein Merkblatt überhaupt enthalten gewesen sei. Er entsinne sich dagegen genau, daß er einige Tage nach Übergabe seiner Entwürfe an Heydrich noch einmal zu diesem bestellt worden sei. Heydrich habe ihm jetzt erstmals Vorhaltungen gemacht, weil er in seinen Entwürfen die "Sonderbehandlung" nicht erwähnt habe. Heydrich selbst habe dann die Entwürfe umformuliert und die Vorschriften über die "Sonderbehandlung" eingefügt. Er - der Angeschuldigte - habe zu diesem Zeitpunkt erstmals erfahren, was mit dem Begriff "Sonderbehandlung" gemeint war, der ihm vorher unbekannt gewesen sei. Das Verbot des Geschlechtsverkehrs zwischen Polen und Deutschen, das in den ihm übergebenen Unterlagen wohl schon erwähnt gewesen sei, habe er als Maßnahme der allgemeinen und traditionellen Gefahrenabwehr angesehen, die insbesondere als Schutz vor Spionage habe dienen sollen. Daß es sich bei diesem Verbot um eine rassenpolitische Maßnahme zur "Reinerhaltung des deutschen Blutes" gehandelt hat, sei ihm zumindest im Frühjahr 1940 unbekannt gewesen. Heute sei ihm zwar klar, daß seinerzeit auch politische und völkische Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben, dies habe er damals aber nicht bemerkt, weil er den Auftrag zum Entwurf des Erlaßwerkes überstürzt und völlig unvorbereitet erhalten und ihn allein die technische Durchführung des Auftrages schon so beansprucht habe, daß er eingehende Überlegungen über die Hintergründe der zu entwerfenden Bestimmungen nicht habe anstellen können. Über die Motive, die den einzelnen Regelungen zugrunde lagen, habe er aus den ihm übergebenen Unterlagen nichts entnehmen können. Der Aktenvermerk Himmlers vom 20. November 1939 über die von Hitler angeordneten Maßnahmen bei Geschlechtsverkehr zwischen Kriegsgefangenen und deutschen Frauen,











P c Bl. 284

von Hitler angeordneten Maßnahmen bei Geschlechtsverkehr zwischen Kriegsgefangenen und deutschen Frauen, das Schreiben des "Stellvertreters des Führers" vom 21. Januar 1940 und der Vermerk über die Besprechung im RSHA vom 30. Januar 1940 hätten ihm seinerzeit nicht vorgelegen. An der Sitzung vom 2. Februar 1940 im Reichsarbeitsministerium habe er nicht teilgenommen; er habe auch an die Aufzeichnung, die dort verteilt wurde, keine Erinnerung.

Diese Einlassungen des Angeeschuldigten können nur als Schutzbehauptungen gewertet werden.

B 5 Bl. 13

Dem Angeeschuldigten muß zumindest ein Vermerk über die Sitzung vom 30. Januar 1940 vorgelegen haben. An dieser Besprechung hatte nämlich auch der Zeuge Dr. Deumling teilgenommen, der vor dem Angeeschuldigten Leiter des Polenreferats, das damals noch die Bezeichnung II O führte, gewesen war. Das offizielle Besprechungsprotokoll oder zumindest ein von Dr. Deumling gefertigter Vermerk über den Gegenstand und Inhalt der Erörterungen müssen daher auch zu den Akten des Polenreferats gekommen sein.

Aber selbst wenn der Angeeschuldigte die von ihm bezeichneten Unterlagen selbst nicht erhalten haben sollte, so war ihm doch zumindest ihr Inhalt genau bekannt. Das beweist die Tatsache, daß er die von Heydrich in der Sitzung vom 30. Januar 1940 aufgestellte Forderung, zur Verhinderung unerwünschter Beziehungen zu Deutschen jeweils die gleiche Anzahl von männlichen und weiblichen polnischen Arbeitskräften einzusetzen, in das an das Reichsarbeitsministerium gerichtete Schreiben vom 8. März 1940 aufnahm. Die in dem Schnellbriefe an die Staatspolizei-leit-stellen enthaltenen bzw. in dem an den "Stellvertreter des Führers" gerichteten Schreiben vom 8. März 1940







Abschrift

Staatsanwaltschaft  
Berlin 21, den 27. November 1972  
bet dem Landgericht Berlin  
60 Js 1239/72  
Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

Ankündigung

Bl. 11  
Der Klempner Gerd Karl P a s c h e l,  
geboren am 30. Oktober 1949 in Berlin,

wohnhaft in Berlin 36 (Kreuzberg), Waldemarstraße 44  
seit dem 17. November 1972 in anderer / bei Riet,  
Deutscher, ledig,  
Sache in der Untersuchungshaft- und Aufenthaltsgestaltungssache,

bestraft.  
- Strafregisterauszug liegt an -

wird angekündigt.

in Berlin

am 6. Juli 1972 zwischen 9.00 und 13.00 Uhr

anderen fremde bewegliche Sachen

in der Absicht rechtswidriger Zueignung  
weggenommen zu haben.

Indem er

aus der Wohnung des Herrn Jerry Van der Sanden  
in Berlin 33, Wildbad 5, ein Transistorradio  
Marke "Sony" entwendete.



erwähnten "Strafvorschriften" für verbotenen Geschlechtsverkehr zwischen polnischen Arbeitern und deutschen Frauen entsprechen - wie in der am 2. Februar 1940 im RAM verteilten Aufzeichnung angekündigt - dem Vorgehen, das aufgrund des am 20. November 1939 von Himmler aufgezeichneten "Führerbefehls" bei verbotenem Umgang mit Kriegsgefangenen vorgesehen war, nämlich Tötung des Polen, öffentliche Diffamierung und Einweisung in ein Konzentrationslager für die deutsche Frau.

vgl. D 10  
Bl. 39 ff.

Daraus, daß der Umgang zwischen Deutschen und polnischen Arbeitskräften aus rassischen Gesichtspunkten heraus ~~verhindert~~ werden sollte, haben die Beteiligten bei den Vorbesprechungen keinen Hehl gemacht. Das ergibt sich sowohl aus dem Vermerk über die Ausführungen Heydrichs vom 30. Januar 1940 als auch aus der am 2. Februar 1940 im Reichsarbeitsministerium verteilten Aufzeichnung. Diese wurde auch nicht nur den auf der Sitzung im RAM vertretenen Obersten Reichsbehörden, sondern auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums auch den Gauleitern der NSDAP, den Reichsverteidigungskommissaren, den Innenministerien der Länder, den Landesbauernschaften, den Regierungspräsidenten, den Reichspropagandaämtern, den Staatspolizei-leit-stellen, den Ärztekammern, den Verbänden der Hitler-Jugend und der Frauenschaft bekannt gemacht. Selbst diese Dienststellen wurden somit darüber informiert, daß das RSHA Beziehungen zwischen Polen und Deutschen aus rassischen Gründen als unerwünscht ansah und für den Verkehr zwischen polnischen Zivilarbeitern und deutschen Frauen die für Kriegsgefangene geltenden Strafbestimmungen angewendet wissen wollte. Es ist undenkbar, daß bei dieser Sachlage gerade der Referent im Reichssicherheitshauptamt, der die entsprechenden Richtlinien entwerfen sollte, über deren Grundlagen, Ziele und gewünschten Inhalt weniger



erwähnten "Strafverschriften" für verbotenen Geschlechtsverkehr zwischen polnischen Arbeitern und deutschen Frauen entsprechen - wie in der am 2. Februar 1940 im RAI verteilten Aufzeichnung angekündigt - dem Vorgehen, das aufgrund des am 20. November 1939 von Himmler aufgetragenen "Führerbefehls" bei verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen vorgesehen war, nämlich Tötung des Polen, öffentliches Diffamierung und Einweisung in ein Konzentrationslager für die deutsche Frau.

Daraus, daß der Umgang zwischen Deutschen und polnischen Arbeitskräften aus rassistischen Gesichtspunkten heraus verhindert werden sollte, haben die Beteiligten bei den Vorbesprechungen keinen Hehl gemacht. Das ergibt sich sowohl aus dem Vermerk über die Ausführungen Heydrichs vom 30. Januar 1940 als auch aus der am 2. Februar 1940 im Reichsarbeitsministerium verteilten Aufzeichnung. Diese wurde auch nicht nur den auf der Sitzung im RAI vertretenen Obersten Reichsbehörden, sondern auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums auch den Gauleitern der NSDAP, den Reichsverteidigungskommissaren, den Innenministerien der Länder, den Landesbauernschaften, den Regierungspräsidenten, den Reichspropagandaleitern, den Staatspolizei-leitstellen, den Ärztekammern, den Verbänden der Hitler-Jugend und der Freischaft bekannt gemacht. Selbst diese Dienststellen wurden somit darüber informiert, daß das ISDA Beziehungen zwischen einer Freizugsbewerberin von 2 Jahren verurteilt worden Berlin in dem Verfahren 2 zu 171/71 (217/71) zu er am 29. November 1971 vom Landgericht eingestellt worden, daß Abs. 1 StPO im Hinblick darauf geltend gemacht werden sollte. Es ist unübersehbar, daß bei dieser Sachlage gerade der Referent im Reichsicherheitshauptamt, der die entsprechenden Richtlinien entwerfen sollte, über deren Grundlagen, Ziele und gewünschten Inhalt weniger







weniger umfassend informiert wurde als zum Beispiel die nachgeordneten Staatspolizei-leit-stellen oder gar die Angehörigen der Frauenschaft und der Hitler-Jugend überall in Deutschland.

Daß die Vorschriften, nach denen bei bestimmten Sachverhalten gegen polnische Zivilarbeiter beim RSHA "Sonderbehandlung" zu beantragen war, erst nachträglich von Heydrich in das Erlaßwerk eingefügt wurden, ist auch deshalb nicht glaubhaft, weil der Angeschuldigte selbst einräumt, daß er im Verlaufe der Entwurfsarbeiten die einzelnen Bestimmungen, die in das Erlaßwerk aufgenommen werden sollten, in wiederholten Besprechungen mit Heydrich und Müller abgestimmt hat. Es ist ausgeschlossen, daß hierbei nicht auch die für Verfehlungen der polnischen Zivilarbeiter vorgesehenen "Strafen" zur Sprache gekommen und im einzelnen genau festgelegt worden sind. Selbst wenn der Angeschuldigte - wie er angibt - in seinen Entwürfen tatsächlich nur von "schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen" gesprochen haben sollte, dürfte er damit die Exekution der betroffenen Polen gemeint haben.

Im übrigen treten die Verachtung und der Machtdünkel, aus denen heraus die nationalsozialistischen Machthaber die rücksichtslose und diffamierende Behandlung der polnischen Arbeitskräfte angeordnet hatten und die die Leitlinie für die von dem Angeschuldigten entworfenen Vorschriften waren, in den mit dem Erlaßwerk vom 8. März 1940 herausgegebenen Weisungen so deutlich zu Tage, daß die Behauptung des Angeschuldigten, er habe sich wegen der technischen Schwierigkeit seines Auftrags keine eingehenden Gedanken über die Hintergründe der zu entwerfenden Bestimmungen machen können, schon durch den Inhalt des Erlaßwerkes selbst widerlegt wird.



weniger umfassend informiert wurde als zum Beispiel die nachgeordneten Staatspolizei-leit-stellen oder gar die Angehörigen der Frabenschaft und der Hitler-Jugend überall in Deutschland.

Daß die Vorschriften, nach denen bei bestimmten Sachverhalten gegen polnische Zivilarbeiter beim RSHA "Sonderbehandlung" zu beantragen war, erst nachträglich von Heydrich in das Erlaßwerk eingefügt wurden, ist auch deshalb nicht glaubhaft, weil der Angeklagte selbst einräumt, daß er im Verlaufe der Entwürfe seitens der einzelnen Bestimmungen, die in das Erlaßwerk aufgenommen werden sollten, in wiederholten Besprechungen mit Heydrich und Müller abgestimmt hat. Es ist ausgeschlossen, daß hierbei nicht auch die für Verfehlungen der polnischen Zivilarbeiter vorgesehenen "Strafen" zur Sprache gekommen und im einzelnen genau festgelegt worden sind. Selbst wenn der Angeklagte - wie er angibt - in seinen Entwürfen tatsächlich nur von "schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen" gesprochen haben sollte, dürfte er damit die Exekution der betroffenen Polen gemeint haben.

Der Angeeschuldigte und seine Bruder Willi und Dieter Holznagel zu entwerfenden Bestimmungen machen können, schon durch den Inhalt des Erlaßwerkes selbst widerlegt wird.

AV-Bus, amtliches Kennzeichen A-CO 198, den die Firma Karl Waltenreiter, Augsburg, ihrem Monteur Dieter Mandler zur Verfügung gestellt hatte, mit einem mitgeführten Schlüssel, schlossen nun die vorliegenden Vorschriften waren, in den mit dem Erlaßwerk Zündung kurz und überdrehen gewaltsam das Lenkrad schloß. Kurz darauf wurden sie von dem Zeugen Pol und der polnischen Arbeitskräfte angeordnet hatten und Stempel gestellt.

aus denen heraus die nationalsozialistischen Machthaber die rücksichtslose und diffamierende Behandlung der übrigen traten die Verachtung und der Nachtdunkel, Verleihen, streibar nach §§ 242, 243 Nr. 2, 47 StGB



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
56 Js 914/72

Berlin 21. den 7. November 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Schöffengericht -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 4

Der Arbeiter Rudolf H o l z h a u s e n,  
geboren am 24. Oktober 1949 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 26, Wittenauer Str. 118 (Wohnheim),  
Deutscher, verheiratet,  
bestraft,

Bl. 37R

- Strafregisterauszug wird nachgereicht -

- in dieser Sache vorläufig festgenommen am 28.2.1972  
und in polizeilichen Gewahrsam bis zum 29. 2. 1972 -

wird angeklagt,

in Würzburg  
am 28. Februar 1972

gemeinschaftlich mit seinen Brüdern Willi und Dieter  
Holzhausen

fremde bewegliche Sachen in rechtswidriger Zueignungs-  
absicht weggenommen zu haben,  
wobei sie eine Sache stahlen, die durch eine Schutz-  
vorrichtung gegen Wegnahme besonders gesichert war.



A 16  
P c Bl. 178 ff.

Den fernschriftlichen Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 2 - 382/40 - vom 21. Mai 1940 will der Angeschuldigte nicht entworfen haben. Er gibt an, dieser Erlaß müsse von einer höheren Stelle, wahrscheinlich sogar von der Adjutantur des RFSS herausgegeben worden sein, nachdem die ersten "Sonderbehandlungsanträge" dort vorgelegen hätten und Himmler sich entschlossen habe, die Entscheidung über diese Anträge von dem Ergebnis der rassischen Begutachtung der Betroffenen abhängig zu machen. Diese Einlassung dürfte jedoch als Schutzbehauptung zu werten sein. Aufgrund des Aktenzeichens des Erlasses ist zumindest der hinreichende Verdacht begründet, daß - ebenso wie das Erlaßwerk vom 8. März 1940 und verschiedene vom Angeschuldigten danach herausgegebene Erlasse - auch diese Weisung im Polenreferat des RSHA ausgearbeitet wurde.

A 20, A 21  
P c Bl. 295

An die Erlasse des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 2 - 3382/40 - vom 10. Juli 1940, die die Überführung polnischer Kriegsgefangener in das Zivilarbeiterverhältnis regeln, will sich der Angeschuldigte nicht mehr erinnern können. Er trägt vor, er wolle nicht ausschließen, daß er an den Vorarbeiten für diese Erlasse beteiligt war; es sei aber auch möglich, daß sie erst entworfen wurden, nachdem er um den 1. Juli 1940 herum aus dem Polenreferat ausgeschieden sei.

P c Bl. 183ff.,  
296

Der Angeschuldigte bestreitet, daß er an den Entwurfsarbeiten für die Erlasse des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 2 - 3382/40 - vom 3. September 1940 beteiligt gewesen sei. Er räumt zwar ein, daß verschiedene Einzelfragen, die in diesen Erlassen geregelt worden sind, bereits erörtert wurden, als er das Polenreferat noch geleitet habe, die Entscheidungen über diese Fragen, insbesondere



bei nicht feststellbaren Firmen einen Kassettenrecorder  
Marke BASF, einen Wecker Krups, einen Wecker Siemens  
und zwei Batterien sowie bei der Firma A d o l p h s  
in Berlin 52, Kurt-Schumacher-Damm 2 diverse Parfumerie-  
artikel im Gesamtwert von 121,50 DM.

Vergehen, strafbar nach den §§ 242, 47 StGB,  
§§ 1, 3 JGG.

Beweismittel:

Bl. 33-35 I. Angaben der Angeeschuldigten

II. Zeuge:

Bl. 21 Ralf F u l g e,  
Berlin 21, Lehrter Straße 74,

Bl. 12, 14 III. Gutachten über die Blutalkoholbestimmung

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und  
die Anklage zur Hauptverhandlung  
vor dem Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter - zuzulassen.

Staatsanwältin.







über die Behandlung der Ukrainer, seien aber erst später getroffen worden. Beweismittel, mit denen diese Einlassung widerlegt werden kann, liegen nicht vor.

P c Bl. 92, 95f.,  
Bl. XVIII/30, 33f.,  
P c Bl. 298

Den Vorwurf, als Leiter des Referats IV D (ausl. Arb.) alle in der Zeit von April 1941 bis Sommer 1943 vom Polenreferat des RSHA herausgegebenen weiteren Erlasse über die "Sonderbehandlung" der polnischen Zivilarbeiter mitgezeichnet zu haben, weist der Angeschuldigte zurück. Er gibt an, das Polenreferat habe ein in sich abgeschlossenes Arbeitsgebiet ohne Berührungspunkte zu Fragen der Behandlung anderer Ausländergruppen gehabt, so daß er sich in die Arbeit dieses Referats grundsätzlich nicht habe einzuschalten brauchen; er wolle zwar nicht ausschließen, daß er gelegentlich auch in Fragen der Behandlung polnischer Zivilarbeiter beteiligt worden sei, dies sei aber im Zusammenhang mit dem Erlaß vom 5. Juli 1941, der ihm überhaupt nicht mehr Erinnerung sei, mit Sicherheit nicht geschehen.

R 12 Bl. 31, 61f. =  
Bl. XVIII/156, 193f.

C 3 Bl. 4 ff.

R 74 Bl. 92

Diese Angaben werden durch den Zeugen Dr. Deumling, der das Referat IV D 2 von Sommer 1941 bis April 1943 leitete, im wesentlichen bestätigt. Er hat ausgesagt, daß die Zusammenarbeit zwischen den Referaten IV D 2 und IV D (ausl. Arb.) seinerzeit nicht so streng geregelt gewesen sei, wie es nach der Amtschefverfügung vom 2. August 1943 den Anschein habe; er oder ROI Oppermann hätten den Angeschuldigten nur insoweit von anstehenden Sachfragen verständigt, als sie dies für erforderlich gehalten hätten, von neu herausgegebenen Erlassen hätten sie ihm insbesondere dann, wenn sie auf ausdrückliche Weisung Himmlers ergingen, erst nachträglich Kenntnis gegeben. Demgegenüber hat jedoch der Zeuge Thomsen, der das Polenreferat als Nachfolger Dr. Deumlings bis Kriegsende führte, erklärt, daß alle in diesem Referat entworfenen Erlasse



klart, daß alle in diesem Referat entworfenen Erlasse  
Nachfolger Dr. Deumling's bis Kriegsende führte, er-  
doch der Zeuge Thomsen, der das Polenreferat als  
Bl. 10 3) die Schülerin Gabriele Kroschning  
geboren am 23. Januar 1958 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 54, Lindauer Allee 7,  
Deutsche, ledig,  
nach eigenen Angaben nicht vorbelastet  
und nicht vorbestraft,  
Strafregisterauszug folgt -  
gesetzliche Vertreter: Eltern  
Helmut und Hildegard Rosching geb. Dingel,  
wohnhaft ebenda,  
der das Referat IV D 2 von Sommer 1943 bis April 1945  
Diese Angaben werden durch den Zeugen Dr. Deumling,  
werden angeklagt,  
nicht geschehen.  
überhaupt nicht mehr erinnerlich sei, mit Sicherheit  
in Berlin am 16. Juni 1972  
Zivilarbeiter betraut, dies sei aber im  
Gelegenheit auch in Fragen der Behandlung politischer  
die Angeschuldigte Gabriele Krosching  
als Jugendliche mit Verantwortungsreife  
der Gruppen gehabt, so daß er sich in die Arbeit der  
gemeinschaftlich und fortgesetzt handelnd  
in sich abgeschlossenes Arbeitsgebiet ohne Berüh-  
fremde bewegliche Sachen einer anderen in der  
Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen  
zu haben.  
Die Angeschuldigten entwendeten gemäß gemein-  
samen Tatplan und in gemeinsamer Tatausführung  
in dem Kaufhaus Neckermann in Berlin-Charlotten-  
burg, Wilnersdorfer Straße 109-111 einen  
Plattenspieler, zwei Tonbandgeräte und eine  
Conferette im Gesamtort von 225,- DM sowie  
über die Behandlung der Ukrainer, seien aber erst



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
Berlin 21, den 30. November 1972  
bei dem Landgericht Berlin  
65 Ja 1026/72  
Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

Jugendliche zu 3)

Ank. 1. a. s. c. h. r. i. t.

Bl. 9 1) Die Putzfrau Hildgard Berta K o s c h n i n G.  
Geborene W i n e r.  
Geboren am 22. Januar 1939 in Berlin,  
Wohnhaft in Berlin 51, Lindauer Allee 7,  
Deutsche, verheiratet,  
nach eigenen Angaben einschlägig bestraft,  
- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 17

Verteidiger: Rechtsanwalt Rolf-E. Glincke,  
Berlin 52, Ollenhauerstraße 136,

Bl. 11

2) die Schneiderin Eva Martha Maria T i l l e y  
Geborene K u t e r,  
Geboren am 27. Februar 1936 in Berlin,  
Wohnhaft in Berlin 51, Arndtsweg 23,  
Deutsche, geschieden,  
nach eigenen Angaben einschlägig bestraft,  
- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 43

Verteidiger: Rechtsanwalt Rolf-E. Glincke,  
Berlin 52, Ollenhauerstraße 136,



über die Behandlung der polnischen Zivilarbeiter dem Referat IV D (ausl. Arb.) zur Mitzeichnung zugeleitet worden seien, da es ja gerade die Aufgabe dieses Referats gewesen sei, die für die verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeiter ergehenden Vorschriften aufeinander abzustimmen. Da diese Aussage vor allem den Zeitraum nach dem Ausscheiden des Angeschuldigten aus dem RSHA betrifft, kann aus ihr ein hinreichender Verdacht, daß der Angeschuldigte den Erlaß vom 5. Juli 1941 oder weitere Folgeerlasse des Polenreferats für das Vorgehen gegen polnische Zivilarbeiter mitgezeichnet hat, aber nicht hergeleitet werden.

P c Bl. 73 ff.=  
Bl.XVII/201 ff.  
P c Bl. 196 ff.  
P c Bl. 302 ff.  
A 37, A 38, A 39

Der Angeschuldigte gibt zu, in Zusammenarbeit mit ROI Oppermann das Erlaßwerk vom 20. Februar 1942 entworfen und die Vorschriften auch in direkter Verhandlung mit anderen Obersten Reichsbehörden abgestimmt zu haben. In seiner abschließenden Vernehmung hat er auch nicht mehr bestritten, an der Herausgabe des im Zusammenhang mit diesem Erlaßwerk stehenden Erlasses des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 2 c 1003/43 - vom 19. Januar 1942 beteiligt gewesen zu sein; auf die Darstellung S. 419 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 wird insoweit Bezug genommen. Unter anderem hat der Angeschuldigte zu den unter dem 20. Februar 1942 herausgegebenen Weisungen folgendes ausgesagt:

A 36

P c Bl. 304 f.

Ihm sei nicht mehr in Erinnerung, weshalb seinerzeit nicht nur ein Erlaß über die Behandlung der Ostarbeiter, sondern ein solcher für alle "Fremdarbeiter" aus dem Osten erstellt worden sei. Er wisse aber noch genau, daß er von seinen Vorgesetzten, deren machts- und rassen-politische Konzeption ihm nunmehr bekannt gewesen sei, bereits fest Weisungen für den Inhalt der zu entwerfenden Vorschriften erhalten habe; die auf S. 418 des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 geäußerten Zweifel an seinen diesbezüglichen Angaben



Über die Behandlung der politischen Zivilisten der  
Rasse III B (auch. Ind.) zur Entscheidung zugewiesen  
worden seien, da es ja gerade die Aufgabe dieser In-  
stanz gewesen sei, die für die verschiedenen Gruppen  
entsprechender Anordnungen ergangenen Vorschriften auf-  
einander abzustimmen. In diese Aussage vor allem der  
Zeitraum nach dem Ausscheiden des Angeeschuldigten  
aus dem KZSA bezieht, kann aus ihr ein hinreichender  
Verdacht, daß der Angeeschuldigte den Inhalt von  
5. Juli 1941 oder weitere Folgeerlasse des Führer-  
befehls für die Vorgehen gegen politische Zivilisten  
mitgeteilt hat, aber nicht hergeleitet werden.

P. 11. 73 ff. - Der Angeeschuldigte gibt an, in Zusammenarbeit mit SS  
11. XVII. 1941/1942, 1943/1944, 1945/1946, 1947/1948, 1949/1950, 1951/1952, 1953/1954, 1955/1956, 1957/1958, 1959/1960, 1961/1962, 1963/1964, 1965/1966, 1967/1968, 1969/1970, 1971/1972, 1973/1974, 1975/1976, 1977/1978, 1979/1980, 1981/1982, 1983/1984, 1985/1986, 1987/1988, 1989/1990, 1991/1992, 1993/1994, 1995/1996, 1997/1998, 1999/2000, 2001/2002, 2003/2004, 2005/2006, 2007/2008, 2009/2010, 2011/2012, 2013/2014, 2015/2016, 2017/2018, 2019/2020, 2021/2022, 2023/2024, 2025/2026, 2027/2028, 2029/2030, 2031/2032, 2033/2034, 2035/2036, 2037/2038, 2039/2040, 2041/2042, 2043/2044, 2045/2046, 2047/2048, 2049/2050, 2051/2052, 2053/2054, 2055/2056, 2057/2058, 2059/2060, 2061/2062, 2063/2064, 2065/2066, 2067/2068, 2069/2070, 2071/2072, 2073/2074, 2075/2076, 2077/2078, 2079/2080, 2081/2082, 2083/2084, 2085/2086, 2087/2088, 2089/2090, 2091/2092, 2093/2094, 2095/2096, 2097/2098, 2099/2100, 2101/2102, 2103/2104, 2105/2106, 2107/2108, 2109/2110, 2111/2112, 2113/2114, 2115/2116, 2117/2118, 2119/2120, 2121/2122, 2123/2124, 2125/2126, 2127/2128, 2129/2130, 2131/2132, 2133/2134, 2135/2136, 2137/2138, 2139/2140, 2141/2142, 2143/2144, 2145/2146, 2147/2148, 2149/2150, 2151/2152, 2153/2154, 2155/2156, 2157/2158, 2159/2160, 2161/2162, 2163/2164, 2165/2166, 2167/2168, 2169/2170, 2171/2172, 2173/2174, 2175/2176, 2177/2178, 2179/2180, 2181/2182, 2183/2184, 2185/2186, 2187/2188, 2189/2190, 2191/2192, 2193/2194, 2195/2196, 2197/2198, 2199/2200, 2201/2202, 2203/2204, 2205/2206, 2207/2208, 2209/2210, 2211/2212, 2213/2214, 2215/2216, 2217/2218, 2219/2220, 2221/2222, 2223/2224, 2225/2226, 2227/2228, 2229/2230, 2231/2232, 2233/2234, 2235/2236, 2237/2238, 2239/2240, 2241/2242, 2243/2244, 2245/2246, 2247/2248, 2249/2250, 2251/2252, 2253/2254, 2255/2256, 2257/2258, 2259/2260, 2261/2262, 2263/2264, 2265/2266, 2267/2268, 2269/2270, 2271/2272, 2273/2274, 2275/2276, 2277/2278, 2279/2280, 2281/2282, 2283/2284, 2285/2286, 2287/2288, 2289/2290, 2291/2292, 2293/2294, 2295/2296, 2297/2298, 2299/2300, 2301/2302, 2303/2304, 2305/2306, 2307/2308, 2309/2310, 2311/2312, 2313/2314, 2315/2316, 2317/2318, 2319/2320, 2321/2322, 2323/2324, 2325/2326, 2327/2328, 2329/2330, 2331/2332, 2333/2334, 2335/2336, 2337/2338, 2339/2340, 2341/2342, 2343/2344, 2345/2346, 2347/2348, 2349/2350, 2351/2352, 2353/2354, 2355/2356, 2357/2358, 2359/2360, 2361/2362, 2363/2364, 2365/2366, 2367/2368, 2369/2370, 2371/2372, 2373/2374, 2375/2376, 2377/2378, 2379/2380, 2381/2382, 2383/2384, 2385/2386, 2387/2388, 2389/2390, 2391/2392, 2393/2394, 2395/2396, 2397/2398, 2399/2400, 2401/2402, 2403/2404, 2405/2406, 2407/2408, 2409/2410, 2411/2412, 2413/2414, 2415/2416, 2417/2418, 2419/2420, 2421/2422, 2423/2424, 2425/2426, 2427/2428, 2429/2430, 2431/2432, 2433/2434, 2435/2436, 2437/2438, 2439/2440, 2441/2442, 2443/2444, 2445/2446, 2447/2448, 2449/2450, 2451/2452, 2453/2454, 2455/2456, 2457/2458, 2459/2460, 2461/2462, 2463/2464, 2465/2466, 2467/2468, 2469/2470, 2471/2472, 2473/2474, 2475/2476, 2477/2478, 2479/2480, 2481/2482, 2483/2484, 2485/2486, 2487/2488, 2489/2490, 2491/2492, 2493/2494, 2495/2496, 2497/2498, 2499/2500, 2501/2502, 2503/2504, 2505/2506, 2507/2508, 2509/2510, 2511/2512, 2513/2514, 2515/2516, 2517/2518, 2519/2520, 2521/2522, 2523/2524, 2525/2526, 2527/2528, 2529/2530, 2531/2532, 2533/2534, 2535/2536, 2537/2538, 2539/2540, 2541/2542, 2543/2544, 2545/2546, 2547/2548, 2549/2550, 2551/2552, 2553/2554, 2555/2556, 2557/2558, 2559/2560, 2561/2562, 2563/2564, 2565/2566, 2567/2568, 2569/2570, 2571/2572, 2573/2574, 2575/2576, 2577/2578, 2579/2580, 2581/2582, 2583/2584, 2585/2586, 2587/2588, 2589/2590, 2591/2592, 2593/2594, 2595/2596, 2597/2598, 2599/2600, 2601/2602, 2603/2604, 2605/2606, 2607/2608, 2609/2610, 2611/2612, 2613/2614, 2615/2616, 2617/2618, 2619/2620, 2621/2622, 2623/2624, 2625/2626, 2627/2628, 2629/2630, 2631/2632, 2633/2634, 2635/2636, 2637/2638, 2639/2640, 2641/2642, 2643/2644, 2645/2646, 2647/2648, 2649/2650, 2651/2652, 2653/2654, 2655/2656, 2657/2658, 2659/2660, 2661/2662, 2663/2664, 2665/2666, 2667/2668, 2669/2670, 2671/2672, 2673/2674, 2675/2676, 2677/2678, 2679/2680, 2681/2682, 2683/2684, 2685/2686, 2687/2688, 2689/2690, 2691/2692, 2693/2694, 2695/2696, 2697/2698, 2699/2700, 2701/2702, 2703/2704, 2705/2706, 2707/2708, 2709/2710, 2711/2712, 2713/2714, 2715/2716, 2717/2718, 2719/2720, 2721/2722, 2723/2724, 2725/2726, 2727/2728, 2729/2730, 2731/2732, 2733/2734, 2735/2736, 2737/2738, 2739/2740, 2741/2742, 2743/2744, 2745/2746, 2747/2748, 2749/2750, 2751/2752, 2753/2754, 2755/2756, 2757/2758, 2759/2760, 2761/2762, 2763/2764, 2765/2766, 2767/2768, 2769/2770, 2771/2772, 2773/2774, 2775/2776, 2777/2778, 2779/2780, 2781/2782, 2783/2784, 2785/2786, 2787/2788, 2789/2790, 2791/2792, 2793/2794, 2795/2796, 2797/2798, 2799/2800, 2801/2802, 2803/2804, 2805/2806, 2807/2808, 2809/2810, 2811/2812, 2813/2814, 2815/2816, 2817/2818, 2819/2820, 2821/2822, 2823/2824, 2825/2826, 2827/2828, 2829/2830, 2831/2832, 2833/2834, 2835/2836, 2837/2838, 2839/2840, 2841/2842, 2843/2844, 2845/2846, 2847/2848, 2849/2850, 2851/2852, 2853/2854, 2855/2856, 2857/2858, 2859/2860, 2861/2862, 2863/2864, 2865/2866, 2867/2868, 2869/2870, 2871/2872, 2873/2874, 2875/2876, 2877/2878, 2879/2880, 2881/2882, 2883/2884, 2885/2886, 2887/2888, 2889/2890, 2891/2892, 2893/2894, 2895/2896, 2897/2898, 2899/2900, 2901/2902, 2903/2904, 2905/2906, 2907/2908, 2909/2910, 2911/2912, 2913/2914, 2915/2916, 2917/2918, 2919/2920, 2921/2922, 2923/2924, 2925/2926, 2927/2928, 2929/2930, 2931/2932, 2933/2934, 2935/2936, 2937/2938, 2939/2940, 2941/2942, 2943/2944, 2945/2946, 2947/2948, 2949/2950, 2951/2952, 2953/2954, 2955/2956, 2957/2958, 2959/2960, 2961/2962, 2963/2964, 2965/2966, 2967/2968, 2969/2970, 2971/2972, 2973/2974, 2975/2976, 2977/2978, 2979/2980, 2981/2982, 2983/2984, 2985/2986, 2987/2988, 2989/2990, 2991/2992, 2993/2994, 2995/2996, 2997/2998, 2999/3000, 3001/3002, 3003/3004, 3005/3006, 3007/3008, 3009/3010, 3011/3012, 3013/3014, 3015/3016, 3017/3018, 3019/3020, 3021/3022, 3023/3024, 3025/3026, 3027/3028, 3029/3030, 3031/3032, 3033/3034, 3035/3036, 3037/3038, 3039/3040, 3041/3042, 3043/3044, 3045/3046, 3047/3048, 3049/3050, 3051/3052, 3053/3054, 3055/3056, 3057/3058, 3059/3060, 3061/3062, 3063/3064, 3065/3066, 3067/3068, 3069/3070, 3071/3072, 3073/3074, 3075/3076, 3077/3078, 3079/3080, 3081/3082, 3083/3084, 3085/3086, 3087/3088, 3089/3090, 3091/3092, 3093/3094, 3095/3096, 3097/3098, 3099/3100, 3101/3102, 3103/3104, 3105/3106, 3107/3108, 3109/3110, 3111/3112, 3113/3114, 3115/3116, 3117/3118, 3119/3120, 3121/3122, 3123/3124, 3125/3126, 3127/3128, 3129/3130, 3131/3132, 3133/3134, 3135/3136, 3137/3138, 3139/3140, 3141/3142, 3143/3144, 3145/3146, 3147/3148, 3149/3150, 3151/3152, 3153/3154, 3155/3156, 3157/3158, 3159/3160, 3161/3162, 3163/3164, 3165/3166, 3167/3168, 3169/3170, 3171/3172, 3173/3174, 3175/3176, 3177/3178, 3179/3180, 3181/3182, 3183/3184, 3185/3186, 3187/3188, 3189/3190, 3191/3192, 3193/3194, 3195/3196, 3197/3198, 3199/3200, 3201/3202, 3203/3204, 3205/3206, 3207/3208, 3209/3210, 3211/3212, 3213/3214, 3215/3216, 3217/3218, 3219/3220, 3221/3222, 3223/3224, 3225/3226, 3227/3228, 3229/3230, 3231/3232, 3233/3234, 3235/3236, 3237/3238, 3239/3240, 3241/3242, 3243/3244, 3245/3246, 3247/3248, 3249/3250, 3251/3252, 3253/3254, 3255/3256, 3257/3258, 3259/3260, 3261/3262, 3263/3264, 3265/3266, 3267/3268, 3269/3270, 3271/3272, 3273/3274, 3275/3276, 3277/3278, 3279/3280, 3281/3282, 3283/3284, 3285/3286, 3287/3288, 3289/3290, 3291/3292, 3293/3294, 3295/3296, 3297/3298, 3299/3300, 3301/3302, 3303/3304, 3305/3306, 3307/3308, 3309/3310, 3311/3312, 3313/3314, 3315/3316, 3317/3318, 3319/3320, 3321/3322, 3323/3324, 3325/3326, 3327/3328, 3329/3330, 3331/3332, 3333/3334, 3335/3336, 3337/3338, 3339/3340, 3341/3342, 3343/3344, 3345/3346, 3347/3348, 3349/3350, 3351/3352, 3353/3354, 3355/3356, 3357/3358, 3359/3360, 3361/3362, 3363/3364, 3365/3366, 3367/3368, 3369/3370, 3371/3372, 3373/3374, 3375/3376, 3377/3378, 3379/3380, 3381/3382, 3383/3384, 3385/3386, 3387/3388, 3389/3390, 3391/3392, 3393/3394, 3395/3396, 3397/3398, 3399/3400, 3401/3402, 3403/3404, 3405/3406, 3407/3408, 3409/3410, 3411/3412, 3413/3414, 3415/3416, 3417/3418, 3419/3420, 3421/3422, 3423/3424, 3425/3426, 3427/3428, 3429/3430, 3431/3432, 3433/3434, 3435/3436, 3437/3438, 3439/3440, 3441/3442, 3443/3444, 3445/3446, 3447/3448, 3449/3450, 3451/3452, 3453/3454, 3455/3456, 3457/3458, 3459/3460, 3461/3462, 3463/3464, 3465/3466, 3467/3468, 3469/3470, 3471/3472, 3473/3474, 3475/3476, 3477/3478, 3479/3480, 3481/3482, 3483/3484, 3485/3486, 3487/3488, 3489/3490, 3491/3492, 3493/3494, 3495/3496, 3497/3498, 3499/3500, 3501/3502, 3503/3504, 3505/3506, 3507/3508, 3509/3510, 3511/3512, 3513/3514, 3515/3516, 3517/3518, 3519/3520, 3521/3522, 3523/3524, 3525/3526, 3527/3528, 3529/3530, 3531/3532, 3533/3534, 3535/3536, 3537/3538, 3539/3540, 3541/3542, 3543/3544, 3545/3546, 3547/3548, 3549/3550, 3551/3552, 3553/3554, 3555/3556, 3557/3558, 3559/3560, 3561/3562, 3563/3564, 3565/3566, 3567/3568, 3569/3570, 3571/3572, 3573/3574, 3575/3576, 3577/3578, 3579/3580, 3581/3582, 3583/3584, 3585/3586, 3587/3588, 3589/3590, 3591/3592, 3593/3594, 3595/3596, 3597/3598, 3599/3600, 3601/3602, 3603/3604, 3605/3606, 3607/3608, 3609/3610, 3611/3612, 3613/3614, 3615/3616, 3617/3618, 3619/3620, 3621/3622, 3623/3624, 3625/3626, 3627/3628, 3629/3630, 3631/3632, 3633/3634, 3635/3636, 3637/3638, 3639/3640, 3641/3642, 3643/3644, 3645/3646, 3647/3648, 3649/3650, 3651/3652, 3653/3654, 3655/3656, 3657/3658, 3659/3660, 3661/3662, 3663/3664, 3665/3666, 3667/3668, 3669/3670, 3671/3672, 3673/3674, 3675/3676, 3677/3678, 3679/3680, 3681/3682, 3683/3684, 3685/3686, 3687/3688, 3689/3690, 3691/3692, 3693/3694, 3695/3696, 3697/3698, 3699/3700, 3701/3702, 3703/3704, 3705/3706, 3707/3708, 3709/3710, 3711/3712, 3713/3714, 3715/3716, 3717/3718, 3719/3720, 3721/3722, 3723/3724, 3725/3726, 3727/3728, 3729/3730, 3731/3732, 3733/3734, 3735/3736, 3737/3738, 3739/3740, 3741/3742, 3743/3744, 3745/3746, 3747/3748, 3749/3750, 3751/3752, 3753/3754, 3755/3756, 3757/3758, 3759/3760, 3761/3762, 3763/3764, 3765/3766, 3767/3768, 3769/3770, 3771/3772, 3773/3774, 3775/3776, 3777/3778, 3779/3780, 3781/3782, 3783/3784, 3785/3786, 3787/3788, 3789/3790, 3791/3792, 3793/3794, 3795/3796, 3797/3798, 3799/3800, 3801/3802, 3803/3804, 3805/3806, 3807/3808, 3809/3810, 3811/3812, 3813/3814, 3815/3816, 3817/3818, 3819/3820, 3821/3822, 3823/3824, 3825/3826, 3827/3828, 3829/3830, 3831/3832, 3833/3834, 3835/3836, 3837/3838, 3839/3840, 3841/3842, 3843/3844, 3845/3846, 3847/3848, 3849/3850, 3851/3852, 3853/3854, 3855/3856, 3857/3858, 3859/3860, 3861/3862, 3863/3864, 3865/3866, 3867/3868, 3869/3870, 3871/3872, 3873/3874, 3875/3876, 3877/3878, 3879/3880, 3881/3882, 3883/3884, 3885/3886, 3887/3888, 3889/3890, 3891/3892, 3893/3894, 3895/3896, 3897/3898, 3899/3900, 3901/3902, 3903/3904, 3905/3906, 3907/3908, 3909/3910, 3911/3912, 3913/3914, 3915/3916, 3917/3918, 3919/3920, 3921/3922, 3923/3924, 3925/3926, 3927/3928, 3929/3930, 3931/3932, 3933/3934, 3935/3936, 3937/3938, 3939/3940, 3941/3942, 3943/3944, 3945/3946, 3947/3948, 3949/3950, 3951/3952, 3953/3954, 3955/3956, 3957/3958, 3959/3960, 3961/3962, 3963/3964, 3965/3966, 3967/3968, 3969/3970, 3971/3972, 3973/3974, 3975/3976, 3977/3978, 3979/3980, 3981/3982, 3983/3984, 3985/3986, 3987/3988, 3989/3990, 3991/3992, 3993/3994, 3995/3996, 3997/3998, 3999/4000, 4001/4002, 4003/4004, 4005/4006, 4007/4008, 4009/4010, 4011/4012, 4013/4014, 4015/4016, 4017/4018, 4019/4020, 4021/4022, 4023/4024, 4025/4026, 4027/4028, 4029/4030, 4031/4032, 4033/4034, 4035/4036, 4037/4038, 4039/4040, 4041/4042, 4043/4044, 4045/4046, 4047/4048, 4049/4050, 4051/4052, 4053/4054, 4055/4056, 4057/4058, 4059/4060, 4061/4062, 4063/4064, 4065/4066, 4067/4068, 4069/4070, 4071/4072, 4073/4074, 4075/4076, 4077/4078, 4079/4080, 4081/4082, 4083/4084, 4085/4086, 4087/4088, 4089/4090, 4091/4092, 4093/4094, 4095/4096, 4097/4098, 4099/4100, 4101/4102, 4103/4104, 4105/4106, 4107/4108, 4109/4110, 4111/4112, 4113/4114, 4115/4116, 4117/4118, 4119/4120, 4121/4122, 4123/4124, 4125/4126, 4127/4128, 4129/4130, 4131/4132, 4133/4134, 413







P c Bl. 305 f.

P c Bl. 310

P c Bl. 306

seien nicht gerechtfertigt. Insbesondere entsinne er sich mit absoluter Sicherheit, daß im Rahmen der Entwurfsarbeiten auch wiederholt Vorlagen an Himmler gemacht worden seien und daß dieser sowohl maschinen- als auch handgeschriebene Weisungen für die in den Er- laß aufzunehmenden Strafbestimmungen gegeben habe. Auf solche handschriftlichen Weisungen seien insbe- sondere die Passage "Die Sonderbehandlung erfolgt durch den Strang" und die Vorschrift, daß die Lager mit Stacheldraht zu umzäunen seien, zurückzuführen. Er selbst habe bei dem Zustandekommen des Erlaßwerkes nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Neben Himmler hätten Heydrich, Müller oder Dr. Weinmann alle wesent- lichen Verhandlungen geführt und die Entscheidungen getroffen. Soweit er selbst an Besprechungen teilge- nommen habe, sei er nur im Rahmen enger Weisungen tätig gewesen; er habe die Auffassung seiner Dienst- stelle vorgetragen und die Stellungnahmen der ande- ren Behörden entgegengenommen, um sie seinen Vorgesetz- setzten zugänglich zu machen.

Diese Angaben des Angeschuldigten sind nicht zu wider- legen. Zwar besteht ein erheblicher Verdacht, daß der Angeschuldigte aufgrund eigener Initiative und einer weitergehenden Handlungsbefugnis einen erheblichen größeren Beitrag zum Zustandekommen des Erlaßwerkes vom 20. Februar 1942 geleistet hat, als er es heute wahrhaben will. Dieser Verdacht kann aber mangels ausreichender Beweismittel nicht mit hinreichender Sicherheit belegt werden.

P c Bl. 99 =  
Bl.XVIII/39  
P c Bl. 100 =  
Bl.XVIII/40  
P c Bl. 310 ff.

A 46, A 51

Der Angeschuldigte gibt auch zu, die vom Referat IVVD (ausl. Arb.) herausgegebenen Folgeerlasse über die Behandlung der Ostarbeiter, insbesondere die Be- stimmungen des Reichsführers SS und Chefs der Deut- schen Polizei - S IV D 293/42 (ausl. Arb.) - vom 27. Mai und 18. Juli 1942 entworfen und durch Ver- handlungen vorbereitet zu haben. Er will jedoch auch



V 46. V 51

P c Bl. 310 ff.  
Bl. XVII/40  
P c Bl. 100  
Bl. XVII/39  
P c Bl. 99

2) einer Dienststelle des Staates wider besseres Wissen die Begehung einer Straftat vergeträuscht zu haben.

Der Angeeschuldigte befuhr mit seinem Pkw B-VH 205 gegen 04.30 Uhr unter alkoholischer Beeinflussung (Blutalkoholkonzentration zur Zeit der Blutentnahme um 05.55 Uhr: 1,02 g/100) in Berlin 27, die Beatestraße, Jörsstraße und bog nach rechts in die Friederikestraße ein, wobei er mit einer Geschwindigkeit von ca. 100 km/h fuhr, sowie beim Einbiegen nach links zunächst auf die linke Fahrbahn geriet.

Anschließend erschien der Angeeschuldigte auf dem Revier 300 und gab gegenüber dem POM Paulke an, daß sein Pkw entwendet worden sei. Diese Angaben wiederholte er auch am 12. September 1972 gegenüber dem KHM Prüfer, obwohl er wußte, daß diese Angaben nicht der Wahrheit entsprechen.

Hiernach ist der Angeeschuldigte als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen anzusehen.

Vergehen, strafbar gemäß §§ 316, 315 d. StGB, 42 n, 74 StGB, §§ 1, 105 ff. JGG.

Beweismittel:

- Bl. 10 I. Angaben des Angeeschuldigten  
Bl. 16 II. Zeugen:  
Bl. 16R 1) POM Horst K i n d e r m a n n ,  
2) POM Ernst R i e d e l ,  
beide: Pol.-Rev. 297,  
3) Werner Casper,  
1 Berlin 27, Namslaustraße 43,



Abschrift

Staatsanwaltschaft des LG Berlin 24, den 30. November 1972  
bei dem Landgericht Berlin, Turnstraße 91  
5. Ver. Js. 365/72 Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendrichter -

Anklageschrift

B1.7/R Der Kfz-Schlosser Michael Armin Hübner,  
geboren am 17. Juni 1952 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 27 (Tegel), Stockumer Straße 13,  
Deutscher, ledig,  
vorbelastet,

- Auskunft aus dem Verkehrszentralregister anbei -  
- Strafregistrauszug folgt -

B1.7) gesetzliche Vertreter: Eltern Alfred und Renate Hübner,  
wohnhaft ebenda,

B1.6 Verteidiger: Rechtsanwalt Hans-Reiner Padberg  
1 Berlin 27, Berliner Straße 10,

wird angeklagt,

in Berlin  
am 31. August 1972  
als Heranwachsender  
durch zwei selbständige Handlungen

1) im Verkehr ein Fahrzeug geführt zu haben, obwohl  
er infolge des Genusses alkoholischer Getränke  
nicht in der Lage war, das Fahrzeug sicher zu  
führen,



insoweit nur im Rahmen enger Weisungen seiner Vorgesetzten gehandelt haben.

P c Bl. 108 =  
Bl.XVIII/49 ff.  
A 65

An der Herausgabe des Geheimerlasses des Reichssicherheitshauptamtes - IV D 5 B.Nr. 2846/42g - vom 29. Januar 1943, der die Behandlung und die Exekutionen jugendlicher Ostarbeiter regelte, will er jedoch nicht beteiligt gewesen sein. Da dieser Erlaß ein Aktenzeichen des sogenannten "Rußlandreferats" des RSHA trägt und konkrete Hinweise auf eine Mitwirkung des Referats IV D (ausl. Arb.) nicht vorliegen, ist diese Behauptung des Angeeschuldigte nicht zu widerlegen.

P c Bl. 319 ff.

Zu dem Merkblatt über die Grundsätze für die Behandlung der ausländischen Arbeiter" vom 15. April 1943 hat der Angeeschuldigte ausgesagt:

Er könne sich nicht daran erinnern, jemals an einer Besprechung im Propagandaministerium teilgenommen zu haben. Er entsinne sich lediglich, daß er vom Amtschef Müller den Auftrag erhalten habe, an dem Entwurf eines Merkblattes mitzuarbeiten, für das bereits ein Vorentwurf des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vorgelegen habe. An dieser Arbeit seien aber auch noch andere Stellen des RSHA, u.a. vermutlich das Amt III, beteiligt gewesen. Er könne heute nicht mehr sagen, mit welchen Angehörigen des Propagandaministeriums er damals verhandelt habe. Amtschef Müller habe ihm gegenüber als Arbeitsrichtlinie festgelegt, daß an dem bisherigen Inhalt der staatspolizeilichen Bestimmungen nichts geändert, ein Hinweis auf die Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Behandlung der ausländischen Arbeiter und insbesondere der Ostarbeiter in das Merkblatt aber aufgenommen werden dürfe. Daß eine derartige Weisung von höherer Stelle tatsächlich vorgelegen habe, bestätige die vorliegende Aufzeichnung über die Sitzung des

C 17 Bl. 126







4. Dezember 1972

9 467 01 45 0

Gen.

An den  
Personalrat des Kammergerichts

Betrifft: Dienstleistungszeugnisse für die Justiz-  
assistenten z.A. N ü l d g e , M u m m ,  
P i e p e r und R o s a l s k i .

Bezug: Ihr Schreiben vom 23. November 1972

Gemäß § 66 Abs. 3 des PersVG teile ich Ihnen mit, daß ich  
Ihren Einwand nicht berücksichtigen kann.

Entscheidend für die dienstliche Beurteilung eines Beamten  
ist nach wie vor seine Leistung am Arbeitsplatz und nicht  
seine Selbsteinschätzung. Es kann daher nicht darauf  
ankommen, ob sich die Beurteilten in der Aussprache mit  
dem Personalrat für unbedenklich "ausreichend" gehalten  
haben.

Auf die sonstigen Bemerkungen, die der Personalrat bei  
dieser Gelegenheit machen zu müssen glaubte, möchte ich  
folgendes erwidern:

Zutreffend ist die Tatsache, daß die Mitarbeiter im Geschäfts-  
stellenbereich häufiger den Arbeitsplatz wechseln müssen  
als andere Bedienstete. Das liegt einmal an der Zahl der  
Fehlstellen im mittleren Dienst und zum anderen an der  
Tatsache, daß die Angehörigen dieser Beamtengruppe einen  
relativ hohen Krankenstand aufzuweisen haben (er betrug in  
den letzten 2 Jahren zwischen 7,7 und 10,5 %). Mit Sicher-  
heit läßt sich sagen, daß der schlechte Gesundheitszustand  
weder auf Überarbeitung, noch auf das Alter zurückzuführen  
ist. Dennoch haben unter gleichen Bedingungen in den letzten  
beiden Jahren von 55 Dienstleistungszeugnissen für Justiz-



"Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes" vom 15. April 1943, in der Ausführungen Kaltenbrunners erwähnt seien, nach denen entsprechend einem Befehl Himmlers das sicherheitspolizeiliche Moment bei der Behandlung der ausländischen Arbeiter den Vorrang habe und auch behalten müsse.

P c Bl. 323 ff. Zu dem Verdacht, an den Vorarbeiten für den Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes - III A 5 b Nr. 187 V/43 -176- 3 - vom 30. Juni 1943 beteiligt gewesen zu sein, hat der Angeschuldigte erklärt:

An den Schriftwechsel zwischen Amtschef Müller und SS-Obersturmbannführer Bender habe er keine konkrete Erinnerung mehr. Seiner heutigen Vorstellung nach müsse Müller die Vertreter des Reichsjustizministeriums zu der Arbeitskreissitzung vom 31. März 1943 eingeladen haben; denn in dem von ihm selbst versandten Einladungsschreiben sei das RJM als Empfänger nicht erwähnt worden und er habe sich auch gar nicht selbständig an das RJM wenden dürfen. Lediglich die Themenstellung für die Arbeitskreissitzung müsse ihm mitgeteilt worden sein. Wie sich aus der Aufzeichnung des Referenten Schwarz vom Reichsnährstand ergebe, habe er - der Angeschuldigte - sich an der Auseinandersetzung zwischen Müller und MR Grau vom RJM nicht beteiligt. In welcher Form die in der Arbeitskreissitzung offengebliebenen Fragen zwischen dem RSHA und dem Reichsjustizministerium schließlich "geklärt" worden seien und wer dies getan habe, wisse er nicht. Seiner Ansicht nach müssen die entsprechenden Verhandlungen außerhalb des Amtes IV, wahrscheinlich von dem Gesetzgebungsreferat des RSHA, geführt worden sein; er sei jedenfalls nicht an ihnen beteiligt gewesen.

C 17 Bl. 122ff.

Gegen die Richtigkeit dieser Einlassungen bestehen erhebliche Bedenken, die Angaben sind jedoch mit den



7/09  
"Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes" vom 15. April 1943, in der Ausführungen Kaltenbrunnens erwähnt seien, nach denen entsprechend einem Befehl Himmlers der sicherheitspolizeiliche Moment bei der Behandlung der ausländischen Arbeiter den Vorrang habe und auch behalten müsse.

P c Bl. 323 ff. Zu dem Verdacht, an den Vorarbeiten für den Erlass des Reichssicherheitshauptamtes - III A 5 b Nr. 187 V/43 - 176-3 - vom 30. Juni 1943 beteiligt gewesen zu sein, hat der Angeeschuldigte erklärt:

Es wird beantragt, vor dem Amtsgericht Liegerten die Angelegenheit Hauptverhandlung des Hauptverfahrens zu eröffnen und die Angelegenheit zwischen Amtschef Müller und SS-Sturmführer Bender habe er keine konkrete Erinnerung mehr. Seiner heutigen Vorstellung nach müsse Müller die Vertreter des Reichsjustizministeriums zu der Arbeitskreissitzung vom 31. März 1943 eingeladen haben; denn in dem von ihm selbst versandten Einladungsschreiben sei das RJM als Empfänger nicht erwähnt worden und er habe sich auch gar nicht selbständig an das RJM wenden dürfen. Lediglich die Themenstellung für die Arbeitskreissitzung müsse ihm mitgeteilt worden sein. Als sich aus der Aufzeichnung

C 17 Bl. 122ff. des Referenten Schwarz, der den Sachverhalt ergebe, habe er - der Angeeschuldigte - sich an der Auseinandersetzung zwischen Müller und IR Grau vom RJM nicht beteiligt. In welcher Form die in der Arbeitskreissitzung offengebliebenen Fragen zwischen dem RSHA und dem Reichsjustizministerium schließlich "geklärt" worden seien und wer dies getan habe, wisse er nicht. Bei den Verhandlungen über die entsprechenden Verhandlungen außerhalb des Art. IV, wahrscheinlich von dem Gesetzgebungsreferat des RSHA, geführt worden sein; er sei jedenfalls nicht an ihnen beteiligt gewesen.

2) Rechtsanwalt  
Christian D a n d a f.  
1 Berlin 65, Müllerstr. 52.  
3) Büroangestellte  
Elise S c h i l l e,  
an denen bei Rechtsanwalt Langgatz, 1 Berlin 65, Müllerstr. 52, Bl. 5  
4) Privatdetektiv  
Günther G e n d e r l e,  
1 Berlin 12, Eschenstr. 22, Bl. 5  
5) Bl. 5







aaO S. 433

vorhandenen Beweismitteln nicht zu widerlegen. Trotz intensiver Bemühungen konnten weder dokumentarische Unterlagen noch Zeugenaussagen beschafft werden, die den in dem Sachstandsvermerk vom 15. Juli 1971 geäußerten Verdacht, daß der Angeschuldigte im Frühjahr 1943 den Bemühungen um eine Gleichstellung der Ostarbeiter mit der Masse der übrigen ausländischen Arbeiter aus eigenem Antrieb entgegentrat und an den Verhandlungen mit dem RJM aktiv beteiligt war, weiter erhärten können.

Hiernach ist der Angeschuldigte lediglich hinreichend verdächtig, durch die Vorbereitung und den Entwurf des Erlaßwerkes vom 8. März 1940, der Folgeerlasse vom 21. Mai und 10. Juli 1940 sowie des Erlaßwerkes vom 20. Februar 1942 und der Folgeerlasse vom 27. Mai und 18. Juli 1942 an der "Sonderbehandlung" der in der Eröffnungsverfügung und in dem Beschluß des Untersuchungsrichters vom 7. März 1972 genannten 317 Zivilarbeiter aus Polen und der Sowjetunion beteiligt gewesen zu sein.

Die auf Veranlassung der nationalsozialistischen Machthaber Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Kaltenbrunner und Müller vorbereiteten, angeordneten und durchgeführten "Sonderbehandlungen" waren rechtswidrig. Für die Exekution durch die Geheime Staatspolizei fehlte jede Rechtsgrundlage, sie verstießen gegen die geltenden Gesetze.

Auch nach den damaligen, während des Krieges in verschiedener Hinsicht verschärften Strafgesetzen durfte ein Mensch nur dann hingerichtet werden, wenn er eine durch ein Gesetz oder eine gesetzesgleiche Rechtsnorm mit Strafe bedrohte Handlung begangen hatte und deswegen von einem Gericht zum Tode verurteilt worden war. Dies galt gemäß § 4 RStGB und Ziffer XIV der



aa0 S. 433

vorhandenen Beweismitteln nicht zu widerlegen. Trotz intensiver Bemühungen konnten weder dokumentarische Unterlagen noch Zeugenaussagen beschafft werden, die den in dem Sachverhalt vom 15. Juli 1943 geäußerten Verdacht, daß der Angeeschuldigte im Frühjahr 1943 den Bemühungen um eine Gleichstellung der Ostarbeiter mit der Masse der übrigen ausländischen Arbeiter aus eigenen Antrieb entgegentrat und an den Verhandlungen mit dem RJK aktiv beteiligt war, weiter erhärten können.

Hiernach ist der Angeeschuldigte lediglich hinreichend verdächtig, durch die Vorbereitung und den Entwurf des Erlaßwerkes vom 8. März 1940, der Folgeerlasse vom 21. Mai und 10. Juli 1940 sowie des Erlaßwerkes vom 20. Februar 1942 und der Folgeerlasse vom 27. Mai und 13. Juli 1942 an der "Sonderbehandlung" der in der Ermordungsverfügung und in dem Beschluß des Untergerichtes vom 7. März 1942 genannten 317 Zivilarbeiter aus Polen und der Sowjetunion beteiligt gewesen zu sein.

Der Angeeschuldigte machte die unrichtige Angabe, um der Forderung nicht durchgesetzt werden. Der Angeeschuldigte ab. Gegen S t a l i n a c h den Angeeschuldeten, insbesondere von der Erhebung der Angeeschuldeten der nationalsozialistischen Machthaber Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Kaltenbrunner und Müller vorbereiteten, angeordneten und durchgeführten "Sonderbehandlungen" waren rechtswidrig. Für die Exekution durch die Geheime Staatspolizei leistete bereit sei, angestrichelt. Er teilte darauf die Forderung als begründet anerkennen und Zahlungen § 840 ZPO zur Abgabe einer Erklärung, ob er die S t a l i n a c h hatte, als Drittschuldner gemäß dem nach den damaligen, während des Krieges in verschiedenen Hinsicht verschärfte Strafgesetzen durfte in Höhe von 2.950,- RM gegen den für ihn, den Angeeschuldigten, eine vollstreckbare Forderung der Angeeschuldigte wurde von dem Kaufmann für Strafe bedingte Handlung begangen hatte und deswegen von einem Gericht zum Tode verurteilt worden war. Dies galt gemäß § 4 StGB und Ziffer XIV der



Staatsanwaltschaft bei dem  
Landgericht Berlin, den 30. Nov. 1972  
I Berlin 21, den 30. Nov. 1972  
Telefax: 35 01 11 App. 216  
57. 731/72

An das

Amtsgericht Tiergarten

Einzelrichter

Ab Klage schrift

Der Kaufmann

Bl. 13

Kaufmann Rudolf Eduard, K r a u s e,

Geboren am 16. Oktober 1941 in Berlin,

Wohnhaft in I Berlin 10 (Charlottenburg),

Querfurterstraße 14,

Deutscher, ledig,

nicht beiratet,

- Strafregisterauszug befindet sich bei den Akten -

wird a n g e k l a g t,

in B e r l i n

am 4. März 1971

in der Absicht, sich oder einem Dritten einen  
rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen,  
das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt  
zu haben, daß er durch Vorspiegelung falscher  
Tatsachen einen Irrtum erregte.



D 6 Bl.51ff.,53

vgl. D 6 Bl.52,  
55

Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten (Polenstrafrechtsverordnung) vom 4. Dezember 1941 (RGBl. I S. 757, 760) auch für die zum Arbeitseinsatz ins Reich geholten Zivilarbeiter aus Polen und der Sowjetunion. Die Exekutionen durch die Staatspolizei erfolgten teilweise wegen Handlungen, die - wie der einverständliche Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen - nach allgemeinem Recht überhaupt nicht mit Strafe oder - wie zum Beispiel Körperverletzung oder Diebstahl - nur mit Freiheitsstrafen bedroht waren und für die selbst die Polenstrafrechtsverordnung keine Todesstrafe vorsah, soweit man nicht die Generalklausel in Ziffer I der VO willkürlich weit auslegte. Die Betroffenen wurden nicht nach einem auf Todesstrafe lautenden gerichtlichen Urteil hingerichtet, sondern aufgrund von Verwaltungsanordnungen getötet, die in schriftlichen Verfahren getroffen worden waren und in denen den Betroffenen weder rechtliches Gehör noch eine sonstige Möglichkeit gewährt wurde, sich zu verteidigen. Die Exekutionsanordnungen ergingen nicht als Akte der Rechtssprechung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, sondern als präventiv-polizeiliche Weisungen, die grundsätzlich ohne Rücksicht auf die Motive und die Schuld des Täters aus rasse- und machtpolitischen Gründen gegeben wurden, um die nationalsozialistischen Machthaber beim "Neuaufbau des nationalsozialistischen Staates" und insbesondere bei der Unterdrückung der osteuropäischen Völker zu unterstützen.

Die materiellen gesetzlichen Bestimmungen und die gesetzlichen Verfahrensvorschriften sind für den Bereich der ausländischen Arbeitskräfte weder durch das Schreiben Görings vom 8. März 1940 noch durch die Erlasse des "Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei" rechtswirksam geändert oder außer Kraft gesetzt worden, weil diese keine Normen mit Gesetzeskraft darstellten.



amtlichen Eintragungen zur Person und die Anschrift des früheren Inhabers sowie seine Unterschrift waren durch mechanische Rasur gelöscht worden. Das Lichtbild war ausgewechselt und das auf dem Foto fehlende Stempel-segment zeichnerisch ergänzt worden. Nach Angaben des Zeugen Leist ist der Angeschuldigte schon seit Jahren für die Firma Leist als Kraftfahrer tätig. Wie eine Auskunft des Kraftverkehrsamts ergeben hat, ist ihm jedoch niemals ein Führerschein ausgehändigt worden.

Der Angeschuldigte hat sich nicht zur Sache eingelassen. Er wird aber durch die angeführten Beweismittel überführt worden.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und die Anklage zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten -Schöffengericht- zuzulassen.

D ü n g e l

Erster Staatsanwalt







RGBl. I S.887 =  
D 2 Bl. 1

Das Schreiben Görings an die Obersten Reichsbehörden vom 8. März 1940 trägt das Aktenzeichen "V.P.4984/2", was darauf hindeutet, daß der Inhalt des Schreibens als eine Weisung im Bereich des Beauftragten für den Vierjahresplan gedacht war. In seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan hätte Göring zwar aufgrund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft erlassen können. Das Schreiben vom 8. März 1940 ist aber weder unter Hinweis auf eine Rechtsgrundlage als Rechtsverordnung gekennzeichnet noch als solche im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Es stellt daher lediglich eine interne Verwaltungsanweisung dar, die die materielle Rechtslage nicht änderte.

B 74 Bl. 70

Himmler hatte als "Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei" keine Gesetzgebungsermächtigung. Das wird in einer Vorlage des Referats II A 2 des RSHA an Himmler vom 19. November 1942 besonders hervorgehoben. Aus dem Schreiben Görings vom 8. März 1940 konnte er keine gesetzgeberischen Befugnisse herleiten. Zwar heißt es in diesem Schreiben unter anderem, der RFSS werde die für die einwandfreie Lebensführung der Polen erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen, dies war aber rechtlich bedeutungslos. Zum Übertragen der Befugnis, Rechtsverordnungen zu erlassen, hätte es einer Rechtsverordnung Görings bedurft. Darüber hinaus war Göring in der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 lediglich das Recht eingeräumt worden, selbst Rechtsverordnungen zu erlassen; den anderen Obersten Reichsbehörden konnte er zwar für den Bereich des Vierjahresplanes Weisungen erteilen, er war aber nicht berechtigt, seine Befugnis zum Erlass von Rechtsverordnungen auf andere Behörden zu delegieren. Himmler war daher schon aus formellen Gründen weder berechtigt, die aus den osteuropäischen Gebieten



Sta Weber das Verfahren 1 P Kls 5/72 und diejenigen Pressesachen, deren Bearbeitung er sich vorbehält,

EstA Böhmann die ihm übertragenen Sondersachen, Dez. 2 P die Endziffern 3-6 sowie die Dez. 3 P (K) und 4 P (Aufh.) - jeweils als 2. Sachbearbeiter -,

Sta Müller die ihm übertragenen Sondersachen, die Fluchthelfersachen (als 1. Sachbearbeiter) sowie Dez. 2 P Endziffern 7-0 ,

EstA Prutz die ihm übertragenen Sondersachen sowie die Dez. 3 P (K) und 4 P (Aufh.) - jeweils als 1. Sachbearbeiter - .

2) Sta Stief von der Sta bei dem Kammergericht bearbeitet im Abordnungsverhältnis folgende 3 Verfahren gegen Angehörige bzw. Begünstiger der Baader-Meinhof-Bande:

- 1) 1 P Js 318/72 gegen von dem Knesebeck
- 2) 2 P Js 397/72 gegen Hans-Jürgen Otto
- 3) 2 P Js 160/72 gegen Jürgen Reinirkens
- 4) 2 P Js 156/72 gegen Dorothea Ridder
- 5) 2 P Js 393/72 gegen Lorenz Wilkens
- 6) 2 P Js 330/72 gegen Bernhard Wolff
- 7) 2 P Js 316/72 gegen Renate Wolff
- 8) 1 P Js 417/72 gegen Brigitte Mohnhaupt (Haftsache).

Die übrigen Verfahren gegen Angehörige oder Begünstiger der Baader-Meinhof-Bande werden mit Ausnahme der Verfahren gegen Katharina Hammerschmidt (1 P Js 743/71) und gegen Angela Lutter (2 P Js 404/72), die EstA Böhmann weiterführt, von dem Unterzeichneten bearbeitet, der jedoch andere Dezernenten mit der weiteren Bearbeitung beauftragen kann.

3) Im Dezember 1972 sind abwesend (Urlaub):

- a) Sta Müller noch bis zum 3.12.1972
- b) Sta Löffler vom 15.12. bis 29.12.1972
- c) EstA Thiele ab 27.12.1972 bis 3.1.1973
- d) Sta Priestoph vom 13. bis 20.12.1972
- e) der Unterzeichnete ab 27.12. bis 5.1.1973.



## Abteilungsleiter I

Vfg.

1)a) Die Herren OStA Severin und StA Weber nehmen die Hauptverhandlung gegen Asdonk u.a. als Sitzungsvertreter wahr. Während der Dauer der Hauptverhandlung sind beide von ihrer sonstigen Tätigkeit entbunden. Da die Stammdezernate von Herrn StA Weber und des Unterzeichneten, der anstelle von Herrn OStA Severin z.Zt. die Geschäfte des AL I wahrzunehmen hat, für die Dauer der Hauptverhandlung von anderen Dezernenten zu bearbeiten sind, werden die Stammdezernate neu aufgeteilt.

b) Als Stammdezernat bearbeiten:

EstA Nagel

- neben den Geschäften des AL I -  
die ihm übertragenen Sondersachen,

EstA Bensen

die Rechtsanwaltsachen,  
die Kroatensachen (allein),  
die ihm übertragenen Sondersachen,  
die Hochschulsachen (als 1. Sachbearbeiter)  
sowie Dez. 1 P Endziffern 1, 2 + 3,

StA Priestoph

die ihm übertragenen Sondersachen,  
die Kroatensachen und  
die Hochschulsachen (jeweils als 2. Sachbearbeiter),  
das Dez. 3 P (alt),  
Dez. 1 P Endziffern 3-6 sowie  
Dez. 2 P Endziffern 1 + 2,

EstA Thiele

die ihm übertragenen Sondersachen  
sowie die Brand- und Sprengstoffsachen  
(als 1. Sachbearbeiter),

StA Löffler

die ihm übertragenen Sondersachen,  
die Brand- und Sprengstoffsachen (als 2. Sachbearbeiter),  
die Fluchthelfersachen (als 2. Sachbearbeiter)  
sowie die früher von Herrn StA Weber bearbeiteten Sondersachen (mit Ausnahme der Pressesachen),

StA Heinzelmann

die ihm übertragenen Sondersachen,  
die Pressesachen (mit Ausnahme der Sachen,  
die sich Herr StA Weber zur Bearbeitung vorbehält) sowie  
Dez. 1 P Endziffern 7, 9 + 0,



stammenden ausländischen Arbeitskräfte, die strafbare Handlungen begangen hatten, aus dem Zuständigkeitsbereich der Justizbehörden herauszunehmen und ihre Taten anderweit zu "ahnden", noch konnte er rechtswirksam bestimmen, daß neben den bisher zulässigen präventiv-polizeilichen Zwangsmitteln die "Sonderbehandlung" anzuwenden sei, um "Gefahren abzuwenden".

Die staatspolizeilichen Erlasse und die Exekutionen waren auch nicht deshalb rechtmäßig, weil sie letztlich auf "Befehle" Hitlers zurückgingen. Zwar wurde damals das Schlagwort geprägt, der "Wille des Führers" sei "Gesetz", hierbei handelte es sich aber nur um eine politische Wunschvorstellung der Nationalsozialisten ohne juristische Bedeutung. Nach dem auch damals geltenden Staats- und Verwaltungsrecht hatte der "Führerwille" erst und nur dann gesetzliche Wirkung, wenn er in Form einer ordentlichen Rechtsnorm geäußert und bekannt gemacht worden war, nicht aber schon dann, wenn Hitler nur intern geäußert hatte, wie er sich irgend eine Regelung oder irgend ein Vorgehen wünsche. Daß diese Rechtsauffassung auch im Reichssicherheitshauptamt vertreten wurde, ergibt sich ebenfalls aus der Vorlage des Referats II A 2 vom 19. November 1942.

B 74 Bl.69,70

Im übrigen hätte der "Wille des Führers" die "Sonderbehandlung" der Zivilarbeiter aus den osteuropäischen Ländern auch dann nicht rechtfertigen können, wenn er tatsächlich in Form einer Rechtsnorm geäußert worden wäre. Auch die Anordnungen höchster staatlicher Stellen haben nämlich dann keine rechtssetzende Kraft und keine bindende Wirkung, wenn sie in ihrem Inhalt gegen Grundsätze verstoßen, die bei allen zivilisierten Völkern zum unantastbaren und keine Ausnahmen zulassenden Kernbereich des Rechts gehören. Der Bundesgerichtshof hat dazu ausgeführt:



4) Abschrift dieser Verfügung erhalten mit der Bitte um

Kenntnisnahme:

- a) Herrn Chef
- b) Herrn Gruppenleiter A
- c) der Unterzeichnete
- d) jeder Dezernent der Abteilung I
- e) Wachtmeisterei
- f) Geschäftsstelle 1 P
- g) Geschäftsstelle 2 P
- h) Geschäftsstelle 3 P (K)

B 74 B1.69.70

Berlin 21. den 4. Dezember 1972

(Nagel)

Erster Staatsanwalt

Ha



Zu a) verbleibt es bei der im Geschäftsverteilungsplan vom 30.10.1972 getroffenen Vertretungsregelung;

im übrigen bearbeiten während der Dauer der Abwesenheit:

- Zu b) StA Müller die Herrn StA Löffler übertragenen sowie die früher von Herrn StA Weber bearbeiteten Sondersachen (mit Ausnahme der Pressesachen) und die Fluchthelfersachen (allein),  
ESTa Thiele die Brand- und Sprengstoffsachen (allein) bis zum 22.12.1972;
- zu c) ESTa Böhmann - ab 23.12. bis 31.12.1972 -  
StA Löffler die Brand- und Sprengstoffsachen (allein) - vom 1. bis 3.1.1973 -  
StA Heinzelmann die Brand- und Sprengstoffsachen (allein) die Herrn ESTa Thiele übertragenen Sprengstoffsachen;
- zu d) ESTa Bensen die Hochschulsachen (allein),  
ESTa Böhmann die Herrn StA Priestoph übertragenen Sondersachen und das Dez. 3 P (alt),  
StA Müller Dez. 1 P Endziffern 3-6 und  
StA Heinzelmann Dez. 1 P Endziffer 3 sowie  
Dez. 2 P Endziffern 1 + 2;
- zu e) OSTa Severin die Geschäfte des AL I  
- vom 27.-29.12.72 und die Zeichnung oder Mitzeichnung  
und - aller abschließenden Verfügungen  
ESTa Bensen und Anklagen,  
- vom 2.-5.1.1973- ESTa Bensen unter Entbindung seines  
Stammdezernats, das für diese Zeit  
- 2.-5.1.73 - bearbeitet wird von:
- f) StA Priestoph die Hochschulsachen und  
die Kroatensachen (allein),  
StA Müller die Herrn ESTa Bensen übertragenen  
Sondersachen,  
ESTa Böhmann die Rechtsanwaltssachen,  
StA Löffler Dez. 1 P Endziffer 1 und  
StA Heinzelmann Dez. 1 P Endziffer 2.



D 16 S. 4 ff.

vgl. auch

BGH 2, 173 (177)

BGH 2, 234 (236ff.)

BGH 2, 333 (334)

"... die Freiheit eines Staates, für seinen Bereich darüber zu bestimmen, was Recht und was Unrecht sein solle, möge noch soweit bemessen werden, sie ist doch nicht unbeschränkt. Im Bewußtsein aller zivilisierten Völker besteht bei allen Unterschieden, die die nationalen Rechtsordnungen im einzelnen aufweisen, ein gewisser Kernbereich des Rechts, der nach der allgemeinen Rechtsüberzeugung von keinem Gesetz und keiner obrigkeitlichen Maßnahme verletzt werden darf. Er umfaßt bestimmte als unantastbar angesehene Grundsätze des menschlichen Verhaltens, die sich bei allen Kulturvölkern auf dem Boden übereinstimmender sittlicher Grundanschauungen im Laufe der Zeit herausgebildet haben und die als rechtlich verbindlich gelten, gleichgültig, ob einzelne Vorschriften nationaler Rechtsordnungen zu gestatten schienen, sie zu mißachten. Wo die Grenze zu ziehen ist zwischen dem Bereich, in dem der Staat darüber befinden darf, was Recht und Unrecht sein soll, und jenem anderen Bereich, in dem auch der Staat mit seinen Maßnahmen Bindungen und Beschränkungen unterliegt, ergab sich auch für die Zeit von 1933 bis 1945 aus dem Grundgedanken der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, wie er im Bewußtsein der Allgemeinheit lebt. Mit ihm ist der Gedanke der Gleichheit untrennbar verbunden. Anordnungen, die die Gerechtigkeit nicht einmal anstrebten, den Gedanken der Gleichheit bewußt verleugneten und die allen Kulturvölkern gemeinsamen Rechtsüberzeugungen, die sich auf den Wert und die Würde der menschlichen Persönlichkeit beziehen, deutlich mißachteten, schufen also kein Recht, und ein ihnen entsprechendes Verhalten blieb Unrecht. ... jener unantastbare Kernbereich des Rechts war auch der Willkür Hitlers entzogen und keine noch so weitgehende Ermächtigung, gleichgültig welchen Inhalt sie hatte und auf welcher Grundlage sie erging, konnte ihn von der Verpflichtung entbinden, die Rechtsgebote zu beachten, die zu jenem Bereich gehören. Griff er ... willkürlich in diesen Bereich ein, so ging auch seiner Willenskundgebung jede rechtssetzende Kraft ab."

Zu den verbindlichen Rechtsnormen, deren Geltung durch staatliche Anordnungen nicht wirksam aufgehoben werden kann, gehört auch der Grundsatz,

BGHSt 2, 333(334)

vgl. auch

BGH 2, 173 (175)

"daß einem Menschen, selbst wenn er ein Todeswürdiges Verbrechen begangen hat, dieses Leben nur in Völlziehung eines auf Todesstrafe lautenden Urteils genommen werden darf, nachdem ein Verfahren vorausgegangen ist, in dem ihm das rechtliche Gehör gewährt war und das den Nachweis der Schuld erbracht hat."



D 16 S. 4 ff.

vgl. auch

BRUNNEN 2, 173 (1977)

BRUNNEN 2, 234 (1978ff.)

BRUNNEN 2, 333 (1974)

"... die Freiheit eines Staates, für seinen Bereich darüber zu bestimmen, was Recht und was Unrecht sein solle, könne noch weiter kommen werden, sie ist doch nicht unbeschränkt. Im Bewusstsein aller zivilisierten Völker besteht bei allen Unterschieden, die die nationalen Rechtsordnungen in einzelnen aufweisen, ein gewisser Kernbereich des Rechts, der nach der allgemeinen Rechtsüberzeugung von keinem Gesetz und keiner obrigkeitlichen Maßnahme verletzt werden darf. Er umfasst bestimmte als unantastbar anerkannte Grundätze des menschlichen Verhaltens, die sich bei allen Kulturvölkern auf dem Boden Übereinstimmung der sittlicher Grundanschauungen im Laufe der Zeit herausgebildet haben und die als rechtlich verbindlich gelten, gleichgültig, ob einzelne Vorschriften nationaler Rechtsordnungen zu gestatten schienen, sie zu misachten. Wo die Grenze zu ziehen ist zwischen dem Bereich, in dem der Staat darüber befinden darf, was Recht und Unrecht sein soll, und jenen anderen Bereich, in dem auch der Staat mit seinen Maßnahmen Bindungen und Beschränkungen unterliegt, ergab sich auch für die Zeit von 1933 bis 1945 aus dem Grundgedanken der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, wie er im Bewusstsein der Allgemeinheit lebt. Mit ihm ist der Gedanke der Gleichheit untrennbar verbunden. Anordnungen, die die Gerechtigkeit nicht einmal anstreben, den Gedanken der Gleichheit bewusst verleugnen und die allen Kulturvölkern gemeinsamen Rechtsgrundsätze missachten, schufen also kein Recht, und ein ihnen entsprechendes Verhalten blieb Unrecht. ... jener unantastbare Kernbereich des Rechts war auch der Willkür Hitlers entzogen und keine noch so weitgehende Ermächtigung, gleichgültig welchen Inhalt sie hatte und auf welcher Grundlage sie erging, konnte ihn von der Verpflichtung entbinden, nachstehende Gebote zu beachten, die zu jenen Bereich gehören. Größt er ... willkürlich in diesen Bereich eingegriffen, ging er gegen seine Verpflichtung, jede rechtssetzende Kraft ab."

Erster Staatsanwalt

Nagel

zu beschließen

- Große Strafkammer - zu zulassen

von dem Landgericht Berlin

und die Sache zur Hauptverhandlung

zu eröffnen

BRUNNEN 2, 333 (1974)

vgl. auch

BRUNNEN 2, 173 (1977)

"... ein Mensch, selbst wenn er ein todwürdiges Verbrechen begangen hat, hat nur in Vollziehung eines auf Todesstrafe lautenden Urteils getötet werden darf, nachdem ein Verfahren vorausgegangen ist, in dem ihm das rechtliche Gehör gewährt war und das Nachweis der Schuld erbracht hat."







Die "Sonderbehandlung" der polnischen und sowjetrussischen Zivilarbeiter verstieß gegen diese Grundnormen des Rechts.

P c Bl. 340, 345

Auch der Angeschuldigte war sich - wie er nunmehr selbst einräumt - schon damals bewußt, daß die auf Veranlassung der nationalsozialistischen Machthaber durch die Geheime Staatspolizei durchgeführten Exekutionen rechtswidrig waren.

Die "Sonderbehandlung" polnischer und sowjetrussischer Zivilarbeiter war Teil und Folge der allgemeinen nationalsozialistischen Osteuropa-Politik. Deren Urheber und maßgebliche Vollstrecker waren Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Kaltenbrunner und Müller. Diese müssen - unabhängig von dem Maß ihrer Mitwirkung an den Runderlassen über die Behandlung der Zivilarbeiter aus den osteuropäischen Gebieten und an den gegen die Polen und Russen getroffenen Einzelentscheidungen - als hauptverantwortliche Täter der rechtswidrigen Exekutionen angesehen werden. Ihre Handlungen erfüllen den Tatbestand des Mordes gemäß § 211 StGB alter und neuer Fassung. Sie handelten sowohl mit Überlegung als auch aus niedrigen Beweggründen, denn sie veranlaßten die Tötung der polnischen und sowjetischen Zivilarbeiter im Wege der "Sonderbehandlung" deshalb, weil sie sie als "rassische minderwertige Untermenschen" ansahen, die in ihrem Machtbereich lebten, die sie ohne jede Rücksichtnahme behandeln und denen sie diejenigen rechtlichen Sicherungen versagen konnten, die nach der übereinstimmenden Rechtsüberzeugung der zivilisierten Völker auch demjenigen gebühren, der eine strafbare Handlung begangen hat oder gar einer solchen nur verdächtig ist.

P c Bl. 347

Der Angeschuldigte gibt zu, daß er zumindest ab November/Dezember 1941 die rasse- und machtpolitischen Motive der nationalsozialistischen Machthaber



Zeugen fest und drehten sie um, wobei der Angeschuldigte Joachim die Armbanduhr vom Handgelenk des Zeugen riß und einsteckte, während einer der anderen Angeschuldigten versuchte, einen Ring vom Finger des Zeugen zu ziehen.

Zu 2) Kurze Zeit später näherten sich die Angeschuldigten Joachim und Boese aufgrund eines gemeinsamen Tatplanes dem Pkw des Zeugen Ruschmeyer, der sich in seinem Wagen auf dem Parkplatz des Kaufhauses Brenninkmeyer in Steglitz befand. Sie rissen die Fahrertür auf, zogen den Zeugen aus dem Fahrzeug und warfen ihn auf den Boden. Einer der Angeschuldigten hielt den Zeugen auf dem Boden fest und drohte ihn umzubringen, wenn er nicht seine Papiere herausgebe, während der andere Angeschuldigte die Taschen des Zeugen durchwühlte und aus der linken Hosentasche einen 50,--DM-Schein und zwei 5,--DM-Stücke nahm und einsteckte.

Verbrechen und Vergehen, strafbar gemäß §§ 223, 223a, 232, 249, 250 Abs. 1 Nr. 3, 316a, 42m, 42n, 47, 73, 74 StGB; §§ 1, 3, 105 ff. JGG.

Beweismittel:

I. Angaben der Angeschuldigten

- |               |               |
|---------------|---------------|
| Bl. 23, 29    | a) Joachim,   |
| Bl. 20-21, 30 | b) Boese,     |
| Bl. 86, 100   | c) Müller,    |
| Bl. 77        | d) Münchberg, |
| Bl. 107-108   | e) Kühler,    |
| Bl. 131, 137  | f) Kobbelt.   |



## II. Zeugen:

Bl. 1,3

1. Klaus Rudolph,  
1 Berlin 31 (Wilnersdorf),  
Damaschkestr. 7,

Bl. 10,11

2. Heiner Ruschmeyer,  
1 Berlin 41 (Steglitz),  
Brentanostr. 52.

### Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

Am Abend des 15. Mai 1972 trafen die Angeschuldigten zufällig in dem Lokal "Zum Lauenburger" in Berlin 41, Bismarck/Ecke Horst-Kohl-Straße zusammen. Es wurde beschlossen, noch etwas spazieren zu fahren. Joachim und Boese fuhren in dem Pkw B-NX 430, der dem Angeschuldigten Joachim gehörte. Joachim führte den Pkw, obwohl er keinen Führerschein besitzt und nach eigenen Angaben vorher etwa 10 Glas Bier und 10 Schnäpse getrunken hatte. Außerdem war der Pkw nicht pflicht-versichert. Die von Joachim insoweit begangenen Straftaten wurden gemäß § 154 StPO im Hinblick auf seine folgenden, zur Anklage gebrachten Straftaten vorläufig eingestellt.

Die Angeschuldigten Müller, Müncheberg, Köhler und Kobbert bestiegen den Pkw B-PD 761, der dem Angeschuldigten Müller gehört und den dieser auch führte. Auf dem Beifahrersitz saß der Angeschuldigte Müncheberg, während Köhler und Kobbert auf dem Rücksitz Platz nahmen.

Bl. 108

Nachdem die Angeschuldigten zunächst zum S-Bahnhof Halensee gefahren waren, wo Joachim ausgestiegen war und mit einem Rauschgifthändler verhandelt hatte, ver-

Bl. 3

folgten sie kurz darauf den Pkw des Zeugen Rudolph von der Kreuzung Olivaer Platz/Leibnizstraße bis zur Kreuzung Uhland/Pariser Straße. Auf dieser Strecke, die über die Lietzenburgerstraße, Pfalzburgerstraße und Pariser Straße führte, belästigten die Angeschuldigten den



kannte. Darüber hinaus ist - wie bereits ausgeführt - aufgrund der vorliegenden Unterlagen der hinreichende Verdacht gegeben, daß der Angeschuldigte auch schon bei den Vorarbeiten für das Erlaßwerk vom 8. März 1940 über den wahren Grund für das Vorgehen gegen die polnischen Arbeitskräfte unterrichtet war.

Die vorhandenen Beweismittel reichen jedoch nicht zum Nachweis aus, daß der Angeschuldigte sich die niedrigen Beweggründe der nationalsozialistischen Machthaber zu eigen gemacht hat und selbst aus den gleichen oder ähnlichen Motiven heraus tätig geworden ist. Zwar besteht - wie auf S. 438 ff. des Sachstandsvermerks vom 15. Juli 1971 dargelegt - ein erheblicher Verdacht, daß der Angeschuldigte die niedrigen Beweggründe der Haupttäter gebilligt oder zumindest kritiklos übernommen hat, die zwischenzeitlich geführten weiteren Ermittlungen konnten diesen Verdacht aber nicht erhärten.

Der Angeschuldigte hat in seiner abschließenden Vernehmung zum subjektiven Tatbestand etwa folgendes ausgesagt:

P c Bl. 348 f.

B 37 Bl. 54, 56  
P c Bl. 308

Er habe die anmaßenden macht- und rassepolitischen Gedankengänge der nationalsozialistischen Machthaber weder geteilt noch gebilligt, eine diskriminierende Unterbewertung anderer Völker und Rassen sei ihm fremd. Er habe sich deshalb stets für eine angemessene und nicht "überspannt schroffe" Behandlung insbesondere der Ostarbeiter eingesetzt. Dies werde u.a. durch das Schreiben der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz beim Beauftragten für den Vierjahresplan an den Reichsführer SS vom 27. Januar 1942 bestätigt. Er habe den Ostarbeitern wohlgesonnen gegenübergestanden und deshalb versucht, sowohl dienstlich als auch privat Erkenntnisse über ihr Wesen und ihre Mentalität zu sammeln. So habe er u.a. auch den OKV-Rat



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
1 Ju Js 1150/72

Berlin 21, den 1. Dezember 1972  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

Heranwachsender

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendrichter -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl.2 Der Arbeiter Eduard A r e n d t ,  
geboren am 16. Oktober 1953 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 52, Scharnweberstraße 36 a,  
Deutscher, ledig,  
nach eigenen Angaben nicht bestraft,  
- Strafregisterauszug wird nachgereicht -

Bl.2R gesetzl. Vertreter: Eltern Heribert und Hedwig Arendt,  
Berlin 52, Scharnweberstraße 36 a,

wird angeklagt,

in Berlin

Anfang September 1972

zur Täuschung im Rechtsverkehr unechte Urkunden her-  
gestellt zu haben,

indem er

Bl.1, 3

die Zulassungsstempel an den entstempelten  
Kennzeichenschildern seines Pkw. B-UZ 415  
nachzeichnete, um das Fahrzeug unbeanstandet  
auf dem Mieterparkplatz seines Wohnhauses  
belassen zu können.



Vergehen, strafbar nach § 267 StGB,  
§§ 1, 108 JGG.

Beweismittel: Geständnis.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen  
und die Anklage zur Hauptverhandlung vor  
dem Amtsgericht Tiergarten - Jugendrichter -  
zuzulassen.

B a l k e

Staatsanwalt

131k



vgl. C 19 Bl.3-6 Dr. Andrussow als Sachkenner gebeten, ihm seine Erfahrungen über den richtigen Umgang mit Ostarbeitern zugänglich zu machen. Die gewonnenen Erkenntnisse habe er bei jeder sich bietenden Gelegenheit in die Erlasse einfließen lassen bzw. in Zusammenarbeit mit der DAF bei der Betreuung der Ostarbeiter in die Tat umgesetzt. Dies sei nicht geschehen, um nur - wie man ihm vorwerfe - "Übergriffe über die harten ungesetzlichen Maßnahmen hinaus" zu unterbinden, sondern um den Arbeitskräften trotz dieser Maßnahmen wenigstens ein möglichst erträgliches Leben zu verschaffen. Gewiß seien unter dem Aktenzeichen IV D (ausl. Arb.) und seiner Mitwirkung Vorlagen, Schreiben und Erlasse ergangen, die sich mit rassistischem Gedankengut befassen. Diese Ausarbeitungen seien aber nicht auf seine Initiative zurückzuführen, sondern auf die seiner Vorgesetzten (RFSS und CdS) und der ihnen unterstellten für Rassefragen zuständigen Stellen. Er habe diese Ausarbeitungen übernehmen müssen, weil sie zum Teil mit konventionell-sicherheitspolizeilichen Fragen in Verbindung standen oder Exekutivmaßnahmen beabsichtigt waren. Man könne deshalb auch nicht sagen, daß er einen "erheblichen Teil seiner Arbeitskraft auf die Durchsetzung der NS-Rassegesetze" verwendet habe, dies habe vielmehr nur einen verschwindenden Bruchteil seiner Tätigkeit ausgemacht. Nach seinem Ausscheiden aus dem RSHA seien allein deshalb keine Erlasse rassistischen Inhalts vom Referat IV D (ausl. Arb.) mehr herausgegeben worden, weil der bereits damals erkennbare Ausgang des Krieges nunmehr auch die Führungsspitze veranlaßt habe, den in dem Merkblatt vom 15. April 1943 herausgestellten Grundsätzen auch ihrerseits Rechnung zu tragen. Die rechtswidrigen Handlungen der nationalsozialistischen Machthaber habe er keineswegs gebilligt. Er sei aber als Angehöriger der von Himmler und Heydrich autoritär geleiteten Sicherheitspolizei an die Weisungen seiner Vorgesetzten und der höchsten Instanzen des Reiches

P c Bl. 350

P c Bl. 348

P c Bl. 351

P c Bl. 345 f.



Der Verteidiger widersprach der Verlesung der Aussagen in der ersten Instanz.

Nunmehr nahm der Verteidiger seinen Widerspruch zurück.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft widersprach erneut dem Beweisantrag der Verteidigung.

Der Beweisantrag wurde vom Verteidiger ergänzt und die Ergänzung wurde von ihm verlesen.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft widersprach auch der Ergänzung des Beweisantrages.

Der Verteidiger hatte sich entfernt.

Nach Beratung:

b.u.v.

Der Beweisantrag des Verteidigers wird zurückgewiesen, da die darin behaupteten Tatsachen so behandelt werden können, als wären sie wahr.

Der Verteidiger war wieder anwesend."

pp.

Bl.169

"Auf ausdrückliches Befragen wurden keine weiteren Anträge gestellt.

Die Beweisaufnahme wurde im allseitigen Einverständnis geschlossen."

pp.

Kneisler

Oberstaatsanwalt

Beglaubigt

Justizangestellte







gebunden gewesen, wobei diese Gebundenheit durch die besonders herausgestellte Gehorsamspflicht gegenüber jedem Befehl schier unüberwindlich gewesen sei. Die in den von ihm zusammengestellten Erlassen enthaltenen rechtswidrigen Anordnungen beruhten weder auf seiner Initiative noch seien sie von ihm auch nur gebilligt worden. Sie seien nur deshalb in die Erlasse aufgenommen worden, weil detaillierte Weisungen, die die Führungsspitze des RSHA auch mit anderen Ministerien und Dienststellen abgestimmt gehabt habe, vorgelegen hätten. Wenn er tatsächlich mit den ihm im RSHA gestellten Aufgaben einverstanden gewesen wäre, würde er bis zum Kriegsende dort geblieben sein.

P c Bl. 352

Gegen die Richtigkeit dieser Einlassungen bestehen zwar erhebliche Bedenken. Das vorhandene Beweismaterial reicht jedoch nicht aus, um die Behauptungen zwingend zu widerlegen. Die aufgefundenen Dokumente bestätigen, daß die staatspolizeilichen Erlasse über die Behandlung der ausländischen Arbeiter nicht nur auf Überlegungen im RSHA, sondern zumindest zum Teil auch auf Anordnungen und Wünsche Hitlers und anderer damals maßgebender Personen zurückgehen. Es kann praktisch für keine der gegen die Zivilarbeiter aus dem Osten angeordneten rechtswidrigen Maßnahmen bewiesen werden, daß sie auf eine Initiative des Angeeschuldigten hin getroffen wurde. Der Angeschuldigte hat zwar die für die Behandlung der Zivilarbeiter aus dem Osten grundlegenden Erlasse entworfen. Aus den Verfahrensunterlagen ergibt sich aber, daß zumindest die Frage, wie die Betroffenen bei Fehlverhalten zu "bestrafen" waren, bereits entschieden war, bevor er den Auftrag zum Entwurf der Erlasse erhielt. Dies ergibt sich für das Erlaßwerk vom 8. März 1940 aus der Aufzeichnung, die in der Sitzung vom 2. Februar 1940 im Reichsarbeitsministerium verteilt wurde. Für die Erlasse vom 20. Februar 1942 folgt dies aus dem Protokoll über die Sitzung vom 7. November 1941, in

B 5 Bl. 15 ff.

B 37 Bl. 27 ff.



Der Zeuge ist Tatzeuge. Der Zeuge hat den Unfall beobachtet und hat insbesondere gesehen, daß die Getötete gestanden hat. Er kann insbesondere sagen, daß der Angeklagte in unmittelbarer Nähe der Getöteten war, als sie wieder losging. Er entlastet mit seiner Aussage den Angeklagten. Das zeigt schon das Urteil, das sich mit der Aussage dieses Zeugen eingehend auseinandersetzt. Das Beweismittel ist auch erreichbar. Der Zeuge war zum letzten Termin erschienen und es ist anzunehmen, daß er einer erneuten Ladung durchaus nachkommen würde. Das Gericht ist verpflichtet, alles zu tun, um den Sachverhalt aufzuklären.

Dr. "Lendland"

Die Sitzungsniederschrift fährt fort:

Bl.165R "Der Vertreter der Staatsanwaltschaft widersprach dem Beweisantrag des Verteidigers. Der Nebenklägervertreter wurde gehört. Er beantragte die Aussage des Zeugen Garin als wahr zu unterstellen.

Nach Beratung:

Das Gericht stellt die Entscheidung über den Beweisantrag zurück."

pp.

Bl.167R-168 "Zur Vorbereitung der Entscheidung über den vom Verteidiger gestellten Antrag sollen informativisch verlesen werden; Die deutsche Übersetzung der Aussagen des Zeugen Garin vor der nationalen Gendarmerie in Berlin vom 6. Januar 1971 Blatt 35 der Akten und der protokollierten Aussagen in der ersten Instanz Blatt 88 und 88 rück der Akten.



Beglaubigte Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
1. Ve La 118/71

Berlin 21, den 1. Dezember 1972  
Turnstr. 91  
Fernruf: 35 01 11

G e g e n e r k l ä r u n g

auf die Revisionsbegründung des Verteidigers,  
Bl.101-103 Rechtsanwalt und Notar Dr. e n d l a n d,  
Bl.204-209 vom 10. Juli 1972 und die weitere Revisionsbegründung  
vom 9. November 1972 in der Strafsache gegen  
Christian B a h r wegen fahrlässiger Tötung.

Bl.181 u. Zur Rüge der Verletzung der Vorschriften des  
204/205 § 244 Abs. 3 StPO enthält die Niederschrift über  
Bl.163-169R die Hauptverhandlung vom 7. Juli 1972 folgende  
Vermerke:

pp.

Bl.165R "Der Verteidiger stellte einen Beweisantrag,  
der von ihm verlesen wurde und der als  
Anlage 1 zum Protokoll genommen wurde."

Der Beweisantrag hat folgenden Wortlaut:

Bl.164/164R "In der Strafsache  
Christian Bahr  
501 - 6/72

stelle ich den Antrag, den Zeugen  
Garin unbedingt zu hören.  
Auf diesen Zeugen kann nicht verzichtet  
werden.



der Göring den nunmehr "befohlenen" Beginn des Ostarbeitereinsatzes und die Grundsätze, nach denen die Russen behandelt werden sollten, bekanntgab, wobei noch zu beachten ist, daß die in das Erlaßwerk aufgenommenen "Strafvorschriften" erheblich "milder" waren, als es Göring angeordnet hatte. Da die einzelnen Erlaßentwürfe des Angeschuldigten nicht vorliegen, kann auch aus den zum Teil herabwürdigenden Formulierungen in den Erlassen kein hinreichend sicherer Schluß auf die persönliche Einstellung des Angeschuldigten zu den Angehörigen der Ostvölker gezogen werden, weil nicht ausgeschlossen werden kann, daß diese Formulierungen erst nachträglich von einem der Vorgesetzten, dem die Entwürfe zur Mit- oder Schlußzeichnung vorgelegt wurden, eingefügt worden sind. Das gilt auch für den in dem Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei - S IV D 560/43 (ausl. Arb.) - vom 8. Mai 1943 enthaltenen Hinweis, es könne "den deutschen Volksgenossen nicht zugemutet" werden, sich in Friseurgeschäften nach Ostarbeitern in der Körperpflege bedienen zu lassen. Allein die Tatsache, daß der Angeschuldigte in der Sitzung des "Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes" vom 4. Februar 1943 das Verbot des Besuchs von Friseurgeschäften vorgeschlagen hatte, reicht nicht aus, um ihm niedrige Beweggründe gegenüber den Ostarbeitern nachzuweisen, weil ein solches Verbot unter den gegebenen Verhältnissen sowohl aus echten sicherheitspolizeilichen als auch aus hygienischen Gründen durchaus sinnvoll erscheinen konnte. Inwieweit der Angeschuldigte bei seiner Tätigkeit im RSHA und bei den Verhandlungen mit anderen Dienststellen selbständig und in welchem Umfang er an Weisungen gebunden war, konnte nicht eindeutig geklärt werden. In den Sitzungen des Arbeitskreises hat er jedenfalls nicht eine so herausragende Rolle gespielt, wie es ursprünglich

A 69 Bl. 10

C 17 Bl. 117



werden **a n g e k l a g t**,

in Berlin

am Nachmittag des 4. August 1972

als Heranwachsende

gemeinschaftlich

einer Anweisung oder Anordnung der Besatzungsbehörden

oder Besatzungsstreitkräfte nicht Folge geleistet zu haben,

indem sie

trotz des auf unübersehbaren Tafeln ausgesprochenen

Verbots das der französischen Schutzmacht vorbehaltene

Militärgelände in den Heiligenseer Sandbergen betraten

und dort Pattetverdünnung "schnüffelten", wobei sie

von einer Militärpatrouille gestellt wurden.

Vergehen, strafbar nach Art. 3 Zf. 13 der Alliierten  
Verordnung Nr. 511 (GVBl. Berlin 1951  
Seite 1112);

§ 47 StGB;

§§ 1, 108 JGG

Bl. 1, 21 Ermächtigung zur Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit  
liegt vor.

Beweismittel: Angaben der Angeschuldigten.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen

und die Hauptverhandlung vor dem

Amtsgericht Tiergarten

- Jugendrichter - Abt. 404 zuzulassen.

B a l k e

Staatsanwalt



Abschrift

Staatsanwaltschaft

Berlin 21, den 1. Dezember 1972

bei dem Landgericht Berlin Turmstr. 91

1 Ju Js 949/72

Fernruf: 35 01 11

An das

Amtsgericht Tiergarten

Heranwachsende!

- Jugendrichter -

Anklageschrift

Bl.13 1. Der Arbeiter Georg Richard Doetzkies,  
geboren am 11. Januar 1954 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 61, Brachvogelstr. 4,  
Deutscher, ledig,  
nach eigenen Angaben belastet.

Bl.13 gesetzl. Vertreter: Mutter Hildegard Doetzkie geb. Stösser,  
ebenda wohnhaft,

Bl.32 2. der Installations-Lehrling Johannes Ewald Karl  
Müller,  
geboren am 4. Juli 1953 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 61, Nostizstr. 13,  
Deutscher, ledig,  
nach eigenen Angaben belastet,

Bl.32 gesetzl. Vertreter: Mutter Ingeborg Müller geb. Radloff,  
ebenda wohnhaft,



den Anschein hatte. Als Sitzungsleiter wurde er nur tätig, wenn Amtschef Müller oder Gruppenleiter Dr. Weinmann verhindert waren, ansonsten trat er nur als besonders sachkundiger Mitarbeiter Müllers, der gelegentlich auch ein größeres Referat hielt, in Erscheinung; den meisten früheren Teilnehmern am Arbeitskreis ist er heute überhaupt nicht mehr in Erinnerung. Die dem Angeschuldigten vorgeworfene energische Mitwirkung bei der Abwehr des vom Propagandaministerium unternommenen Versuche, die Ostarbeiter den übrigen ausländischen Arbeitern gleichzustellen, und bei den den Erlaß des RSHA vom 30. Juni 1943 vorbereitenden Verhandlungen mit dem RJM kann ihm auch nicht mit hinreichender Sicherheit nachgewiesen werden.

R 19 Bl. 18

Verwertbare Zeugenaussagen, die den Angeschuldigten in subjektiver Hinsicht belasten, liegen ebenfalls nicht vor. Zwar hat der Zeuge Engel, ein früherer Angehöriger des Referats IV D 2, in seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in der Sache II VU 1.69 des Landgerichts Berlin am 10. Februar 1970 ausgesagt, der Angeschuldigte sei seinerzeit als überzeugter Nationalsozialist der Propaganda, die die Polen als rassistisch minderwertig bezeichnet habe, erlegen gewesen, er habe schnell Karriere machen wollen und deshalb auch die negativen Ansichten der nationalsozialistischen Führung geteilt. Diese Angaben stehen aber im Widerspruch zu Aussagen des Zeugen, die er vorher in seiner staatsanwaltschaftlichen Vernehmung vom 9. Januar 1969 gemacht hatte. Damals hatte der Zeuge erklärt, er habe seinerzeit den Eindruck gehabt, daß der Angeschuldigte gegenüber den Polen weniger scharf eingestellt gewesen sei als später Dr. Deumling, der aber auch kein fanatischer Polenhasser gewesen sei. Der Zeuge Häßler, der von Frühjahr 1942 bis Kriegsende im Referat IV D bzw. IV B (ausl. Arb.) tätig war,

R 19 Bl. 9

R 28 Bl. 63 f.



Bl.251

Nach Beratung

b. u. v.

Der Beweisantrag des Verteidigers wird zurückgewiesen:

Zu Ziff. 1 als unzulässig, weil die Feststellung, der Angeklagte sei zur Tatzeit nicht verantwortlich gewesen, den Feststellungen des angefochtenen Urteils, an die die Kammer gebunden ist, zuwiderlaufen würde."

Am Ende des Protokolls heißt es:

Bl.252

"Weitere Beweisanträge wurden auf ausdrückliches Befragen nicht gestellt.  
Die Beweisaufnahme wurde geschlossen."

Kneisler  
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt

Justizangestellte



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin  
2 Ve Ls 43/72 (Ns)

Berlin 21, den 5. Dez. 1972  
Turnstraße 91  
Fernruf: 35 01 11

Gegenerklärung

Bl. 265, auf die Revisionsbegründung des Verteidigers,  
266 Rechtsanwalt B a b e n d r e y e r , vom 27. November 1972  
in der Strafsache  
gegen Lothar N e g t  
wegen Verkehrsvergehens.

Zur Rüge der Verletzung der Vorschriften der §§ 338 Nr. 8,  
244 Abs. 2 StPO enthält die Niederschrift über die Haupt-  
verhandlung vom 20. Oktober 1972 folgende Vermerke:

Bl. 240R, "Der Verteidiger überreichte Beweisantrag, den er  
251 selbst vortrug und als Anlage II zum Protokoll ge-  
nommen wurde. Die Staatsanwaltschaft beantragte  
Ablehnung des Beweisantrages.

Bl. 243 Anlage II zum Protokoll v. 20. Oktober 1972,  
Berlin, den 20. Oktober 1972  
pp.

In der Strafsache gegen Lothar Negt - 2 Ve Ls 43/72 -  
stelle ich folgenden Beweisantrag:

1. Ich beantrage die Einholung eines medizinischen Gutachtens durch einen Facharzt, der anzuweisen ist, den Angeklagten zu beobachten darüber, daß der Angeklagte einen unwiderstehlichen Drang zum Alkohol trinken hat und alkoholkrank ist. Er ist für seine Taten in diesem Falle nicht verantwortlich, es sei denn aus anderen rechtlichen Gesichtspunkten, als das angefochtene Urteil erkennen läßt.
2. Ladung der den Angeklagten wegen seiner Alkohol-Krankheit behandelnden Arztes Dr. Peters, der von der Schweigepflicht entbunden wird, Chefarzt der psychomatischen Abteilung im jüdischen Krankenhaus zu Berlin.



S 43 Bl. 3

S 17 Bl. 6

R 24 Bl. 60

gibt an, er könne nichts Negatives über den Angeschuldigten sagen und wisse auch nicht, ob der Anstoß zu den einzelnen Erlassen von dem Angeschuldigten oder von dritter Seite gekommen sei, weil der Angeschuldigte darüber nicht mit ihm gesprochen habe. Der Zeuge Schindler, der zu den Teilnehmern des Arbeitskreises gehörte, hat erklärt, daß der Angeschuldigte ihm gegenüber jedenfalls nicht als Rassenfanatiker aufgetreten sei. Der Zeuge Dr. Kieser, der den Angeschuldigten aus verschiedenen Verhandlungen innerhalb und außerhalb des Arbeitskreises kennt, glaubt ebenfalls nicht, daß Baatz radikal eingestellt war. Der früher im Referat IV D 5 des RSHA tätig gewesene Zeuge Fumy hat sogar ausgesagt, der Angeschuldigte habe bei seiner Tätigkeit im RSHA "aus Leidenschaft" viel "Günstiges" für die Ostarbeiter herausgeholt und er sei stets für eine großzügige Behandlung der Ostarbeiter eingetreten.

Bei dieser Beweislage ist nicht zu erwarten, daß das Schwurgericht einen eigenen Täterwillen des Angeschuldigten annehmen und das Vorliegen eigener niedriger Beweggründe bei ihm bejahen würde. Aller Voraussicht würde es bei der gegebenen Beweislage nur zu dem Ergebnis gelangen können, daß der Angeschuldigte den Haupttätern bei den aus den niedrigen Beweggründen des Rassenhasses und des Machtdünkels begangenen Morden an den polnischen und russischen Zivilarbeitern mehrfach durch Rat oder Tat wissentlich Hilfe geleistet und sich deshalb gemäß § 49 StGB wegen Beihilfe zum Mord schuldig gemacht hat. Ein derartiges Ergebnis der gerichtlichen Feststellungen kann aber heute nicht mehr zu einer Bestrafung des Angeschuldigten führen. Nach der gemäß Art. 167 EGOWiG vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503) am 1. Oktober 1968 in Kraft getretenen neuen Fassung des § 50 Abs. 2 StGB, die nach § 2 Abs. 2 StGB auch auf die Taten des Angeschuldigten



Beweismittel:

I. Geständnisse

II. Zeuge:

Bl.1 Schüler Bodo Brennicke,  
Berlin 44, Lichtenrader Straße 62.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen  
und die Anklage zur Hauptverhandlung  
vor dem Amtsgericht Tiergarten - Jugend-  
richter - zuzulassen.

B i r k n e r

Erster Staatsanwalt

Mk







anzuwenden ist, ist Beihilfe zu einem aus den hier vorliegenden niedrigen Beweggründen begangenen Mord nur dann noch mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht, wenn der Gehilfe selbst aus einem niedrigen Beweggrund handelt (vgl. Urteil des BGH vom 20. Mai 1969 - 5 StR 658/68). Die von dem Angeschuldigten ohne eigene niedrige Beweggründe geleistete Beihilfe ist nur noch mit Freiheitsstrafe zwischen drei und fünfzehn Jahren bedroht (§§ 211, 50 Abs. 2 n.F., 44 Abs. 2, 18 Abs. 2 n.F. StGB). Nach dieser Strafandrohung ist auch die Länge der Verjährungsfrist zu beurteilen (BGH in NJW 1969, 1181, 1183). Sie betrug gemäß §§ 67 Abs. 1 a.F., 2 Abs. 2 StGB fünfzehn Jahre. Die Verjährungsfrist begann, da die Strafverfolgungsverjährung für nationalsozialistische Gewaltverbrechen bis zum 8. Mai 1945 ruhte, erst an diesem Tage zu laufen und ist inzwischen verstrichen, weil vor ihrem Ablauf keine wirksamen richterlichen Unterbrechungshandlungen stattgefunden haben. Die erste richterliche Maßnahme gegen den Angeschuldigten wurde in diesem Verfahren erst am 17. Februar 1965 getroffen. Das Gesetz zur Berechnung der Verjährungsfristen für vor dem 31. Dezember 1949 begangene Verbrechen vom 13. April 1965 (BGBl. I S. 315) ist auf die dem Angeschuldigten nachweisbaren Taten nicht anwendbar, da es nur Verbrechen betrifft, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind. Die Strafverfolgung wegen dieser Taten ist daher verjährt.

Bl.II/97

Die Kosten des Verfahrens fallen gemäß § 467 Abs. 1 StPO in einem solchen Fall der Kasse des Landes Berlin zur Last. Die dem Angeschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen bitte ich jedoch gemäß § 467 Abs. 3 Nr. 2 StPO nicht der Landeskasse aufzuerlegen. Aufgrund der eigenen Angaben des Angeschuldigten und der im übrigen insoweit sicheren Beweislage steht m.E. fest, daß der Angeschuldigte nur deshalb nicht zu



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

Berlin 21, den 30. November 1972  
Turmstraße 91

3 Ju Js 1034/72

Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendrichter -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl.14 1) Der Transportarbeiter Hans-Jürgen M e l c h e r ,  
geboren am 25. Februar 1957 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 44, Weisestraße 8 bei Steltner,  
Deutscher, ledig,

Bl.14R gesetzl. Vertreter: Mutter Anneliese Steltner,  
Berlin 44, Weisestraße 8,

Bl. 11 2) der Kfz-Mechanikerlehrling Wolfgang Harald  
B u r m e i s t e r ,  
geboren am 3. Dezember 1955 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 44, Karlsgartenstraße 2,  
Deutscher, ledig,

Bl.11 gesetzl. Vertreter: Mutter Ursula Busse  
gesch. Burmeister geb. Mulack,  
Berlin 44, Karlsgartenstraße 2,

Bl. 26 3) der Transportarbeiter Olaf S c h n e i d e r ,  
geboren am 18. Dezember 1956 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 44, Selchower Straße 35,  
Deutscher, ledig,

Bl. 26 gesetzl. Vertreter: Vater Horst Schneider,  
Berlin 44, Selchower Straße 35,

- Strafregisterauszüge folgen -



- 2 -

werden angeklagt,

als Jugendliche mit Verantwortungsreife

in Berlin

am 25. September 1972

gemeinschaftlich

einen anderen vorsätzlich - zum Teil mittels eines gefährlichen  
Werkzeugs - körperlich mißhandelt

und zugleich

vorsätzlich und widerrechtlich einen Menschen des Gebrauchs  
der persönlichen Freiheit beraubt zu haben.

Am Nachmittag des Tattages trafen die Angeschuldigten in der  
Selchower Straße auf den ihnen bekannten sechzehnjährigen  
Bodo Brennicke. Da Bodo angeblich des öfteren kleinere Kinder  
geschlagen haben soll, ergriffen ihn Burmeister und Melcher  
am Arm und schleppten ihn zusammen mit Schneider in den Jahnpark.  
Unterwegs versuchte Bode vergeblich, eine Passantin auf sich auf-  
merksam zu machen. Im Park angekommen, trat Burmeister nach Bodo,  
während Schneider auf ihn einschlug. Auch Melcher schlug mehrmals  
zu und packte Bodo schließlich an den Haaren. Als der Junge  
daraufhin zu Boden stürzte, schlug Melcher weiterhin nach ihm und  
stieß mit den Füßen. Auch Burmeister und Schneider schlugen  
und traten den Jugendlichen. Von einem Tritt des Burmeister begann  
er aus Mund und Nase zu bluten.

Schließlich ließen die Angeschuldigten von Bodo ab.

Dieser trug folgende Verletzungen davon:

Gehirnerschütterung, angebrochenes Nasenbein, blaues Auge rechts,  
Haematom an linker Augenbraue und der Stirnpartie. Hautab-  
schürfungen am Rücken.

Vergehen, strafbar nach §§ 223a, 239, 47, 73 StGB,  
§§ 1, 3 JGG.



einer erheblichen Freiheitsstrafe wegen mehrfacher Beihilfe zum Mord verurteilt werden kann, weil jetzt das Verfahrenshindernis der Strafverfolgungsverjährung besteht. Bei dieser Sachlage wäre es unbillig und für die Öffentlichkeit unverständlich, wenn auch die dem Angeschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen der Landeskasse aufgebürdet würden, zumal die Verjährung erst durch eine nach der Eröffnung der Voruntersuchung erfolgte Gesetzesänderung eingetreten ist. Aus dem gleichen Grunde beantrage ich, dem Angeschuldigten auch die Entschädigung für die von ihm in dieser Sache verbüßte Untersuchungshaft zu versagen (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 StEG vom 3. März 1971; GVBl. S. 500 ff.).

Schmidt

Erster Staatsanwalt

Ma



3) vom 15. April 1971 bis 26. Juni 1971

jeweils für die Firma "A-KA-E" Heinz Mohr, 1 Berlin 65,  
Hernsdorfer Straße 8,

4) Mai 1967 bis Dezember 1970

bei der Firma Josef Fitza, 1 Berlin 65, Türkenstraße 25.

Er erreichte dadurch, daß die erzielten Einkünfte nicht  
auf die Sozialhilfe angerechnet werden konnten, wodurch es  
zu einer Überbezahlung von Sozialhilfe kam.

Vergehen, strafbar nach §§ 263, 74 StGB

Beweismittel:

I. Zeugen:

- Bl. 2                    1) Amtsrat Wolfgang M e h n e r,  
                          Bezirksamt Wedding, Abt. Sozialwesen
- Bl. 1R, 13            2) Josef F i t z a,  
                          Berlin 65, Türkenstraße 25
- Bl. 170 Sozial-       3) Herr S c h u l z  
hilfsakte            bei der Firma "A-KA-E" Ladecarntsbetrieb Heinz, Mohr,  
                          Nachfolgerin Anneliese Mohr, 1 Berlin 65,  
                          Hernsdorfer Straße 8

II. Beistück:

Sozialhilfeakten des Bezirksamtes Wedding

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen  
und die Anklage zur Hauptverhandlung  
vor dem Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter - zuzulassen.

Przytarski

Staatsanwalt



Abschrift

Staatsanwaltschaft  
bei dem Landgericht Berlin

Berlin 21, den 30. November 1972  
Turmstraße 91

65 Js 997/72

Fernruf: 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Einzelrichter -

Anklageschrift

Bl.17      Der Rentner Frans Stanislaus S t r a l a,  
geboren am 24. September 1906 in Zabrze/Oberschlesien,  
wohnhaft in Berlin 65 (Wedding), Lortzingstraße 42,  
Deutscher, geschieden,  
nach eigenen Angaben bestraft,  
- Strafregisterauszug ist angefordert -

wird angeklagt,

in B e r l i n  
in den Jahren 1968 bis 1971  
in vier Fällen, davon in einem Fall fortgesetzt handelnd,

in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen  
Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen  
dadurch beschädigt zu haben, daß er durch Vorsepiegelung  
falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer  
Tatsachen einen Irrtum erregte oder unterhielt.

Der Angeschuldigte, der von dem Bezirksamt Wedding Sozial-  
hilfe erhält, unterließ es entgegen seiner Verpflichtung,  
dem Bezirksamt Meldung von folgenden Tätigkeiten gegen  
Entgelt zu machen:

1) vom 20. Oktober 1969 bis 27. Oktober 1969

2) vom 19. Mai 1970 bis 23. November 1970